



**Etwas Neues wagen!**

**#bkt192**

## **Beschlussbuch**

**Bundeskoordinierungstreffen 2019/2  
vom 15. bis 17. November 2019  
in Berlin**



# Inhalt

---

<b>Antragsbereich A: Arbeitsprogramm</b> .....	<b>1</b>
A1_19/2 Dem Morgenrot entgegen – Das Arbeitsprogramm der Juso-Hochschulgruppen 2019/20 .....	1
<b>Antragsbereich D: Demokratie &amp; Kampf gegen Rechts</b> .....	<b>6</b>
D1_19/2 Rechter Terror – rechtsradikale Gewalt in Deutschland.....	6
<b>Antragsbereich E: Europa &amp; Internationales</b> .....	<b>11</b>
E2_19/2 Jetzt oder nie: International- einfach machen!.....	11
<b>Antragsbereich F: Feminismus &amp; Gleichstellung</b> .....	<b>15</b>
F1_19/2 Wann ist ein Mann ein Mann? Eine kritische Perspektive auf toxische Männlichkeit .....	15
F2_19/2 Feministische Perspektiven und Antidiskriminierungsstrategien – auch in der Lehrkräfteausbildung!.....	21
<b>Antragsbereich G: Gute Arbeit</b> .....	<b>27</b>
G1_19/2 Befristete Verträge in der Wissenschaft? Nein, Danke! – Zur immer noch notwendigen Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.....	27
G2_19/2 Ein Recht auf Feierabend auch in der Wissenschaft! .....	32
<b>Antragsbereich H: Hochschulfinanzierung</b> .....	<b>35</b>
H1_19/2 Wider der Exzellenz - Hochschulfinanzierung für alle statt Leuchtturmprojekte für Eliten! .....	35
<b>Antragsbereich L: Frühkindliche Bildung, Schule &amp; lebenslanges Lernen</b> .....	<b>37</b>
L1_19/2 Wohin mit <i>weltwärts</i> ? Ein kritischer Blick auf den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst .....	37
<b>Antragsbereich O: Unser Verband &amp; Organisationspolitik</b> .....	<b>43</b>
O1_19/2 Etwas Neues wagen! - Änderungen der Leitlinien der Juso-Hochschulgruppen .....	43
<b>Antragsbereich P: Sozialpolitik &amp; soziale Infrastruktur</b> .....	<b>46</b>
P2_19/2 Studentische Krankenversicherung mitdenken – Eine Schlechterstellung von Studierenden verhindern!.....	46
<b>Antragsbereich Q: Gute Lehre, Qualitätsentwicklung &amp; Studienreform</b> .....	<b>48</b>
Q1_19/2 Prüfungsbedingungen von kommerziellen Sprachzertifikaten entgegentreten – Alternativen für den Nachweis von Sprachniveaus schaffen.....	48
Q3_19/2 Teilzeitstudium für alle möglich machen .....	50
<b>Antragsbereich U: Umwelt, Verkehrspolitik &amp; Mobilität</b> .....	<b>52</b>
U1_19/2 Unsere Klimapolitik – eine sozialistische Perspektive auf Nachhaltigkeit.....	52
U4_19/2 Mobilität im Wandel.....	60
<b>W: Kritische Wissenschaft &amp; Forschungspolitik</b> .....	<b>72</b>

W1_19/2 Wissenschaftsfreiheit verteidigen! Für eine offene und demokratische Wissenschaft.....	72
W2_19/2 Wissenschaft durch die Gesellschaft, für die Gesellschaft! .....	76
<b>Antragsbereich X: Sonstiges .....</b>	<b>79</b>
X1_19/2 All eyes on Ost: Vol. II - Drei Landtagswahlen später .....	79

# Antragsbereich A: Arbeitsprogramm

## Antrag A1\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **A1\_19/2 Dem Morgenrot entgegen – Das** 4 **Arbeitsprogramm der Juso-Hochschulgruppen** 5 **2019/20**

6 Sozialismus, Feminismus, Internationalismus – Diese Grundpfeiler prägen die Juso-Hochschulgruppen  
7 seit über 45 Jahren. Auf dieser Grundlage setzen wir uns vehement für eine emanzipatorische Bildungs-  
8 und progressive Gesellschaftspolitik ein – sowohl vor Ort, in den Gremien der Hochschule oder auf der  
9 Straße. Dabei ist es immer unser Anspruch, Wissenschafts- und Bildungspolitik gesamtgesellschaftlich  
10 zu denken, denn sie wirken weit über die Hochschulen hinaus. Dabei ist unser Ziel, gesellschaftliche  
11 Verhältnisse zu verändern, immer Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir kämpfen gegen Leistungsdruck und  
12 Verwertungslogik, gegen Konkurrenzdenken und neoliberale Entwicklungen in unserer Gesellschaft.  
13 Unser Handeln fußt dabei immer auf einem theoretischen Fundament, denn Praxis und Theorie werden  
14 von uns jederzeit zusammen gedacht und bedingen einander.

15 In den Gremien der studentischen Selbstverwaltung (wie Asten, StuPas, Fachschaftsräte) und  
16 akademischen Selbstverwaltung (wie Senate, Fakultätsräte, Rektorate, Präsidien) vertreten wir die  
17 Studierenden und sorgen so für konkrete Verbesserungen im Studienalltag an den Hochschulen. Auf  
18 Landes- und Bundesebene setzen wir uns für ein gebührenfreies Studium, eine kritische Wissenschaft  
19 und gute Lehre ein. Dafür braucht es ausfinanzierte Hochschulen, denn nur so kann eine bessere  
20 Gesellschaft und ein gerechtes Bildungssystem entstehen.

#### 21 **The Future is Feminist – Unser feministisches Selbstverständnis**

22 Unserer Arbeit liegt die Analyse zugrunde, dass das kapitalistische Patriachat gesellschaftliche  
23 Verhältnisse bedingt. Nach über 100 Jahren Frauen\*wahlrecht erleben wir immer wieder, dass  
24 Antifeminismus, nicht zuletzt durch rechtsradikale Kräfte, deutlich zunimmt. Auch die  
25 Selbstbestimmung der Frau\* über ihren Körper wird in Frage gestellt. Deswegen heißt es für uns einmal  
26 mehr: Wir müssen entschlossen gegen Sexismus und den antifeministischen Rollback kämpfen – in der  
27 Gesellschaft, als auch an den Hochschulen. Denn auch an diesen ist noch einiges zu tun. Die Quote der  
28 Professorinnen ist mit unter 30% beschämend, Männernetzwerke dominieren Selbstverwaltungen und  
29 Forschung und sexuelle Belästigung und Gewalt ist auch unter den Studierenden Alltag. Diese Zustände  
30 nehmen wir nicht hin und kämpfen für die Gleichstellung aller Geschlechter.

31 Der Anspruch, den wir an die Gesellschaft haben, gilt auch für unseren Verband. Wir kämpfen für  
32 Feminismus auf all unseren Ebenen. Dafür ist es unabdingbar, unseren Empowerment-Gedanken  
33 weiterzutragen und fest zu etablieren. Unser bereits bestehendes Frauen\*-Netzwerk werden wir mit  
34 einer Neuauflage des **Empowerment-Programms** weiter ausbauen. Als feministischer  
35 Richtungsverband müssen wir unser Handeln und unsere Strukturen immer wieder aufs Neue  
36 hinterfragen. Deswegen unterstützen wir weiterhin die wichtige Arbeit der Anti-Sexismus-Kommission.  
37 Auf unseren Veranstaltungen denken wir Sensibilisierungs- und Awareness-Arbeit jederzeit mit, denn

38 auch wir sind nicht frei von Sexismus und Diskriminierung. Unseren (Queer\*-) Feminismus denken wir  
39 als Querschnitt zu jeder Zeit in unserer Arbeit und bei all unseren Veranstaltungen mit.

#### 40 **Studier' doch wie du willst! – Unsere Handlungsschwerpunkte**

41 Zu einem selbstbestimmten Studium gehört die Abschaffung von Leistungsdruck,  
42 Anwesenheitspflichten und Studiengebühren aller Art. Gute, digitale und kritische Lehre zählt für uns  
43 ebenso zu einem selbstbestimmten Studium wie die ausreichende Zeit für Engagement. Dabei muss  
44 eins aber immer gegeben sein: eine ausreichende **Studienfinanzierung** und das BAföG als zentrales  
45 Mittel. Die jüngste Reform bleibt dabei weit hinter unseren Erwartungen und auch hinter den  
46 Bedürfnissen der Studierenden. Deswegen bleiben unsere Forderungen bestehen: Es braucht ein BAföG,  
47 das alters-, eltern-, ehepartner\*innen und einkommensunabhängig für alle zugänglich ist. Das BAföG  
48 muss sich endlich an die Realitäten der Studierenden anpassen und damit von der Regelstudienzeit  
49 entkoppelt und an die Wohnungsmärkte angepasst werden. Nur so ist ein Studium ohne finanziellen  
50 Druck möglich.

51 Ein selbstbestimmtes Studium ist ebenfalls nur dann gegeben, wenn auch die Rahmenbedingungen  
52 stimmen. Deswegen braucht es ausreichenden und bezahlbaren **Wohnraum** für alle in Innenstadt- und  
53 Hochschulnähe. Der Bedarf an sicherem Wohnraum wächst bei den steigenden Studierendenzahlen  
54 weiter an. Neben dem Wohnungsmarkt und den Wohnheimen kommen aber auch die Mensen und die  
55 Beratungsangebote der Studierendenwerke an ihre Kapazitätsgrenzen. Deswegen braucht es einen  
56 **Hochschulsozialpakt** bei dem Bund und Ländern die Studierendenwerke finanziell darin unterstützen,  
57 der wichtigen Arbeit nachzugehen.

58 Seit über einem Jahr kämpfen hunderttausende junge Menschen auf der ganzen Welt für ein radikales  
59 Umdenken im **Klimaschutz**. Dabei werden sie unterstützt von Scientists for Future, die es vormachen:  
60 Hochschulen sind der erste Schritt zur Veränderung. Sowohl in der Forschung, als auch in der Lehre und  
61 in der Infrastruktur der Hochschulen muss Umweltschutz immer mitgedacht werden. Auch wir Juso-  
62 Hochschulgruppen müssen uns hierbei unserer gesellschaftlichen Verantwortung stellen. In den  
63 Gremien ist es unsere Aufgabe, Nachhaltigkeit anzusprechen und dort, wo es möglich ist, mit eigenen  
64 Projekten umzusetzen. Das Thema Mobilität ist unmittelbar mit dem Klimaschutz verbunden. Sowohl  
65 auf lokaler als auch auf Landes- und Bundes- wie auch auf Europäischer Ebene braucht es ausreichend  
66 deutliche, koordinierte Investitionen in den Nah- und Fernverkehr. Nur so kann Mobilität als  
67 Menschenrecht ernsthaft umgesetzt werden. Klimaschutz muss von allen Akteur\*innen als  
68 gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung anerkannt und umgesetzt werden.

69 Um gute Bedingungen für Lehre, Forschung und Arbeit möglich zu machen, sind **ausfinanzierte**  
70 **Hochschulen** essentiell. Nur so kann den Anforderungen angemessen begegnet werden. Dabei setzen  
71 wir darauf, die gesamte Hochschullandschaft mit ausreichenden Mitteln auszustatten und so der  
72 Unterfinanzierung zu begegnen, die unweigerlich zu Konkurrenzkampf führt. Das bedeutet auch, dass  
73 die schwarze Null endlich der Vergangenheit angehören muss.

74 Nachdem der Qualitätspakt Lehre in diesem Jahr zwar verstetigt wurde, der allerdings weniger Geld  
75 beinhaltet als zuvor, ist erneut klar geworden: **Gute Lehre** spielt weiterhin eine untergeordnete Rolle an  
76 den Hochschulen und in der Wissenschaft. Dies ist keine neue Entwicklung: Überfüllte Seminare,  
77 schlecht ausgestattete Hörsäle und gestresste Dozierende sind an der Tagesordnung an den  
78 Hochschulen. Es ist höchste Zeit, dass gute Lehre und **Digitalisierung** zusammengedacht werden.  
79 Digitalisierung kann dazu beitragen, ein Studium für mehr Menschen zu öffnen und es inklusiver zu  
80 gestalten. Deswegen braucht es einen Digitalpakt Hochschule, der die Hochschulen endlich ins 21.  
81 Jahrhundert und raus aus der Kreidezeit holt.

82 Gute Lehre kann nur zusammen mit **guter Arbeit** gedacht werden. Doch die Arbeitsbedingungen an den  
83 Hochschulen sind prekär – egal, ob für studentische Hilfskräfte, den wissenschaftlichem Mittelbau oder

84 das Personal in Technik und Verwaltung. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir gegen  
85 Befristungen kämpfen. Denn Menschen brauchen sichere Verhältnisse und Planbarkeit, um ein  
86 selbstbestimmtes Leben führen zu können. Um auch an den Hochschulen Gleichstellung zu erreichen,  
87 fordern wir weiterhin eine Frauen\*quote von mindestens 50 Prozent auf allen Stufen der  
88 wissenschaftlichen Karriere.

89 Mit den vergangenen Landtagswahlen ist erneut klar geworden, dass rechtes Gedankengut tief in  
90 unserer Gesellschaft verankert ist. Aber auch an den Hochschulen macht die Junge Alternative oder  
91 die Identitäre Bewegung keinen Halt. Gerade Burschenschaften und Verbindungen spielen eine  
92 elementare Rolle im Netzwerk der Rechten. Sie rekrutieren – insbesondere männliche –junge  
93 Studierende und dienen als Kadenschmiede für die AfD und rechtsradikale Zirkel. Mit ihrem tradierten  
94 Weltbild, dem rechten Gedankengut und ihren frauen\*feindlichen Strukturen stellen sie eine Gefahr für  
95 offene Hochschulen dar. Deswegen ist es unser Auftrag und unsere Verantwortung, mit aller  
96 Entschiedenheit jeden Tag gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu kämpfen.  
97 **Antifaschistisches Handeln** ist elementarer Bestandteil unserer Arbeit. Gemeinsam stehen wir für ein  
98 Bildungssystem, das offen für alle ist.

99 Wir kämpfen gegen jeden Antisemitismus! Dieser ist noch immer tief in der Gesellschaft verwurzelt und  
100 tritt dieser Tage wieder offen hervor. In welchem Kontext auch immer uns Antisemitismus begegnet, wir  
101 lassen ihn niemals unwidersprochen. So engagieren wir uns nicht nur gegen völkisches und  
102 nationalistisches Denken. Auch außerhalb dieses Spektrums, insb. in linken Kreisen und in der  
103 Hochschullandschaft, decken wir den Antisemitismus z.B. von Vertreter\*innen der BDS-Bewegung auf  
104 und stellen uns ihm vehement entgegen. Wir solidarisieren uns mit unseren Kommiliton\*innen und mit  
105 allen Menschen, welche aufgrund ihres jüdisch-Seins Diskriminierung und Gewalt erfahren. Wir suchen  
106 den Austausch mit jüdischen Studierendengruppen und –organisationen, wie beispielsweise der JSUD.

107 Aber auch neben diesen Schwerpunkten kämpfen wir weiterhin für demokratische Hochschulen auf  
108 allen Ebenen, unter anderem durch die Einführung der Verfassten Studierendenschaft in allen  
109 Bundesländern. Ein Studium muss dabei immer gebührenfrei sein, damit es für alle zugänglich ist.  
110 Wissenschaft muss im Angesicht von Angriffen von rechts auch immer kritisch gegenüber den aktuellen  
111 gesellschaftlichen Verhältnissen sein. Hochschulen müssen immer ein Raum für alle sein, was auch  
112 bedeutet, dass sie sowohl in der Lehre als auch im Strukturellen inklusiv sein müssen.

### 113 **Zusammen kämpfen, zusammen verändern – Unser Verband**

114 Unser Verband zeichnet sich dadurch aus, dass wir vor Ort an den Hochschulen und in den Gremien  
115 aktiv und präsent sind. Durch den gemeinsamen engen Austausch der einzelnen Hochschulgruppen,  
116 der Landeskoordinationen und dem Bundesverband werden wir als starker Verband mit einer  
117 gemeinsamen, lauten Stimme wahrgenommen. Wir kämpfen täglich in verschiedenen Kontexten für  
118 eine feministische, sozialistische und internationalistische Gesellschafts- und Hochschulpolitik. Dabei  
119 ist es essentiell, dass wir uns und unsere Strukturen jederzeit hinterfragen, durch den Bundesvorstand  
120 lokal stärken und dort anpassen, wo es nötig ist. Mit der Reform unserer Leitlinien werden wir diesem  
121 Anspruch gerecht und bereiten den Verband auf die kommenden Jahre in einem veränderten Umfeld  
122 vor. Mit neuen Kommunikationsformen möchten wir sicherstellen, dass wir auch in digitalen und  
123 kurzlebigen Zeiten jederzeit den Verband erreichen.

124 Im kommenden Jahr werden wir weiter an unserem Erscheinungsbild, sowohl online als auch offline,  
125 arbeiten und unseren Auftritt modernisieren. Dabei werden wir besonders auf die Frauen\*ansprache  
126 achten.

127 Im Mittelpunkt unserer innerverbandlichen Arbeit werden weiterhin Bildungsangebote sein, die zu  
128 unserer Verbandsqualifizierung beitragen. Diese erhält mit der Verbandsreform einen noch größeren

129 Spielraum. Dabei werden wir auf eine thematische Vielfalt setzen, die auf aktuelle und in Zukunft  
130 relevante Diskussionen Bezug nimmt. Dafür möchten wir im uns im kommenden Jahr im Rahmen von  
131 zwei **Seminarwochenenden** Zeit nehmen. Aber auch die methodische Qualifizierung, die Ausbildung von  
132 Multiplikator\*innen und die Vernetzung von Aktiven in der Hochschulpolitik spielt für uns eine besondere  
133 Rolle. Deswegen möchten wir – anstelle des bisherigen BKTs im Sommer –ein neues Format, eine  
134 **Aktiven-Konferenz**, ins Leben rufen. Hier sollen sich Hochschulgrüpler\*innen und  
135 Mandatsträger\*innen in der studentischen und akademischen Selbstverwaltung miteinander vernetzen  
136 und mit Hilfe von Best-Practice-Formaten austauschen. Damit wollen wir gemeinsam politische  
137 Forderungen organisiert und dezentral an die Hochschulen tragen und das Netzwerk unserer Aktiven  
138 langfristig stärken.

139 Um zentrale Themen in hochschul- und wissenschaftspolitischen Debatten intensiv zu bearbeiten,  
140 wollen wir **Arbeitskreise** gründen, die sich über ein ganzes Jahr hinweg mit konkreten Fragestellungen  
141 beschäftigen, um die Positionierung des Verbandes zu stärken. Diese sollen sich unter anderem mit den  
142 Fragen „Wie gestalten wir unseren Kampf gegen Rechts an Hochschulen?“ und „Was ist Gute Arbeit an  
143 Hochschulen?“ auseinandersetzen.

144 Aufbauend auf die gute Zusammenarbeit aus den letzten Jahren werden wir auch im kommenden Jahr  
145 gemeinsam mit der Bundestagsfraktion der SPD den **bildungspolitischen Kongress** veranstalten.

146 Den engen Austausch mit unserem Ehemaligenverein, dem **Verein Demokratie und Hochschule (VDuH)**,  
147 möchten wir bei unserer gesamten Arbeit fortsetzen, um von den verschiedenen Perspektiven und  
148 Erfahrungen der Generationen zu profitieren.

149 Eine zentrale Rolle in unserer Verbandsarbeit nehmen die **Landeskoordinationen** ein. Durch sie besteht  
150 eine enge Verbindung zwischen den einzelnen Hochschulgruppen und dem Bundesverband. Sie stärken  
151 die Hochschulgruppen vor Ort und sorgen dafür, dass auf Landesebene Initiativen ins Lebens gerufen  
152 und umgesetzt werden. Den Kontakt zwischen den einzelnen Landeskoordinationen möchten wir  
153 fördern und die Vernetzung durch eine gemeinsame Konferenz aktiv unterstützen.

#### 154 **Gemeinsam stark – Unsere Bündnispartner\*innen**

155 Den Kampf für den demokratischen Sozialismus und eine solidarische und gerechte Welt müssen wir  
156 nicht alleine führen. Jederzeit können wir auf unsere wichtigen Bündnispartner\*innen zählen. Zu den  
157 wichtigsten Verbündeten gehören die **Jusos** mit denen wir sowohl innerparteilich als auch darüber  
158 hinaus, wie beispielsweise bei Kampagnen, gemeinsam und entschlossen auftreten. Auch die **Juso**  
159 **Schüler\*innen und Auszubildenden** sind wichtige Bündnispartner\*innen, denn ein gesamtheitliches  
160 gerechtes Bildungssystem können wir nur gemeinsam erreichen.

161 Unser Verhältnis zur **SPD** bleibt weiterhin von der Doppelstrategie geprägt. So sehen wir uns als  
162 kritisches und linkes Korrektiv in der Partei. Dies ist bei der aktuellen Lage der SPD unabdingbar. Wir  
163 sehen es als unsere Aufgabe an, die SPD hin zu einer linken und progressiven gesellschaftlichen Kraft  
164 zu entwickeln und setzen uns innerparteilich für eine soziale emanzipatorische und gerechte Bildungs-  
165 und Wissenschaftspolitik ein. Die Erneuerung der Partei muss nicht nur inhaltlich, sondern auch  
166 strukturell erfolgen. Dafür werden wir uns einsetzen und unsere Punkte anbringen.

167 Auf Bundesebene ist und bleibt der **freie Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs)** ein enger  
168 Bündnispartner mit dem wir gemeinsam für eine gerechte Hochschul- und Bildungspolitik auftreten. Im  
169 **Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS)** kämpfen wir entschlossen für ein Studium, das frei von  
170 allen Gebühren und ohne finanzielle Ängste ist. Im **BAföG-Bündnis** werden wir in der Zusammenarbeit  
171 weiter für eine alters-, eltern- ehepartner\*innen und einkommensunabhängige Studienfinanzierung  
172 streiten.

173 Auch im kommenden Jahr werden wir uns im Rahmen des **Frauen\*kampftagbündnisses** gegen die  
174 Unterdrückung und für die Selbstbestimmung der Frau engagieren. Dabei bleiben wir stets kritisch  
175 gegenüber den unterschiedlichen Bündnis-Akteur\*innen.

176 Im Kampf für bezahlbaren Wohnraum, Studienfinanzierung und nachhaltige Mensen werden wir uns  
177 weiterhin mit dem **Deutschen Studentenwerk** [sic!] intensiv austauschen. Auch die **Gewerkschaften**  
178 **bzw. Gewerkschaftsjugenden des DGB** sind wichtige Bündnispartner\*innen, um gute Arbeit an den  
179 Hochschulen und in der Gesellschaft zu etablieren und uns aktiv am Aufbau gewerkschaftlicher  
180 Strukturen zu beteiligen. Mit **CampusGrün**, sowie weiteren progressiven hochschulpolitischen und  
181 politischen Jugendverbänden werden wir uns weiterhin eng vernetzen und austauschen und bei  
182 entsprechenden Themen miteinander kooperieren. Desweiteren setzen wir die gute Zusammenarbeit  
183 mit der Jüdischen Studierendenunion fort, um gemeinsam gegen Antisemitismus an den Hochschulen  
184 zu kämpfen.

185 Ebenfalls darf die gemeinsame Arbeit an ökologisch-nachhaltiger Politik nicht zu kurz kommen. Dafür  
186 müssen wir mit verschiedenen, teilweise neu gegründeten klimapolitischen Akteur\*innen  
187 Partner\*innenschaften schließen.

188 Um unsere internationale Arbeit und unser Ziel, Hochschulpolitik international zu denken, voran zu  
189 bringen, werden wir als internationalistischer Verband über unsere internationalen  
190 Schwesterorganisationen **IUSY** und **YES** als Teil von IUSY in Kontakt und Austausch mit anderen  
191 sozialistischen Jugendverbänden bleiben. Ganz besonders mit unseren Partner\*innen in Österreich dem  
192 **VSStÖ** werden wir unseren Austausch fortsetzen und intensivieren.

### 193 **Vorwärts, du junge Garde!**

194 Es ist an uns, weiterhin für eine glaubhafte, linke SPD zu kämpfen, die jünger, weiblicher und sozialer ist.  
195 Wir sind es, die die SPD immer wieder an ihre Grundwerte erinnern. Dabei begleiten wir die  
196 Neuaufstellung der Partei kritisch. Als Studierendenverband, der genau weiß, wo der Schuh drückt,  
197 werden wir auch das Regierungshandeln der SPD intensiv und kritisch begleiten und unsere  
198 Forderungen einbringen. Die Kämpfe für unsere Vorstellungen einer solidarischen, demokratischen und  
199 progressiven Gesellschaft und Hochschule werden uns als Verband gemeinsam stärker machen.

# Antragsbereich D: Demokratie & Kampf gegen Rechts

## Antrag D1\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Niedersachsen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **D1\_19/2 Rechter Terror – rechtsradikale Gewalt in** 4 **Deutschland**

5 Spätestens seit dem Mord an Walter Lübcke ist rechtsradikal motivierter Terror in aller Munde  
6 zumindest in manchen Teilen der öffentlichen Debatte. Die CDU, deren eigener Amtsträger schließlich  
7 Opfer dieser Tat geworden ist, äußerte sich entsetzend wenig zu dem Fall. Wieder einmal haben die  
8 Sicherheitsbehörden den rechtsradikalen Verdächtigen nicht mehr auf dem Schirm gehabt und die  
9 Gefahr, welche von diesem einschlägig vorbestraften Nazi ausgeht, unterschätzt. Die Situation scheint  
10 bekannt: Die von den Behörden und Medien als „Dönermorde“ bezeichneten Anschläge des NSU,  
11 welcher unentdeckt fast ein ganzes Jahrzehnt in Deutschland Anschläge verüben konnte und zehn  
12 Menschen ermordete, lösten zwar in einschlägigen linken Milieus Betroffenheit aus, wurden von der  
13 breiten Öffentlichkeit und den Behörden lange als Bandenkriminalität unter Ausländern oder  
14 Familienstreitigkeiten abgetan. Das Muster hinter den Abschlügen wurde ignoriert, Hinweise auf eine  
15 gezielt agierende rechte Terrorzelle wurden unterschätzt oder schlimmer – unterschlagen. In  
16 mittlerweile regelmäßigen Abständen lässt sich die Präsenz des rechten Terrors beobachten und fast  
17 jedes Mal tappten die Geheimdienste und Sicherheitsbehörden bis zum Schluss im Dunkeln oder ließen  
18 Beweise und Ermittlungsspuren gezielt unter den Tisch fallen. Und das obwohl beispielsweise der  
19 Mörder Walter Lübckes, 2006 zum Zeitpunkt des Mordes an Halit Yozgat (NSU Opfer), in derselben  
20 militanten Neonazi-Szene aktiv war, die den NSU unterstützte und bis 2014 selbst immer wieder in  
21 Berichten des Verfassungsschutzes auftaucht.

#### 22 **Der NSU war nicht zu dritt! - Die Struktur des rechten Terrors**

23 Woran liegt es, dass die Gefahr, welche von rechtsradikalem Terror ausgeht, nicht schon lange erkannt  
24 und effektiv bekämpft wird? Schließlich haben rassistische, antisemitische und rechtsradikale Attentate  
25 und Anschläge mittlerweile eine traurige Stringenz in der Geschichte der Bundesrepublik. Angefangen  
26 bei der militant-rechten Wehrsportgruppe Hoffmann, die als paramilitärische Gruppe den mutmaßlichen  
27 Attentäter des Oktoberfestattentates 1980, bei welchem zwölf Menschen starben, in ihren Reihen  
28 zählte. Auch für die Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Levin, sowie seiner Frau Frieda  
29 Poeschke ist die Wehrsportgruppe verantwortlich. In den 80ern und 90ern fanden immer wieder  
30 Attentate statt, die fast immer von so genannten „Einzeltätern“ verübt worden sein und klare rassistische  
31 Motive aufwiesen. In der Regel richteten sich diese Anschläge nicht gegen hohe politische  
32 Repräsentant\*innen sondern gegen Personen, welche aufgrund ihres Erscheinungsbildes nach  
33 rassistischen Kriterien ausgesucht wurden, was die Struktur des rechten Terrors unübersichtlicher  
34 gestaltet. Nach der Wiedervereinigung nahmen die kollektiv begangenen Straftaten gegen Minderheiten,  
35 wie beispielsweise Geflüchtete, massiv zu. Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sind traurige  
36 Schlagwörter für kollektive Gewaltexzesse gegen Geflüchtetenunterkünfte, in welchen sich der geballte  
37 rechtsradikale Hass der Bevölkerung gegen geflüchtete Menschen entladen hat. Diese blutige Spur  
38 rassistischer Gewalttaten und rechten Terrors zieht sich über den NSU, die Ausschreitungen in Chemnitz  
39 und den Mord an Walter Lübcke bis heute fort. Erst jetzt, nach dem Mord an Walter Lübcke, wird die  
40 Gefahr durch den rechten Terror innerhalb der Politik und der Gesamtgesellschaft ernsthaft

41 wahrgenommen .Denn dieser Mordanschlag richtete sich nun doch explizit gegen einen politisch hohen  
42 Repräsentanten und somit liegen ihm eben nicht "nur" willkürliche, rassistische Kriterien des  
43 Erscheinungsbildes zugrunde. Erst dieser Anschlag wird von vielen als ein Anschlag gegen unsere  
44 Demokratie und eine freiheitliche, weltoffene Gesellschaft gewertet.Vorangegangene Anschläge hingegen  
45 waren geprägt von der kontinuierlich fehlende Aufarbeitung des Rechtsterrorismus und dessen  
46 Ursachen, sowie der gesamtgesellschaftliche Verharmlosung rechter Gewalt, als Anschläge mit  
47 "schlicht rassistischen Hintergründen.

48 Jedes Mal wieder wird im Zusammenhang mit den Terroranschlägen von „Einzeltätern“ oder  
49 Terrorzellen gesprochen, dessen näheres Umfeld nicht mit den Anschlägen zusammenhängt. Das  
50 Bestehen rechtsradikaler Terrorstrukturen, welche sich im Umfeld der etablierten rechten Strukturen und  
51 Parteien bilden, wird in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. In der Klärung um die Morde des NSU  
52 wurden Akteur\*innen, welche einwandfrei mit der Tat in Verbindung gebracht werden konnten, nicht  
53 näher durchleuchtet und als vereinzelte Gehilfen des Trios angesehen, welche nicht in einem Netzwerk  
54 agieren. Dass dieses Netzwerk auch durch Personen getragen wurden, die den  
55 Verfassungsschutzämter Informationen über verfassungsfeindliche Aktivität als sogenannte V-Leute  
56 mitteilen sollte, wird weitgehend von Entscheidungsträger\*innen ignoriert, wodurch Konsequenzen für  
57 verantwortliche Beamte\*innen und die Aufgaben und Strukturen der Verfassungsschutzämter  
58 ausgeblieben sind.

59 Aus Organisationspapieren von militant-rechtsradikalen Gruppen geht hervor, dass sich der Terror nach  
60 dem Prinzip des „führerlosen Widerstandes“ organisiert. Das bedeutet, dass sich einzelne Akteur\*innen  
61 oder kleinere Gruppen, die als Terrorzellen verstanden werden können, ohne eine übergeordnete  
62 Führung selbständig ihre Ziele aussuchen und handeln. Der rechte Terror folgt also zumindest in der  
63 Bundesrepublik keiner übergeordneten Planung, sondern unterliegt der Autonomie der durchführenden  
64 Terrorist\*innen. Vielmehr entstehen über gemeinsame Kontakte informelle Netzwerke, welche einen  
65 Austausch von Informationen über Strukturen, Fähigkeiten, Personen und Waffen möglich machen. Das  
66 macht den Kampf gegen diese Form des Terrors so kompliziert. Fliegt eine einzelne Terrorzelle auf, so  
67 bleiben die anderen Strukturen unberührt. Der Verlust einer einzelnen Zelle führt nicht dazu, dass die  
68 Planung und Durchführung der anderen Zellen beeinflusst werden. Es fehlt ein zentraler  
69 Anknüpfungspunkt, an dem das Wissen über die terroristischen Aktivitäten zusammenläuft. Dabei  
70 müssen auch unsere „Sicherheitsbehörden“ ins Visier genommen werden. Spätestens seit dem  
71 Bekanntwerden der engen Verknüpfung zur rechten Szene und der sich gebildeten Parallelstrukturen ist  
72 der Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form absolut nicht mehr tragbar ist. Die Reaktion der  
73 "Verfassungsschützer\*innen" 2011 zu Beginn des Bekanntwerdens der Skandale rund um den NSU kann  
74 nur exemplarisch für das Gesamte Versagen der Behörde gesehen werden. Sicherheitsbehörden haben  
75 weder die Fähigkeiten noch großes Interesse die wenigen Hinweise auf netzwerkartige Strukturen von  
76 Rechtsterrorist\*innen zu verfolgen, da dies nur mit einem hohem personellen, finanziellen Aufwand zu  
77 bewerkstelligen ist, der auch unterstützende Fehlentwicklungen in den Sicherheitsbehörden nicht  
78 ignorieren darf. Wir fordern deshalb maximale Transparenz von Sicherheitsbehörden, welche  
79 angestellten und angeworbene Personen sich in rechtsradikalen und rechtsterroristischen Kreisen  
80 aufgehalten haben.

### 81 **Auf dem rechten Auge blind – das Versagen der Sicherheitsbehörden**

82 Diese Erkenntnisse scheinen bei den Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden noch nicht dazu geführt  
83 zu haben, dass die Strategie der Terrorbekämpfung grundlegend überdacht wird. Das Bestehen  
84 rechtsradikaler Terrororganisationen wie beispielsweise „Combat 18“, welche auch immer wieder im  
85 Zusammenhang mit dem Mord an Walter Lübcke verdächtigt wird, ist seit Jahrzehnten bekannt. Als  
86 militanter Arm des „Blood and Honour“ Netzwerkes ist diese Struktur international und national gut  
87 vernetzt. Es wird vermutet, dass sich die Akteur\*innen dieses Netzwerkes im Rahmen von als

88 Kundgebung getarnten Rechtsrockkonzerten treffen um in konspirativen Kreisen Wissen weiterzugeben  
89 und sich zu vernetzen. Die Personen, die sich dort treffen, sind den Sicherheitsbehörden im großen Teil  
90 namentlich bekannt. Dabei sind diese Leute häufig nicht selbst die Terrorist\*innen, welche die  
91 Anschläge planen und durchführen, viel mehr erfüllen sie eine Art Paten-Funktion. Als langjährige  
92 Mitglieder der radikalrechten Szene sind diese Leute hervorragend vernetzt und in ihren Kreisen  
93 akzeptiert. Sie selbst sind nicht oder nicht mehr an erster Stelle aktiv, sondern koordinieren die  
94 rechtsradikalen Aktionen aus der zweiten Reihe. Dadurch fallen diese Leute oft aus dem Raster der  
95 Sicherheitsbehörden und können unbehelligt den isolierten Terrorzellen zuarbeiten, ohne dass diese  
96 auffliegen. Um dem rechten Terror ein Ende zu setzen ist es unerlässlich, dass ein Umdenken in der  
97 Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden stattfindet. Eine erhöhte Aufmerksamkeit auf die gesamtheitliche  
98 Betrachtung der rechten Szene, auch im internationalen Zusammenhang, ist notwendig. Der Fokus der  
99 Ermittlungen sollte sich mehr auf die Bildung von kriminellen bzw. terroristischen Vereinigungen (§ 129  
100 ff. StGB) richten, um das gesamte Umfeld der Täter\*innen in den Fokus nehmen zu können.

### 101 **Aufwind der AfD – Wie Rechtspopulist\*innen den Terror unterstützen**

102 Das politische Klima in der Bundesrepublik kippt. Durch die rechtspopulistische AfD wird der  
103 gesellschaftliche Diskurs immer weiter nach rechts verschoben. Dabei deckt diese, wie auch andere  
104 rechte Organisationen, den rechten Terror zumindest indirekt. Die offene gesellschaftliche Akzeptanz  
105 von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus scheint mit den Wahlerfolgen der AfD zu  
106 steigen. Damit einher geht auch die Akzeptanz für rechte Gewalttaten. Die AfD versucht mit ihrer Politik  
107 - beispielsweise durch Narrative wie das der "Umvolkung" - eine Notwehrlage zu suggerieren, die als  
108 Rechtfertigung für rechtsradikale Exzesse dient. Im Schatten des Erfolgs von völkisch-nationalistischen  
109 Parolen kann sich rechte Gewalt und Terror in den Strukturen der Neuen Rechten etablieren und findet  
110 immer mehr Zustimmung in Teilen der Bevölkerung. Der öffentliche Diskurs wird verdreht. Geflüchtete  
111 werden als IS-Terrorist\*innen diffamiert. Antifaschistische Arbeit wird delegitimiert und als  
112 „linksextremer Terror“ bezeichnet. Forderungen wie die Schließung der Außengrenzen und das „Verbot  
113 der Antifa“ lenken den öffentlichen Diskurs ab. Die Bedrohung durch den rechtsradikalen Terror wird  
114 überspielt und auch medial häufig nicht in angemessenen Umfang gewürdigt. Die AfD und ihre  
115 Forderungen fungieren als ideologischer Brandbeschleuniger. Es ist eine Radikalisierung zu erkennen.  
116 Ein besonderes Augenmerk ist hierbei, auch auf die Junge Alternative für Deutschland, kurz JA, zu legen.  
117 Die Jugendorganisation wird seit dem 15. Januar 2019 offiziell, vom Verfassungsschutz, aufgrund ihrer  
118 "migrations- und insbesondere islamfeindlichen Haltung", als "Verdachtsfall" eingestuft. Für die  
119 Rechtsradikalismusforschung stellt die JA den "Brückenkopf" zwischen der Partei und der Neuen  
120 Rechten dar. Immer mehr driften die AfD und ihre Jugendorganisation nach rechts. Zwar lässt sich kein  
121 massiver Zulauf in deren Reihen erkennen, jedoch scheint die gesamtgesellschaftliche Lage diese  
122 Gruppen zu beflügeln. Immer militanter und selbstsicherer findet das Auftreten der  
123 Rechtsradikalist\*innen statt. Das lässt sich auch im Rahmen der Ausschreitungen in Chemnitz  
124 feststellen. Ein Aufmarsch von Rechtsradikalen in diesem Umfang war zuvor kaum vorstellbar. Die  
125 Aggressivität und die Selbstsicherheit der Radikalist\*innen war schockierend. Durch  
126 rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien, wie die AfD wird das offene rechtsradikale Auftreten  
127 und die damit verbundene Gewalt und der Terror gestärkt.

### 128 **Auch vor unseren Toren – Rechte Gewalt an Hochschulen**

129 Rechte Gewalt macht auch an den Hochschulen nicht halt. Das wohl räumlich anschaulichste Beispiel  
130 ist das Haus der Identitären Bewegung in Halle, welches direkt am Campus steht. Aber auch an den  
131 meisten anderen Hochschulen versuchen rechtsradikale Strukturen, Fuß zu fassen. Mit den  
132 Burschenschaften des Dachverbandes „Deutsche Burschenschaft“ erhielt der akademisierte  
133 Rechtsradikalismus bereits in der Nachkriegszeit wieder Einzug an den Hochschulen. Diese veraltet  
134 anmutenden Studentenverbindungen gelten als Kaderschmiede für rechtsradikale Parteien und

135 Organisationen. Burschenschafter vereinen eine akademische Bildung mit einer gefestigten  
136 rechtsradikalen Ideologie. Über den Campus an Universitäten und Hochschulen hinweg nehmen  
137 Studentenverbindungen Einfluss auf das politische Geschehen, sei es die Durchführung von  
138 rechtsradikalen Veranstaltungen in den Verbindungshäusern, Kontakte und Austausch mit durch den  
139 Verfassungsschutz beobachteten Organisationen wie bspw. die Identitäten Bewegung etc., sind sie  
140 längst zu einer der Nachwuchsschmieden von rechtspopulistischen Parteien wie der AfD geworden. So  
141 greifen AfD Abgeordnete gerne auf Mitarbeitende aus Verbindungen zurück oder sind sogar selbst Teil  
142 von Burschenschaften, Landsmannschaften etc. Auch die vielfach angesprochene Identitäre Bewegung  
143 als Vorzeigeprojekt der neuen Rechten verzeichnet Erfolge an Hochschulen. Ihre Ideologie des  
144 „Ethnopluralismus“ und ihr geschickter Umgang mit öffentlichkeitswirksamen Aktionsformen findet  
145 auch in studentischen Kreisen Zustimmung. Es lassen sich insbesondere immer wieder enge  
146 Verbindungen zwischen Burschenschaften und der Identitären Bewegung beobachten, welche es der IB  
147 ermöglichen noch stärker in die Hochschulen bzw. Studierendenschaften vorzudringen. Diese  
148 Organisationen bieten einen Anknüpfungspunkt zu den klassischen rechtsradikalen Strukturen und  
149 dienen als Schnittstelle. Wie weit sich die angesprochenen Studierenden radikalieren, lässt sich nicht  
150 nachvollziehen, jedoch sind die Strukturen so durchlässig, dass eine militante Radikalisierung nicht  
151 ausgeschlossen werden kann. Klar ist, dass die akademischen Organisationen das ideologische  
152 Rückgrat des neuen Rechtsradikalismus bilden. Zwar wird in den militant-rechtsradikalen Strukturen  
153 häufig noch auf die NS-Zeit Bezug genommen, jedoch zeigt sich die Tendenz zu anderen Ideologien,  
154 welche von den typischen Nazi-Klischees stark abweichen und rechtsradikales Gedankengut neu  
155 verpacken. Die Vordenker\*innen dieser Ideologie lassen sich in rechtsradikalen Thinktanks finden,  
156 welche häufig einen engen personellen Bezug zu rechtsradikalen studentischen Gruppierungen haben.

157 Auch in den Hochschulpolitischen Kreisen halten vermehrt Hochschulgruppen mit rechtem  
158 Gedankengut Einzug, oftmals ohne von Studierenden direkt als solche erkannt zu werden. Denn die  
159 Namensgebung dieser Hochschulgruppen lässt nicht immer Rückschlüsse auf Verbindungen zur  
160 Identitären Bewegung, Burschenschaften, AfD, Jungen Alternativen oder anderen  
161 rechtsnationalistischen Organisationen/Parteien zu. Ein Blick auf die personellen Aufstellungen dieser  
162 Hochschulgruppen zeigt allerdings deutliche Überschneidungen zu politischen Verbänden am rechten  
163 Rand. Einmal in die Gremien gewählt, bekommen die Hochschulgruppen Einblicke in die  
164 parlamentarische Arbeit und ggf. in die Strukturen der studentischen oder akademischen  
165 Selbstverwaltung. Seien es geplante und unterstützte Veranstaltungen im antifaschistischen oder  
166 feministischen Bereich oder die Arbeit in den verschiedenen selbstverwalteten Referaten. Insbesondere  
167 in akademischen Gremien können rechte und konservative Hochschulgruppen einen massiven Schaden  
168 anrichten, da in diesen Gremien i.d.R. nur wenige Studierende sitzen, um die gesamte  
169 Studierendenschaft zu vertreten. Aber auch innerhalb der studentischen Selbstverwaltung verstärkt sich  
170 vielerorts die Bedrohung, dass gerade durch rechte Hochschulgruppen im demokratischen Tarnmantel,  
171 die Mehrheiten sich immer weiter in Richtung rechts-konservative Lager verschieben. Wir als Juso-  
172 Hochschulgruppen müssen uns auch weiterhin gegen rechtes Gedankengut innerhalb der Gremien,  
173 sowie der gesamten Universität einsetzen. Hierzu gehört es auch, dass wir die Studierendenschaft über  
174 die Hintergründe rechter Hochschulgruppen aufklären und immer wieder ihre Verbindungen zu den  
175 genannten Gruppierungen aufzeigen.

176 Hochschulen stellen allerdings auch eine wichtige Infrastruktur für die Forschung zu  
177 menschenverachtenden Ideologien und deren Umsetzung in die Praxis dar. Neben der medialen  
178 Aufarbeitung der Strukturen und des Terrors ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem  
179 Thema besonders wichtig. Die Wissenschaft forscht zu Verknüpfungen und Schnittstellen, welche nicht  
180 nur für eine theoretische Analyse interessant sind. Viel mehr lassen sich zumindest abstrakt auch  
181 Handlungsempfehlungen aus den Forschungsergebnissen ableiten, welche den Kampf gegen  
182 Rechtsradikalismus unterstützen.

- 183 • Rechter Terror und Gewalt sind gegenwärtig an den Hochschulen und in der Gesellschaft. Es ist  
184 unerlässlich für die Juso-Hochschulgruppen sich gegen diese Gewalt zu stellen und klare Kante  
185 gegen rechts zu zeigen. Als solidarischer Verband stehen wir mit den Opfern von rechter Gewalt  
186 und Terror. Gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und den demokratischen  
187 Parteien wollen wir dem Rechtsruck etwas entgegen setzen. Wir unterstützen den  
188 antifaschistischen Kampf gegen den Rechtsradikalismus!
- 189 • Es muss eine lückenlose Aufklärung der Strukturen und Netzwerke bezüglich der Mord- und  
190 Anschlagserie des NSU und des Mordes an Walter Lübke, sowie eine Benennung aller  
191 verantwortlichen Personen stattfinden. Antifaschistische Recherche- und Aufklärungsarbeit  
192 darf nicht dämonisiert werden, sondern ist essentiell, um die Strukturen Rechten Terrors  
193 aufzudecken. Bei der Aufklärung rechten Terrors muss auch die Rolle der Sicherheitsbehörden,  
194 insbesondere des Bundesamtes für Verfassungsschutz, kritisch hinterfragt werden. Die Arbeit  
195 dieses Bundesamtes in Bezug auf den rechten Terror muss sich von Grund auf ändern.
- 196 • Gerade in den schlagenden Burschenschaften gehören Sexismus, Antisemitismus, Rassismus  
197 und Nationalismus fast immer zum gemeinsamen Zusammenleben dazu. Wir machen es uns  
198 zur Aufgabe diese Männerbünde aufzubrechen und Studierenden zu zeigen, was sich hinter der  
199 Fassade von Studentenverbindungen verbirgt.
- 200 • Weiterhin möchten wir die Hochschulen dazu anleiten, Maßnahmenkataloge im Umgang mit  
201 rechten Ideologien und Akteur\*innen an den Hochschulen zu entwickeln. Auch muss die  
202 Sicherheit von Mandatsträger\*innen in der akademischen und studentischen Selbstverwaltung  
203 sowie Vertreter\*innen anderer hochschulpolitischer Gremien, die in der Vergangenheit vermehrt  
204 rechtsmotivierter Angriffe ausgesetzt waren, sichergestellt werden.
- 205 • Außerdem sollen gefährdete Objekte (wie bspw. Gotteshäuser) verstärkt geschützt werden,  
206 diese dadurch anfallenden Kosten sollen durch das Land getragen werden.

# Antragsbereich E: Europa & Internationales

## Antrag E2\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppe Gießen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **E2\_19/2 Jetzt oder nie: International- einfach** 4 **machen!**

5 Bewusstsein schaffen. Seit der Gründung der Europäischen Union am 01. November 1993 haben wir  
6 eine weltweit einzigartige Gemeinschaft zahlreicher und sogleich vielfältiger Nationen geschaffen. Die  
7 Europäische Union hat noch nie so viele Menschen vereint und für Frieden in Europa gesorgt. Täglich  
8 kämpft unser Verband aus voller Überzeugung für die europäischen Werte.

9 Wenn wir über Europa reden, betrifft das Alle. Der kulturelle Austausch und die internationale Vernetzung  
10 spielen eine immer wichtigere Rolle. Heutzutage kann eine Arbeitsstelle überall auf der Welt  
11 angenommen werden, dabei bietet der Hochschulabschluss viele Möglichkeiten. Studierende sollten  
12 daher für die Austauschmöglichkeiten sensibilisiert und auf die Chancen hingewiesen werden. Neben  
13 möglichen Berufskontakten, dem Erlernen von Sprachen, Kulturen und Freundschaften, stellen  
14 Auslandsaufenthalte gute Möglichkeiten dar, den eigenen Horizont zu erweitern. Dies gilt aber genauso  
15 für Internationalstudierende, welche ein Auslandssemester, im Rahmen der Summer School, ihren  
16 Bachelor- oder Masterabschluss oder anderen Austauschmöglichkeiten im Rahmen ihres Studiums  
17 nutzen.

#### 18 **Bestehende Erasmus+ Plätze ausbauen**

19 Zum einem gilt es bestehende Angebote auszubauen. Jedoch soll es nicht ausschließlich um die  
20 Schaffung neuer Erasmusplätze gehen. Wir möchten, dass die Interessen aller Studierenden vertreten  
21 und gleichermaßen behandelt werden. Daher ist es uns ein Anliegen, bereits bestehende Problemfelder  
22 zu analysieren und für Verbesserungen zu sorgen. Großbritannien muss auch nach dem Brexit in das  
23 Erasmus+-Programm einbezogen werden. Wir wollen jungen Menschen die europäische Perspektive  
24 erhalten, auch und besonders in Großbritannien.

#### 25 **Mehr Transparenz schaffen durch ein zweisprachiges Kommunikationsangebot**

26 Rund 10,2 Prozent der Studierenden sind Internationalstudierende.<sup>1</sup> Der Aufenthalt gestaltet sich für  
27 diese nicht immer einfach. Kleinigkeiten wie die Beschilderungen auf den Campi, welche überwiegend  
28 auf Deutsch sind, erschweren den Alltag der Studierenden. Ein Lösungsansatz ist daher Schilder in  
29 Englisch und Französisch zu platzieren, zusätzlich zu der deutschen Beschilderung. Gleiches gilt für die  
30 Mensen. „Vier von Fünf ausländisch Studierende nutzen durchschnittlich 4,8-mal in der Woche die  
31 Angebote einer Mensa oder Cafeteria. Der Anteil ausländischer Studierender, die in Mensen zu Mittag  
32 essen, liegt um sieben Prozentpunkte höher als unter ihren bildungsinländischen KommilitonInnen.“<sup>2</sup>  
33 Damit wäre es ein leichtes, das Essenangebot auch in der englischen und französischen Sprache zu  
34 verfassen, um auch hier für mehr Transparenz und Studierendenfreundlichkeit zu sorgen. Weitere

---

<sup>1</sup> Ausländische Studierende in Deutschland 2016; Ergebnisse der Befragung bildungsausländischer Studierender im Rahmen der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wirtschaftspolitik

<sup>2</sup> Ebd.

35 Probleme fallen bei dem Ausfüllen von Dokumenten, die rund mit dem Studium und Leben in  
36 Deutschland zu tun haben, wie beispielsweise Mietverträge, Modulbeschreibungen, Einwahlprozesse für  
37 Veranstaltungen etc. an, die auf den ersten Blick schwer verständlich sein können. Wir fordern daher,  
38 dass alle Dokumente wie Notennachweise online und offline in der englischen und französischen  
39 Sprache zur Verfügung gestellt werden sowie neben den offiziellen Dokumenten Handreichungen  
40 bestehen können.

41 Eine weitere Forderung beinhaltet, interne Universitätsprogramme wie beispielsweise Ilias, StudIP,  
42 FlexNow oder vergleichbare, wenn nichts bereits vorhanden, in einer englischen und französischen  
43 Version bereit zu stellen.

#### 44 **Hochschulwahlen – Wahlkampf gestalten**

45 Partizipation an den Hochschulwahlen soll für Alle möglich sein. Internationalstudierende sind oftmals  
46 wahlberechtigt, machen von ihrem Wahlrecht jedoch leider keinen Gebrauch. An dieser Stelle gilt es,  
47 diese hinreichend zu informieren. Zum Beispiel kann der Wahlausschuss neben der deutschen Version  
48 zur Informationsaufklärung, Flyer, Emails sowie Homepageauftritte in englischer und französischer  
49 Sprache veröffentlichen. Außerdem fordern wir, dass es in Betracht gezogen werden soll,  
50 Wahlprogramme zukünftig ebenfalls in englischer und französischer Auflage zu publizieren.  
51 Internationalstudierende sind eine wichtige Zielgruppe und langfristig sollte es unser aller Ziel sein  
52 wieder Wahlen zu gewinnen. Um eine Angleichung der Selbstverwaltungskulturen in Europa zu erreichen  
53 und allen Studierenden einen demokratischen Zugang zu ihren Hochschulen zu ermöglichen brauchte  
54 es eine europäische Richtlinie, die Standards der studentischen Selbstverwaltung festlegt, die jedoch in  
55 keinem Mitgliedsstaat eine Absenkung der Mitbestimmung zur Folge haben darf.

#### 56 **Repräsentation von ausländischen Studierenden.**

57 Das Leben auf dem Campus wird von allen Studierenden gestaltet. Dies beinhaltet Engagement in  
58 studentischen Vereinigungen jeglicher Art, egal ob diese nun sportlich, kulturell, politisch etc geprägt  
59 sind. Wenig überraschender Weise liegt studentische Selbstverwaltung meist in der Hand von  
60 Studierenden, die die deutsche Sprache sehr gut sprechen. Dies hat zur Folge, dass Studierende, die auf  
61 Englisch in der Kommunikation angewiesen sind, kaum Möglichkeiten haben, bspw. aktiv an Studien –  
62 und Prüfungsordnungen mitzuarbeiten, Vorschläge zur Verbesserung der Mensaeessen einzubringen  
63 oder wahrnehmbare Kritik an Hochschulgesetzen zu äußern. Es ist deshalb von Nöten, dass  
64 ausländische Studierende Gehör in den studentischen Selbstverwaltungen erhalten. Ein Vorschlag, um  
65 diese Forderung zu erfüllen wäre, dass alle ausländischen Studierenden eine festgelegte Anzahl an  
66 Personen aus ihren Reihen in die Gremien der studentischen Selbstverwaltung zu wählen. Praktisch  
67 würden diese gewählten Personen über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen müssen, um in den  
68 Gremien produktiv sein zu können. Alternativ unterstützen wir die Wahl einer Ausländischen  
69 Studierendenvertretung (ASV), die als autonomes Referat an die jeweiligen  
70 Asten/Studierendenvertretungen angeschlossen werden.

#### 71 **Bleibeperspektiven und Sicherheiten schaffen.**

72 Internationale Studierende brauchen vor allem Sicherheit, wie sie ihr Leben nach dem Studium in  
73 Deutschland fortsetzen können. Verunsicherung bezüglich Erfüllung von Visakriterien stellt sich schon  
74 unmittelbar vor dem Abschluss ein, welches Visum zu beantragen ist, ob bei freiberuflicher Tätigkeit der  
75 Mindestverdienst für ein Arbeitsvisum eingehalten wird, und vieles mehr. Wir wollen, dass Studierende  
76 unabhängig von ihren Abschlüssen oder dem Studium nachfolgenden Beschäftigungen ein Visum mit  
77 dauerhaften Aufenthalt nach dem Studienabschluss zur Verfügung gestellt bekommen, um zumindest  
78 dieses bürokratische Hindernis aus dem Weg zu räumen, und es den Studierenden möglich zu machen,  
79 in Deutschland ein soziales Netz ohne Trennungsangst durch Visumsablehnung aufzubauen. Ohne

80 Bleibeperspektiven bleibt gewollte Repräsentation von internationalen Studierenden eine Farce, da ihr  
81 Engagement und Leben in Deutschland mit Wertschätzung aufgewogen werden muss, welche einen  
82 garantierten unbefristeten Aufenthalt mindestens beinhaltet.“

### 83 **Sprachabende zur Vernetzung nutzen**

84 Sprachen verbinden und bereichern unser Leben. Jede neue Sprache eröffnet uns den Zugang zu neuen  
85 Welten. Sprachabende können für den Austausch zwischen den Studierenden verwendet werden. Diese  
86 finden hierbei in einer lockeren Runde statt, das heißt dass zum Beispiel Spieleabende veranstaltet  
87 werden können. Hierbei können an verschiedenen Tischen verschiedene Sprachen gesprochen werden,  
88 im Optimalfall mit einem oder einer MuttersprachlerIn pro Tisch. Neben neuen Kontakten, können  
89 Sprachkenntnisse, die aus Auslandsaufenthalten entstanden sein können aufrechterhalten werden und  
90 Erasmusstudierende können sich gut einbringen. Wir fordern, dass an den Universitäten, z.B durch  
91 Fachschaften, Platz für Sprachabende oder vergleichbare Treffen geschaffen werden und somit die  
92 Internationalisierung gefördert wird.

### 93 **Initiative: International Offices**

94 Des Weiteren ist ein zentraler Bestandteil, der Ausbau beziehungsweise die Schaffung von International  
95 Offices. International Offices sind Beratungsangebote der Fachbereiche und stehen den Studierenden  
96 für Fragen zur Seite. Einige Fachbereiche bieten längst ein breites Beratungsangebot an, welches sehr  
97 gut frequentiert wird. Hierbei muss das Rad nicht neu erfunden werden, sondern es können  
98 Erfahrungswerte von bereits erfolgreichen Beratungsstellen genutzt werden. Im besten Fall kann  
99 deutschlandweit ein Netzwerk geschaffen werden, sodass die International Offices gemeinsame  
100 Veranstaltungen planen könnten und Wissen von vielen Orten aus generiert und verwendet werden kann.

101 Da es leider noch keine Selbstverständlichkeit ist, gibt es Bedarf diese Initiative auszubauen. Unser Ziel  
102 muss es sein, flächendeckende Beratungsangebote für Alle zu schaffen und nicht nur an privilegierten  
103 Fachbereichen. Zugleich können die Schlüsselpartner vor Ort miteingebunden werden und  
104 Kooperationen wie zum Beispiel mit den Studentenwerken, ASTA'en, Gewerkschaften und weiteren  
105 Partnern gebündelt genutzt werden. Letztendlich gilt es, bestehende Ressourcen einzusetzen.

106 Wir verstehen uns als ein Verband, welcher sich für die Interessen aller Studierenden einsetzen möchte.  
107 Wir dürfen niemanden alleine lassen: Nur gemeinsam sind wir stark und es gilt ‚Brücken aufzubauen‘  
108 und einander den Rücken zu stärken.

### 109 **Mitmachen- anpacken- verändern: Internationalstudierende miteinbinden**

110 Daher plädieren wir dafür, langfristig Internationalstudierende stärker miteinzubinden. Oftmals werden  
111 ihre Interessen nicht wahrgenommen und umgekehrt stehen die Internationalstudierenden vor der  
112 Frage, an wenn sie sich wenden könnten. Wir sind AnsprechpartnerInnen, wir sind gefragt und können  
113 etwas bewirken. Anregungen gibt es genügend wie uns in zahlreichen Gesprächen mit  
114 Internationalstudierenden aufgefallen ist. Wir sind auf breite Zustimmung gestoßen, das Interesse ist  
115 vorhanden und es wird dankend angenommen werden. Großbritannien soll weiter in das Programm  
116 einbezogen werden. Hierzu soll im nächsten mehrjährigen Finanzplan der EU eine Verdreifachung der  
117 Mittel für das Erasmus+-Programm vorgesehen werden und im aktuellen mehrjährigen Finanzplan  
118 Möglichkeiten gefunden werden, um die Mittel früher zu erhöhen. Dies gehört zu der gelebten  
119 europäischen Idee dazu und wir können mit großen Schritten voranschreiten.

120 Deshalb fordern wir:

- 121 • Bestehende Erasmus+ Plätze sollen ausgebaut werden

- 122 • Mehr Transparenz schaffen durch ein zweisprachiges Kommunikationssystem.  
123 Beschilderungen auf den Campi, das Essensangebot, Modulbeschreibungen oder Mietverträge  
124 sollen neben der deutschen Variante in der englischen und französischen Sprache vorhanden  
125 sein.
- 126 • Wichtige Dokumente wie Notennachweise sollen zudem online und offline, zudem in englischer  
127 und französischer Sprache, verfügbar sein.
- 128 • Programme, welche zur Nutzung des Studiums zwingend notwendig sind wie beispielsweise  
129 Ilias, StudIP, Flex Now oder vergleichbare, sollen in einer englischen und französischen Version  
130 verfügbar sein.
- 131 • Hochschulwahlen – Wahlkampf gestalten: Wahlunterlagen und nach Möglichkeit  
132 Wahlprogramme in Englisch und Französisch publizieren
- 133 • Eine europäische Richtlinie zur studentischen Selbstverwaltung, die in keinem Mitgliedsstaat  
134 Standards absenken darf.
- 135 • Raum für Sprachabende schaffen. Hierbei können an verschiedenen Tischen verschiedene  
136 Sprachen gesprochen werden, im Optimalfall mit einem oder einer MuttersprachlerIn pro Tisch.
- 137 • Initiative International Offices: Ausbau beziehungsweise die Schaffung flächendeckender  
138 International Offices. Die Vernetzung mit anderen International Offices und  
139 Kooperationspartnern vor Ort soll ausgebaut werden.

# Antragsbereich F: Feminismus & Gleichstellung

## Antrag F1\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Hessen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **F1\_19/2 Wann ist ein Mann ein Mann? Eine** 4 **kritische Perspektive auf toxische Männlichkeit**

5 In den vergangenen Jahren wurde unser Verband durch zahlreiche und wichtige feministische Debatten  
6 geprägt. Insbesondere in der letzten Vergangenheit stand hierbei immer wieder die Frage im Raum,  
7 welche Rolle Männer in unseren feministischen Kämpfen einnehmen können und sollen. Hierauf haben  
8 wir weder eine einfache Antwort als Juso-Hochschulgruppen, noch ist die Frage einfach durch "perfekte  
9 Praxisbeispiele" oder einfache feministische Theorien zu beantworten. Der vorliegende Antrag stellt  
10 eine Analyse des Spannungsfeldes von „toxischer und kritischer Männlichkeit“ an, um einen ersten  
11 Klärungsversuch des Paradoxons „Männlichkeit“ anzustellen. Es besteht weder Anspruch auf  
12 Vollständigkeit, noch sehen die Antragsteller\*innen die zwingend erforderliche Verbandsdebatte über  
13 die Thematik mit diesem Antrag als abgeschlossen an. Im Gegenteil: Die folgende Analyse soll als  
14 Debattenaufschlag und Diskussionsgrundlage für die zukünftige und notwendige Auseinandersetzung  
15 mit der oben genannten Frage innerhalb unseres Verbandes dienen. Es wird Zeit, dass wir uns dem  
16 Diskurs auf gesamtverbandlicher Ebene nicht länger entziehen, um herauszufinden, wie wir **gemeinsam**  
17 für eine emanzipatorische Gesellschaft kämpfen wollen. Denn es kann nicht in unserem Interesse sein,  
18 dass das Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen allein auf dem Rücken von Frauen\* aus - und  
19 von ihren Schultern getragen wird. Deshalb müssen wir immer wieder die Frage stellen, wie eine  
20 solidarische feministische Politik von Männern aussehen kann.

#### 21 **Verortung innerhalb feministischer Theorien**

22 Doch bevor wir uns mit dieser konkreten Fragestellung auseinandersetzen können, besteht zunächst  
23 die Notwendigkeit zu beleuchten, wie das Thema Männlichkeit in feministischen Theorien zu verorten  
24 ist und zu klären, was "Männlichkeit" bedeutet. Um "Männlichkeit" innerhalb feministischer Theorien zu  
25 verorten, ist es essenziell sich den Ausgangspunkt und Anspruch dieser Theorien anzuschauen. Eine  
26 Herangehensweise an die Überwindung der patriarchalen Gesellschaftsstrukturen, stellt der  
27 materialistische Feminismus dar. Diese feministische Theorie ist angetreten, um breiter zu erfassen  
28 was Gesellschaft ist und bestehende Gesellschaftstheorien zu hinterfragen und zu erweitern. Hierbei  
29 geht es nicht darum, lediglich die Gesellschaftstheorien von Marx und Co um eine partielle Perspektive  
30 zu ergänzen, sondern zu verdeutlichen, dass das Politische und das Private untrennbar  
31 zusammengehören und die Unterdrückung von Frauen\* mehr als nur einen Nebenwiderspruch in  
32 unserer patriarchalen und kapitalistischen Gesellschaft darstellt. Die Unterdrückung der Frau\* ist  
33 untrennbar verbunden mit der (Re-)produktion patriarchaler Strukturen und dem kapitalistischen  
34 System. Ein entscheidender Faktor der Aufrechterhaltung dieses Systems ist die Einteilung in  
35 „männliche“ Produktions- und „weibliche“ Reproduktionsarbeit, wobei der Wert letzterer marginalisiert  
36 wird. Diese Trennung ist entscheidend für die Generierung von Profiten im kapitalistischen System und  
37 wird durch traditionelle gesellschaftliche Geschlechterrollen gestützt. Die Position des Mannes als  
38 Familienernährer wird in patriarchalen Gesellschaftsstrukturen ideologisch untermauert. Dem Mann  
39 werden Eigenschaften/Anforderungen wie Subjekthaftigkeit, Willensstärke und Tapferkeit  
40 zugeschrieben. Hierbei verlangt das System, dass Mann als sich im ständigen Wettbewerb mit anderen

41 Männern befindendes Subjekt zu verstehen ist. Innerhalb dieses Wettbewerbs unter Männern geht es  
42 darum, die eigene „Männlichkeit“ unter Beweis zu stellen. Zu dieser „Männlichkeit“ passen  
43 Eigenschaften wie Zurückhaltung und Verletzlichkeit nicht, weshalb diese als „unmännlich“ konnotiert  
44 sind. Dies ist auch damit zu erklären, dass im kapitalistischen patriarchalen System emotionale Arbeit  
45 als „weiblich“ definiert ist. Kindererziehung und Reproduktionsarbeit in der Familie werden als Aufgabe  
46 der Frau angesehen, weswegen hierfür notwendige Eigenschaften wie Sensibilität und Empathie als  
47 „weiblich“, und daher im direkten Umkehrschluss als „unmännlich“ angesehen werden. Männern wird  
48 zudem im Vergleich zu Frauen Rationalität zugeschrieben, während jenen unterstellt wird,  
49 Entscheidungen auf emotionaler Basis zu treffen. Innerhalb einer patriarchalen, hegemonialen  
50 Gesellschaft wird durch diese Unterscheidung einerseits gerechtfertigt, dass wichtige politische oder  
51 wirtschaftliche Entscheidungen ausschließlich von Männern getroffen werden, während „Emotionalität“  
52 als etwas Negatives und „Weibliches“ definiert wird. Andererseits schützt diese Unterscheidung die  
53 Strukturen und erhält das System. Feministische Theorien sind angetreten, um diese patriarchalen  
54 Strukturen zu durchbrechen. Deshalb ist es unabdingbar „Männlichkeit“ kritisch zu beleuchten, zu  
55 diskutieren und in Frage zu stellen, um die patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft zu überwinden.  
56 Wie einleitend bereits festgestellt reicht es nicht aus, wenn nur ein Teil der Gesellschaft diese  
57 „Männlichkeit“ in Frage stellt. Wie aber kann es gelingen, Männer dazu zu bringen den Nutzen und die  
58 Privilegien, die sie innerhalb patriarchaler Strukturen genießen, aufzugeben, während wir innerhalb einer  
59 profitorientierten Gesellschaft leben, in der suggeriert wird, dass das eigene Wohl über dem der  
60 „Anderen“ steht? Ist es unter diesen Voraussetzungen in letzter Konsequenz überhaupt möglich, dass  
61 Männer an der Seite von Frauen\* für eine emanzipatorische Gesellschaft und Gleichberechtigung  
62 kämpfen? Und besteht dann überhaupt die Möglichkeit, dass Männer Feministen sein können?

### 63 **Männer innerhalb einer patriarchalen Gesellschaft**

64 Doch auch allein die Verortung in feministischen Theorien reicht nicht aus, um die Frage danach, wie  
65 männliche Solidarität innerhalb feministischer Kämpfe aussehen kann, zu klären. Vorangestellt werden  
66 muss die Frage, was diese ominöse Männlichkeit überhaupt ist, woher sie kommt, ob „Männlichkeit“  
67 eine einheitliche Genusgruppe beschreibt oder ob es verschiedenen Männlichkeiten gibt und welche  
68 Auswirkung sie auf (insbesondere) junge Männer hat. „Männlichkeit“ setzt den Begriff der „Weiblichkeit“  
69 voraus und teilt auf kulturell spezifische Weise Geschlechter auf. Männlichkeit ist ein soziales Konstrukt,  
70 welches auf einem System der binären Geschlechterbeziehungen basiert und außerhalb dieses nicht  
71 auf die gleiche Weise existieren könnte. Innerhalb dieses sozialen Konstruktes gibt es Eigenschaften  
72 und Verhaltensweisen, die untrennbar mit „Männlichkeit“ verbunden sind und das „Mann-Sein“  
73 (innerhalb des Systems) definieren. Diese Eigenschaften und Verhaltensweisen sind unmittelbar mit  
74 heteronormativ verfasst. Einen Versuch, den ungreifbaren, nicht physisch existierenden  
75 „Verhaltenskodex“, an den es sich zu halten gilt, aufzuschlüsseln, stellt der sogenannte „Guy Code“ dar.  
76 Bei dem „Guy Code“ handelt es sich um ein Konzept, das Michael Kimmel verwendet um die  
77 Charakteristika männlicher Subjektivierung<sup>1</sup> und Sozialisation als eine Art Regelwerk zu beschreiben.  
78 Dieses enthält „Regeln“ wie etwa „boys don't cry“, „it's better to be mad than sad“ oder „take it like a  
79 man“. Auch wenn es einfach erscheint „Männlichkeit“ auf Grundlage dieser „Regeln“ herunterzubrechen  
80 und zu definieren, ist es doch nicht so einfach. Zwar ist „Männlichkeit“ etwas, dessen Vollzug Männer  
81 untereinander voneinander einfordern, jedoch gibt es viele verschiedene Gruppen von Männern, die  
82 gänzlich unterschiedliche Dinge von Männern erwarten. Wenige Männer erreichen überhaupt den  
83 versprochenen Reichtum und die versprochene Macht. Diese Männer werden dann ikonisiert und  
84 bestärken bei meist anderen Männern die Vorstellung, dass Macht, Reichtum etc. das höchste Gut seien,  
85 das Männer erreichen können und auch müssen, wenn sie als Männer zählen sollen. Männlich sein ist  
86 in dieser Welt vor allem durch Selbstbeherrschung, Selbstverleugnung und Selbstaufopferung, also

---

<sup>1</sup> „[...] Subjektivität [...] definiert als gesellschaftlich zur Verfügung gestelltes Wissen zur Deutung und Aneignung von Erfahrung gerade als „materielle Instanz der Unterwerfung (Foucault) funktioniert.“ (Hark1992)

87 durch Gewalt gegen sich selbst und andere zu erlangen. „Männlich-Sein“ wird als ein moralisches  
88 Unterfangen dargestellt von dessen Gelingen der Selbstwert der Person unmittelbar abhängt. Der  
89 „GuyCode“ ist jene Instanz, nach der Männer andere Männer auf ihr „Männlich-Sein“ hin überprüfen und  
90 bewerten. Allerdings kann es viele weitere Gruppen von Männern geben, die wiederum auf ganz andere  
91 Tugenden Wert legen. Es wird also deutlich, dass auch innerhalb des binären Systems nicht von “der  
92 einen” „Männlichkeit“ gesprochen werden kann. Der Begriff der „Männlichkeit“ muss breiter erfasst  
93 werden und ist immer abhängig von Gruppierungen und der Perspektive. Unabhängig von den konkreten  
94 Anforderungen an “Männlichkeit” (je nach Gruppierung, Situation etc.) spielen jedoch so gut wie immer  
95 der Wettbewerb untereinander und der Zwang der Erfüllung jeweiligen “Männlichkeit” eine konstitutive  
96 Rolle. Frauen\* werden in Bezug auf “Männlichkeit” als etwas begehrenswertes (Objekt), an denen ein  
97 sexuelles Interesse, jedoch kein intellektuelles Interesse bestehen soll, dargestellt. Auch geht es bei  
98 dem Beweis der “Männlichkeit” in erster Linie nicht darum, sich vor Frauen\* zu profilieren. Es handelt  
99 sich stets um die Profilierung vor Männern durch den Wettbewerb mit Männern. (Dieser Wunsch nach  
100 männlicher Bestätigung lässt sich wiederum auf den “zu geringen Stand” von Frauen\* innerhalb der  
101 Gesellschaft zurückführen, um überhaupt die notwendige Wertschätzung erteilen zu können.). Misslingt  
102 eine solche Profilierung dauerhaft besteht die Gefahr, dass die erfahrene narzisstische Kränkung durch  
103 Gewalt gegenüber Frauen\* wiederhergestellt werden soll. Kimmel schreibt dazu: „The purpose of  
104 violence is to diminish the intensity of shame and replace it as far as possible with its opposite, pride,  
105 thus preventing the individual from being overwhelmed by the feeling of shame.“ (Garbarino/ Kimmel  
106 2009: 56). Auch ist der Umgang mit Männern, die sich diesem Wettbewerb (und dem Zwang) zu  
107 entziehen versuchen oder den Anforderungen an das “Mannsein” nicht gerecht werden immer sehr  
108 ähnlich. Diese Männer werden als unmännlich deklariert, gedemütigt, ausgegrenzt oder Schlimmeres.  
109 Um sich vor Anderen zu profilieren und damit dem Schicksal der Ausgrenzung entgegen zu wirken,  
110 neigen Männer zu gefährlichen Attitüden, wie bspw. deutlich zu hohe Geschwindigkeiten (beim  
111 Autofahren) oder ein übermäßig hoher Alkoholkonsum in Gruppen. Doch sind diese Attitüden nicht die  
112 einzige Gefahr, die toxische Männlichkeit hervorbringt. Auch die Anforderung an Männer gefühllos und  
113 frei von jeglichem Kummer, Schmerzen, Sorgen oder Angst zu sein, stellt ein massives Problem dar.  
114 Denn einerseits führt der Anspruch “better to be mad than sad” dazu, dass eben diese Gefühle in  
115 Aggression, Zorn, Wut und Gewalt transferiert werden. Zudem wird auch die Wahrnehmung von Gewalt  
116 dadurch verzerrt, dass suggeriert wird, Schlägereien und Handgreiflichkeiten seien innerhalb des  
117 “männlichen Wettstreits” “normal” und dadurch nicht als Gewalt einzustufen. Andererseits führt die  
118 Leugnung dieser Gefühle, sowie die Haltung, dass es “unmännlich” sei, Emotionen zu zeigen und  
119 Schmerz zuzulassen sehr häufig dazu, dass Männer (insbesondere junge Männer) nicht über eigene  
120 Gewalterfahrungen (als Betroffene) zu sprechen vermögen. Dieses Phänomen des Totschweigens von  
121 Gewalterfahrungen tritt insbesondere bei Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt auf. Die Betroffenen  
122 schweigen häufig jahrelang, teilweise für immer. Dieser gefährliche Umgang bzw. Nicht-Umgang mit  
123 Gewalt(erfahrungen) hat häufig schwerwiegende Folgen für die Betroffenen. Gleichzeitig kann sich auch  
124 die Scham bzw. die Enttäuschung, die mit einem vermeintlichen “Versagen” als Mann einhergeht,  
125 verbunden mit der Normalität von Gewalt, in Gewalt gegen andere Männer, aber insbesondere gegen  
126 Frauen\* ausdrücken. Frauen\* sind somit im besonderen Maße von männlicher Gewalt betroffen, das  
127 Ausmaß dieser Dynamik ist kaum fassbar. Jeden Tag versucht in Deutschland ein Mann, seine Partnerin  
128 zu töten – an jedem dritten Tag gelingt es. Im Jahr 2017 wurden laut einer Statistik des  
129 Bundeskriminalamtes 113.965 Frauen Opfer der sogenannten Partnerschaftsgewalt.<sup>2</sup>

130 Auch deshalb gilt es, die Zwänge, die mit dem “Begriff” der “Männlichkeit” einherkommen, kritisch zu  
131 hinterfragen und aufzulösen. Jahrelang blieben die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen unangetastet  
132 und Männer wurden zu wenig mit ihrer “Männlichkeit” konfrontiert. Erst das Auftreten des Zweite-Welle-

---

<sup>2</sup> Partnerschaftsgewalt – Kriminalistische Auswertung (Berichtsjahr 2017); Bundeskriminalamt  
[https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Partnerschaftsgewalt/Partnerschaftsgewalt\\_2017.html?nn=63476](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Partnerschaftsgewalt/Partnerschaftsgewalt_2017.html?nn=63476)

133 Feminismus und der Schwulenbewegung konnten die Position der herrschaftlichen männlichen  
134 Ignoranz substanziell irritieren: Sie stellten nicht nur die Normalität der „Männlichkeit“ infrage oder  
135 offenbarten sie als eine Geschlechterrolle, sondern weckten auch die Sehnsucht nach ihrer  
136 Veränderung.<sup>3</sup>

137 Wie bereits ausgeführt bilden sich „Männlichkeitsformen“ in Relation zu anderen Männlichkeiten und  
138 zum Geschlechterverhältnis im Ganzen. So bestanden und bestehen auch weiterhin vielfältige  
139 koexistierende sowie auch konkurrierende Formen von Männlichkeit, welche sich im Wandel der Zeit  
140 befinden. Durch die Infragestellung der Geschlechterordnung von Frauen\* und die im letzten  
141 Jahrhundert aufkommende Schwulen- und Lesbenbewegung wurden die Geschlechterverhältnisse und  
142 besonders das „Männlichkeitsbild“ erschüttert. Homosexuelle Männlichkeit stellt zum Beispiel einen  
143 gravierenden Widerspruch für die hegemoniale Männlichkeit, welche ausschließlich heterosexuell zu  
144 sein hat(te), dar und war doch zugleich Wirklichkeit. Es entstand ein kleines Gegengewicht gegen die  
145 Zwangsheterosexualität, die Männer umgab, und die oft genug Anlass zu Gewalt gegen andere Männer  
146 und Frauen\* bot. Das Aufbegehren der Männer realisierte nach langen Kämpfen verbotene Freuden und  
147 ermöglichte sogar Beziehungen (an liberaleren Orten) zu anderen Männern.

148 Die opponierenden Bewegungen im Allgemeinen und feministische Bewegungen im Besonderen haben  
149 durch ihren Kampf gegen das Patriarchat Freiräume erkämpft und die Vervielfältigung von Subkulturen  
150 und Geschlechteridentitäten erreicht. Das bedeutet(e) jedoch nicht, dass die herkömmlichen  
151 dominanten Formen von Männlichkeit zwangsläufig verschwunden sind. Um dies weiterhin zu  
152 versuchen und voranzutreiben will dieser Antrag die Pflicht und Verbundenheit von Männern für diese  
153 Veränderung betonen. Dabei gehen die Forderungen weit über reine Anklagen hinaus. Vielmehr soll eine  
154 Solidarisierung und ein kritischer Bezug auf die eigene Sozialisation zukünftig einforderbar und möglich  
155 gemacht werden. So soll versucht werden Männlichkeit streitbar zu machen, ohne dabei in pauschale  
156 Verurteilungen noch Verharmlosungen zurück zu fallen.

### 157 **Anforderungen an Männer im Feminismus**

158 Das Spannungsfeld aus Privilegien und damit einhergehenden Anforderungen an Männer innerhalb der  
159 Gesellschaft wird beim Versuch der Analyse des „richtigen“ Verhaltens von „feministischen“ Männern  
160 noch komplexer. Die Frage, ob der „feministische Mann“ nicht ein Widerspruch in sich ist, besteht  
161 weiterhin und die Frage danach wie „Mann“ sich innerhalb feministischer Kämpfe positionieren  
162 und/oder verhalten soll, ist weiterhin ungeklärt. Dennoch erscheint es geradezu zynisch aufgrund der  
163 gesamtgesellschaftlichen Stellung von Männern einen positiven Bezug auf den Kampf der  
164 Unterdrückten (Frauen\*) einzufordern und sie geradezu in die Pflicht zu nehmen aufgrund ihres  
165 patriarchalen Erbens gegen Sexismus und für Feminismus einzutreten.

166 Wichtig ist hierbei zunächst ganz klar festzuhalten, dass der Feminismus in keinsten Weise in einer  
167 Position der Rechtfertigung gegenüber Männern steht. Weder im Sinne dessen, dass er sich dafür  
168 rechtfertigen muss, dass die Privilegien von Männern hinterfragt werden, noch im daraus resultierenden  
169 Kampf für eine gleichberechtigte emanzipatorische Gesellschaft. Ebenso wenig kann und darf es der  
170 Anspruch von Feminismus sein als Serviceangebot wahrgenommen zu werden, am aller wenigsten von  
171 Männern. Doch wie kann Mann sich mit dem feministischen Kampf beschäftigen und sich zu ihm  
172 verhalten, ohne einen unmittelbaren Grund dafür zu erkennen? Wie kann Mann Teil des gemeinsamen  
173 feministischen Kampfes sein, ohne einen direkten „Nutzen“ für sich zu erkennen? Und falls Männer sich  
174 im Feminismus engagieren, stellt sich weiterhin die Frage des „Wie“. Reichen das reine „Nachbeten“  
175 feministischer Theorien und das ständige Reflektieren der eigenen Privilegien? Genügt das  
176 oberflächliche „korrekte“ Benehmen oder wird damit eine weitere Objektwahrnehmung von Frauen\* nur  
177 verdeckt? Kann es der Anspruch von Feminist(\*innen) sein, dass Mann sich seines eigenen Urteils oder

---

<sup>3</sup> Feministisch Streiten; Das Schweigen der Männer; Posstner

178 seiner Praxis und damit dem emanzipatorischen Ansatz verwehrt und stattdessen "gehorsam" den  
179 Betroffenen folgt? Es steht außer Frage, dass immer die Möglichkeit bestehen muss, dass Betroffene  
180 in Bezug auf ihre Betroffenheit für sich selbst sprechen. Doch kann die Verabsolutierung der Forderung  
181 nach Unterstützung durch "Gehorsam" nur eine "Pseudosolidarität" und eine gefährliche "Lass die  
182 Frauen\* halt machen" Haltung hervorrufen. Auf der anderen Seite des Widerspruchs bleibt nur die  
183 praktische wie theoretische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Widersprüchen und der  
184 "Figur" des Mannes. Diese spannungsreiche Position verlangt es, sich streitfähig und streitbar zu  
185 machen. Das kann zum Scheitern an den Widersprüchen führen, aber auch eine emanzipatorische  
186 Perspektive eröffnen. Die Gefahr, in männerbündischen Verhaltensweisen zurückzufallen, den  
187 feministischen Raum oder dessen Deutungshoheit zu beanspruchen/zu vereinnahmen, muss stets ins  
188 Bewusstsein gerufen werden. Es ist ein schmaler Grat, auf dem Mann sich bewegt. Eine anti-  
189 patriarchale/ pro-feministische Männergruppe kann vielleicht autonom, aber niemals souverän oder  
190 abgekapselt gegenüber feministischen Gruppierungen sein. In diesem Spannungsfeld bleibt die  
191 Beziehung zum Feminismus immer verhandelbar, aber auch aufkündbar von feministischer Seite.  
192 Kommt man an dieser Stelle zurück zu der Frage, ob Männer Feministen sein können, bleibt weiterhin  
193 ein Beigeschmack des Widerspruchs bestehen. Wird die Frage mit einem einfachen "Ja" beantwortet,  
194 so kann kritisiert werden, dass jeder Gedanke an die eigene Betroffenheit verweigert und impliziert wird,  
195 dass "Mann" im Namen der Solidarität mit Frauen\* die eigene nicht vergeschlechtlichte (und damit  
196 machtvolle) Position in der Gesellschaft nicht reproduziert.<sup>4</sup> Lautet die Antwort hingegen "Nein" so stellt  
197 Mann sich wieder einmal selbst in den Mittelpunkt. Diesmal nicht als Krone der Schöpfung, sondern als  
198 Problem.<sup>5</sup>

#### 199 **Handlungsoptionen für den Verband**

200 Hört die Signale!

201 Wie bereits eingangs festgestellt müssen wir uns in unserem Verband in verschiedenen Kontexten  
202 immer wieder die Frage stellen, was es bedeutet sich als Mann für den Feminismus zu engagieren. Auf  
203 der Grundlage feministischer Theorie wollen wir als Juso-Hochschulgruppen feministische Praxis leben  
204 und gestalten. Frauen\*Empowerment ist dabei ein unerlässlicher Bestandteil, der sowohl der  
205 Vernetzung als auch dem gemeinsamen Kampf gegen den sexistischen Status Quo dient. In der  
206 Auseinandersetzung mit feministischer Theorie, historisch wie zeitgenössisch, geht der Blick hinter die  
207 Kulissen des teilweise so unscheinbar wirkenden binären Geschlechtersystems. Eine daran  
208 anschließende theoretische Beschäftigung und mögliche Reflektion über Männlichkeit kann den Blick  
209 dafür schärfen, wie durch Sozialisation in einer patriarchalen Gesellschaft Geschlechternormen wirken  
210 und Menschen in Rollen zwingen. Nur auf dieser Basis kann es gelingen Räume zu schaffen, in denen  
211 ein Ausbrechen möglich wird. Diesen Prozess anzustoßen, kann nicht allein im Aufgabenbereich der  
212 Frauen\* liegen. In einem System, das von patriarchalen und sexistischen Strukturen durchzogen ist,  
213 können Männer ihre Machtposition dazu nutzen überkommene Geschlechtervorstellungen anzugreifen.  
214 Sie stehen dabei schnell auf der Schwelle dazu Räume, die Frauen\* sich erkämpft und erbaut haben,  
215 einzuschränken, in ihnen die Deutungshoheit übernehmen zu wollen oder diese Räume für sich zu  
216 verbuchen. Eine ernsthafte Beschäftigung mit kritischer Männlichkeit weiß um diese Gefahren und  
217 nimmt auch sie explizit in den Blick. Es gilt deshalb immer wieder die eigene Praxis zu hinterfragen.  
218 Antisexistische Politik bedeutet zuhören, wenn Frauen\* über Sexismus im Alltag und bei den Juso-  
219 Hochschulgruppen sprechen. Antisexistische Politik bedeutet sich Gedanken über die Strukturen zu  
220 machen, die allgegenwärtigen Sexismus produzieren. Eine Auflösung der dargestellten Ambivalenz  
221 männlicher pro-feministischer Haltung ist nicht möglich. Es gilt sie auszuhalten, sie nicht zu  
222 verschweigen sowie die eigene Praxis und die Arbeit im Verband immer wieder vor diesem Hintergrund

---

4 GuyCode [ Michel Kimmel 2008]

5 Janla Hamner

223 zu reflektieren. Darüber hinaus gilt es Frauen(\*)häuser, sowie andere Organisationen die sich gegen  
224 sexualisierte Gewalt engagieren stärker zu unterstützen.

# Antragsbereich F: Feminismus & Gleichstellung

## Antrag F2\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Berlin

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **F2\_19/2 Feministische Perspektiven und** 4 **Antidiskriminierungsstrategien – auch in der** 5 **Lehrkräfteausbildung!**

6 Trotz aller antidemokratischer, völkischer, pluralismusfeindlicher Reflexe in Deutschland, Europa und  
7 der Welt lässt sich die Vielfalt in unserer Gesellschaft glücklicherweise immer weniger leugnen.  
8 Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Aussehens mit verschiedenen geschlechtlichen und  
9 sexuellen Identitäten, aber auch unterschiedlichen Fähigkeiten, Wünschen und Bedürfnissen begegnen  
10 sich tagtäglich in der Bäckerei, im Büro – oder in der Schule. Die Schule ist ein wichtiger  
11 gesellschaftlicher Ort für Kinder und Jugendlichen. Hier greift der Staat in die Lebenswelt von jungen  
12 Menschen ein, vermittelt Fachwissen fördert Bildung und trägt zur Identitätsentwicklung bei. Umso  
13 wichtiger ist es, dass junge Menschen als Schüler\*innen durch Teilhabe an einer demokratischen  
14 Schulkultur auf ein Leben in einer heterogenen Gesellschaft der Zukunft vorbereitet werden, die  
15 beispielsweise nicht einem heteronormativen Geschlechtermodell entspricht, welches Tag für Tag  
16 reproduziert wird. Doch leider sind Schüler\*innen, aufgrund von Zuschreibungen anderer auf vielfältige  
17 Art und Weise, noch immer häufig von Diskriminierung betroffen. Die Konfrontation mit einer Vielzahl  
18 an Diskriminierungsformen verlangt besonders von Lehrkräften pädagogische Fähigkeiten, solche  
19 Situationen zu erkennen und angemessen zu lösen. Dazu ist für Lehrer\*innen umfassendes Wissen über  
20 die Hintergründe von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit notwendig. Wie sie Ungleichheiten  
21 begegnen entscheidet maßgeblich darüber, wie unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen wird.

22 Trotz dieser großen Verantwortung lernen angehende Lehrer\*innen selbst kaum etwas über die  
23 Feministische Perspektiven und Antidiskriminierungsstrategien im Rahmen ihres Studiums. Welche  
24 Module im Rahmen eines Lehramtsstudiums genau an den Hochschulen angeboten werden,  
25 unterscheidet sich von Fall zu Fall, und auch die Ausgestaltung von vorhandenen Angeboten ist nicht  
26 vergleichbar, aber in der Regel gibt es kaum oder keine Lehrangebote, die sich schwerpunktmäßig  
27 diesen Themen zuwenden. Schlagworte wie Gendermainstreaming und Antirassismus tauchen zwar  
28 gegebenenfalls floskelhaft in Studienordnungen und Kursbeschreibungen auf, sollen mitgedacht und  
29 auch mal beleuchtet werden, fallen aber angesichts der zu bewältigenden Inhalte zu  
30 fachwissenschaftlichen Inhalten und fachdidaktischen Seminaren schnell mal unter den Tisch. Wie man  
31 mit Kindern angemessen über sexuelle Orientierungen spricht, wird bestenfalls angehenden  
32 Biologielehrer\*innen beigebracht, wenngleich dies überwiegend fernab einer Sexualpädagogik der  
33 Vielfalt geschieht. Darüber hinaus sind Themen zu feministischen Perspektiven und  
34 Antidiskriminierungsstrategien im Handlungsfeld Schule keinesfalls auf Biologie beschränkt, sondern  
35 müssen notwendigerweise Einzug in den gesamten Fächerkanon halten. Leider müssen viele  
36 Studierende auf fakultative Lehrveranstaltungen zurückgreifen, die nicht immer für die Schulform  
37 ausgelegt sind, die sie studieren oder gar auf Bildungsarbeit im Allgemeinen. Nicht zuletzt behandeln  
38 viele existierende Lehrveranstaltungen Gender- und Diversity-Kompetenzen als etwas, dass man in  
39 einem Semester erlernen und sich dann auf den Lebenslauf schieben kann, und nicht als essentiellen  
40 Baustein für die Vorbereitung der Lehrkräfte auf gesellschaftliche Konflikte und

41 Diskriminierungsformen, die sich auch in der Schüler\*innenschaft widerspiegeln. Doch gerade für uns  
42 als Juso-Hochschulgruppen sollte feststehen, dass die Bekämpfung von Rassismus, Sexismus und  
43 weiteren Diskriminierungsformen Querschnittsthema in Bildungsprozessen und der  
44 Lehrkräfteausbildung sein müssen.

#### 45 **Diskriminierung auf den Pausenhöfen**

46 Kindern und Jugendlichen mit (falsch zugeschriebenen) „Migrationshintergrund“ werden oft  
47 unterschätzt und an einigen Schulen wird den Kindern sogar vorgeschrieben, ausnahmslos Deutsch zu  
48 sprechen. Nicht einmal ein Fünftel aller Schüler\*innen mit Förderbedarf besucht eine Regelschule.  
49 „Schwuchtel“ oder „Kampflöse“ sind auch, aber nicht nur auf Schulhöfen immer noch gängige  
50 Schimpfwörter.<sup>1</sup> Dass es nicht nur an deutschen Schulen nach wie vor ein großes  
51 Antisemitismusproblem gibt, hat bereits ein Antrag auf dem vorletzten Bundeskoordinierungstreffen der  
52 Juso-Hochschulgruppen verdeutlicht.<sup>2</sup> Es steht außer Frage, dass dem entgegengewirkt werden muss!

53 Tatsächlich scheitert Chancengerechtigkeit in den meisten Fällen nicht (nur) an der Politik – auf  
54 gesetzlicher Ebene gibt es stellenweise weitreichende Vorgaben zu Gleichstellung und  
55 Antidiskriminierung. Das Schulgesetz von Sachsen-Anhalt beispielsweise bestimmt in Paragraph 1  
56 Absatz 2 „dass den Schülerinnen und Schülern Kenntnisse, Fähigkeiten und Werthaltungen zu vermitteln  
57 sind, die die Gleichachtung und Gleichberechtigung der Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht,  
58 ihrer Abstammung, ihrer Behinderung, ihrer Rasse, ihrer sexuellen Identität, ihrer Sprache, ihrer Heimat  
59 und Herkunft, ihrem Glauben oder ihren religiösen und politischen Anschauungen fördern und über die  
60 Möglichkeit des Abbaus von Diskriminierungen und Benachteiligung aufklären“.

61 Das Land Berlin weist in Handreichungen und auf Webseiten für Lehrkräfte darauf hin, dass  
62 vorurteilsfreie Information, ein akzeptierendes Umfeld und Ansprechpartner\*innen für die  
63 Identitätsentwicklung lesbischer, schwuler und bisexueller Jugendlicher förderlich sei, trans\* etwas  
64 völlig anderes als Homosexualität ist und dass sich Lehrer\*innen nicht nur kritisch mit „fremden“,  
65 sondern auch mit den eigenen Wertevorstellungen bezüglich Sexualität und Partner\*innenschaft  
66 auseinandersetzen sollten.<sup>3</sup>

67 Außerdem enthalten alle Rahmenlehrpläne Abschnitte dazu, wie stereotypes Rollenverhalten von  
68 Jungen und Mädchen hinterfragt und überwunden werden soll. In Berlin wird dieses Anliegen bereits  
69 seit 2009 durch die vom Abgeordnetenhaus ins Leben gerufene Initiative „Berlin tritt ein für  
70 Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ (ISV) gefördert.

#### 71 **Diskriminierung als Langzeitentwicklung – Das Leben in einer diskriminierenden Gesellschaft**

72 Ganz so einfach ist das natürlich nicht. Ausgrenzung; Verfolgung und Diskriminierung aufgrund  
73 konstruierter Zuschreibungen haben eine lange Geschichte, die bis heute unsere gesellschaftlichen  
74 Strukturen prägt. Einzig Gesetze reichen nicht aus, um dem zu begegnen, zumal sie immer noch  
75 Auslegungsspielraum dafür lassen, was überhaupt als Diskriminierung gilt und die Umsetzung  
76 letztendlich immer bei der Lehrkraft liegt.

77 Die permanente Interaktion der Ein- und Anpassung von Personen in zweigeschlechtliche,  
78 heteronormative, patriarchalische durch Auf- und Abwertung strukturierte, hierarchische Verhältnisse in

---

<sup>1</sup> einen Überblick gibt z.B.: Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben. Zweiter Gemeinsamer Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages

<sup>2</sup> BKT 2018/1 in Frankfurt: Das Problem heißt Antisemitismus – Gegen Antisemitismus an Schulen und Hochschulen (<http://www.jusohochschulgruppen.de/meldungen/beschluesse/beschluss.html?&object=381>)

<sup>3</sup> z.B. hier: Handreichung auf Bildungsserver: Allgemeine Hinweise zu den Rahmenplänen für Unterricht und Erziehung in der Berliner Schule A V 27

79 Schule, am Arbeitsplatz, in der Familie oder im politischen Raum sozialisieren und kulturalisieren  
80 Menschen. Kurz: wer in einer diskriminierenden Gesellschaft aufwächst, übernimmt fast zwangsläufig  
81 deren Denk- und Handlungsweisen. Insbesondere wenn man selbst vom System profitiert fällt es  
82 schwer, das eigene Verhalten zu reflektieren und zu revidieren. Davon sind auch Lehrkräfte nicht  
83 ausgenommen. Unbedachte Formulierungen, Wahrnehmung von 80 Schüler\*innen als  
84 Repräsentant\*innen einer sozialen Klasse und nicht als Individuen und die damit verbundenen  
85 Erwartungen können jedoch schwerwiegende Auswirkungen haben. Durch Benotungen,  
86 Schulempfehlungen und persönliche Zuwendung bestimmen sie maßgeblich den Verlauf von  
87 Ausbildung und Beruf und damit auch über die Zukunft ihrer Schüler\*innen. Die auf ihren  
88 Entscheidungen beruhende Segregation verstärkt soziale Ungerechtigkeit zusätzlich.  
89 Alltagsdiskriminierung und die ständige Konfrontation mit Vorurteilen können zu Einschüchterung,  
90 psychischem Stress, aber auch zur Vermeidung bestimmter Berufsfelder und Interessen führen.

## 91 **Diversität nachhaltig leben**

92 Um sich frei entwickeln zu können, benötigen Kinder Vorbilder und Ansprechpersonen, die ihre  
93 Lebensrealität achten und ihnen alle ihre Möglichkeiten aufzeigen. Lehrkräfte sind dafür verantwortlich,  
94 ein Umfeld zu schaffen, in dem sich alle Schüler\*innen sicher und verstanden fühlen und motiviert und  
95 gerne lernen. Dazu gehört auch, dass sie ohne Angst vor Sanktionen Kritik äußern und Gefühle  
96 ausdrücken können, die auch ernst genommen werden. In diesem Sinne muss auch auf  
97 diskriminierendes Verhalten von Mitschüler\*innen und Mitgliedern des Kollegiums angemessen reagiert  
98 werden. Für Lehrer\*innen gilt es dabei immer auch, das Dilemma von Vielfalt zu erkennen: So geht es  
99 darum, aufmerksam auf die Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Schüler\*innen zu sein und sie  
100 gleichzeitig nicht auf bestimmte Merkmale, Verhaltensweisen oder Zugänge verallgemeinernd  
101 festzuschreiben. Die Dialektik von Verschiedenheit und Gleichheit kann hier zum Tragen kommen.<sup>4</sup> Die  
102 Option für Vielfalt impliziert die Option für Gleichheit. Egalität und Diversität werden also nicht als  
103 gegensätzlich entworfen, sondern als einander bedingend. So müssen beispielsweise alle Kinder ohne  
104 Ausnahme das gleiche Recht auf einen Zugang zu Bildung haben und trotz unterschiedlicher  
105 Ausgangslagen im Sinne einer Pädagogik der Vielfalt gemeinsam beschult werden.

106 Im Hinblick auf Frauendiskriminierung bzw. Frauenunterdrückung sind vorherrschende  
107 Geschlechterverhältnisse kritisch zu reflektieren. Inhalt dieser Analyse sollen dabei zu überwindende  
108 geschlechtsspezifische Aufgabenzuteilung unter Berücksichtigung von ökonomischen und politischen  
109 Einfluss- und Teilhabemöglichkeiten innerhalb der gegenwärtig konzipierten zweigeschlechtlichen  
110 Ordnung sein. Die Einordnung der Frau in das kapitalistische System und Patriarchat, die sich  
111 gegenseitig bedingen, muss analytisch aufgebrochen werden.

112 Einzelne Antidiskriminierungsmaßnahmen, die es bereits gibt, bringen jedoch kaum etwas, wenn sich  
113 nichts an den zugrundeliegenden Strukturen ändert. Gleichwertigkeit in jedweder Hinsicht muss von  
114 Anfang an und immer wieder aufs Neue mitgedacht werden. Wenn der Lehrplan für den  
115 Sachkundeunterricht anweist, dass der Kalender und Feiertage behandelt werden sollen, jedoch nur  
116 christliche Feste zur Sprache kommen, das Kollegium bis auf den Schulleiter weiblich ist, Lehrkräfte  
117 nicht offen homosexuell leben können und die Familien in den Arbeitsheften immer einen Vater und eine  
118 Mutter haben, dann nehmen Kinder das wahr und ziehen still ihre eigenen Schlüsse. Bei der Auswahl  
119 von Literatur ist auf ein vielfältiges Angebot jenseits der "deutschen Klassiker" zurückzugreifen und  
120 darüber hinaus jedes Werk kritisch einzuordnen sowie gerade bei Belletristik die Subjektivität der  
121 Autor\*innen zu betonen. Die Behandlung von Menschen als minderwertig wird durch

---

<sup>4</sup> Das dialektische Verhältnis von Gleichheit und Verschiedenheit pointiert Hannah Arendt: Sie sind zwar dasselbe, nämlich Menschen, aber keiner dieser Menschen gleicht je einem anderen (vgl. Arendt (1967): Vita Activa oder vom tätigen Leben, München: Piper.)

122 Unterrepräsentation, mangelnde Information und sprachliche Herausstellung und Abwertung als  
123 „anders“ ermöglicht und legitimiert.

124 Darüber hinaus sind feministische Perspektiven und Antidiskriminierungskompetenzen auch bei der  
125 Zusammenarbeit im Kollegium und mit den Familien der Schüler\*innen unerlässlich – einerseits, weil  
126 sie selbst von Diskriminierung betroffen sein können, andererseits, weil Schulen als explizit  
127 demokratisch, diskriminierungsarm und pluralistisch ausgerichtete Institutionen in Familien und  
128 Gesellschaft hineinwirken können und müssen!

129 Damit Lehrkräfte das leisten können, ist fundiertes Wissen nötig. Zu den Themen geschlechtliche  
130 Identität und sexuelle Orientierung kursieren bis heute eine Menge Gerüchte und Missverständnisse, die  
131 erst einmal aus dem Weg geräumt werden müssen, um überhaupt erst über die gesellschaftlichen  
132 Hintergründe von Diskriminierung sprechen zu können. Gerade, aber nicht nur im Hinblick auf die  
133 Kategorien Geschlecht und Sexualität wird die öffentliche Debatte häufig theoriefern und aus einer  
134 ausschließlich moralisch-normativen Perspektive heraus geführt. Wichtig ist, dass einerseits mit den  
135 auf die Differenzkategorien bezogenen Normen gearbeitet und um die Durchsetzung der eigenen  
136 Sichtweise gestritten wird, aber andererseits die Auseinandersetzung theoriegeleitet geführt wird, um die  
137 Diskurshegemonie keinen rechten Gruppierungen zu überlassen.

138 Egal was für einen Hintergrund die künftigen Lehrkräfte haben: Rassismus und Nationalismus sind in  
139 allen politischen Lagern keine Seltenheit. Auch eine Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit  
140 ist dringend vonnöten, um erkennen zu können, wie sich die ökonomische und soziale Ausbeutung der  
141 ehemaligen Kolonien auch heute noch auf die Beziehungen zu und den Blick auf Länder des globalen  
142 Südens auswirken. Drei Jahrzehnte als Kolonialreich prägen den Blick der „westlichen Welt“  
143 insbesondere auf Afrika bis heute, außerdem profitiert Deutschland nach wie vor von geraubten  
144 Besitztümern und fortbestehenden Machtbeziehungen.

145 Ebenso muss darüber gesprochen werden, wie frühe Anzeichen rechter Ideologie und  
146 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei Schüler\*innen anhand einschlägiger Symbolik und  
147 Modelabeln erkannt und wie Alternativen und Ausstiegsmöglichkeiten aufgezeigt werden können.

#### 148 **Unsere Forderungen an die Hochschulen**

149 Diskriminierung zu überwinden ist ein übergreifendes Bildungsziel. Ein Anliegen muss sein, neben dem  
150 moralisch-normativen auch den subjektkonstituierenden Aspekt von Bildung in Erinnerung zu rufen  
151 sowie zu fragen, wie es gelingen kann, mit Blick auf feministische Perspektiven und  
152 Antidiskriminierungsstrategien Lernprozesse anzuregen, die Adressat\*innen von Bildung und  
153 Ausbildung in ihrem Verhältnis zur Welt, zu anderen und zu sich selbst bewegen – und damit dem  
154 tieferen Gehalt des Bildungsbegriffs folgen.

155 Deshalb fordern wir Lehrveranstaltungen zur Sensibilisierung für feministische Perspektiven und  
156 Antidiskriminierungsstrategien in allen Lehramtsstudiengängen, die aufgeklärte, reflektierte und  
157 tolerante Lehrkräfte und somit auch Schüler\*innen hervorbringen können. Die Hochschulen müssen  
158 endlich die existierende Forschung in der Lehre umsetzen (und stets weiterentwickeln) und dem  
159 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, Antidiskriminierungs-Paragrafen in den Schulgesetzen und  
160 den Diversitätsansätzen in den Rahmenlehrplänen der Schulen gerecht werden. Weiterhin müssen die  
161 Hochschulen diese Inhalte auch über Fortbildung für im Beruf stehenden Lehrer\*innen anbieten, sodass  
162 diese neuen Erkenntnisse auch die erreicht, die bereits seit vielen Jahren Schüler\*innen ausbilden. In  
163 einer sich ständig verändernden Gesellschaft muss diese aktuelle Forschung auch in die laufende  
164 Schulpraxis getragen werden, sodass alle Generationen von Lehrer\*innen Schüler\*innen für  
165 feministische Perspektiven und Antidiskriminierungsstrategien mit aktuellen didaktischen Methoden  
166 sensibilisieren können.

- 167 Diese Lehrveranstaltungen müssen
- 168 • in die Studienordnungen integriert werden und auf das Lehramt zugeschnitten sein.
  - 169 • aus einem freiheitlich-demokratischen Verständnis heraus Vielfalt aufgrund des Rechtes der  
170 freien Entfaltung der Persönlichkeit positiv bewerten und schützen und die politische Dimension  
171 herausstellen.
  - 172 • theoriegeleitet sein und die Relevanz des Zusammenspiels von Identität und Macht,  
173 Emanzipation und Dynamisierung herausarbeiten und Normativität und Ambivalenz als zentrale  
174 Herausforderung der Pädagogik behandeln.
  - 175 • auf alle Diskriminierungsformen, sei es Benachteiligung und Ausgrenzung aufgrund von 157  
176 geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung, ethnischer Herkunft (einschließlich Sprache,  
177 Aussehen, Kultur...), Behinderung oder chronischer Krankheit, „sozialer Herkunft“, Religion oder  
178 Weltanschauung eingehen.
  - 179 • Vielfalt als Thema und Vielfalt als didaktischer Ansatz beinhalten und den Anspruch vertreten,  
180 die verschiedenen Differenzkategorien zusammen zu denken und zu berücksichtigen.
  - 181 • Abstand davon nehmen, Diskriminierungen durch Nicht-Benennung unsichtbar zu machen,  
182 indem eine Diskriminierungsform unter eine andere subsumiert wird (z. B. Antisemitismus unter  
183 Rassismus).
  - 184 • verschiedene feministische Perspektiven und Antidiskriminierungsstrategien behandeln und  
185 herausstellen, dass Diversity Management im Sinne einer positiven Wertschätzung vielfältiger  
186 Lebensweisen, um diese für den Unternehmenserfolg nutzbar zu machen, nicht im Zeichen  
187 bildungspolitischer Ziele steht.
  - 188 • fundiertes Wissen vermitteln, mit Vorurteilen und Stereotypen aufräumen und erklären, wie  
189 Ungleichheit und Diskriminierungen entstehen.
  - 190 • zum kritischen Reflektieren der eigenen Privilegien, Denk- und Handlungsweisen sowie  
191 gesellschaftliche Normen, Stereotypen und Vorurteile anregen und Schüler\*innen ermuntern  
192 diskriminierende Verhaltensweisen nicht als Norm zu akzeptieren, sondern sich gegen diese  
193 auszusprechen.
  - 194 • Praxismethoden für eine inklusive und nicht-diskriminierende Unterrichtsgestaltung und  
195 didaktische Kompetenzen im Hinblick auf den Umgang mit Material zu den Feministische  
196 Perspektiven und Antidiskriminierungsstrategien vermitteln.
  - 197 • auf bestehende Projekte wie z.B. den „Queer History Month“ in Berlin hinweisen. und die  
198 Zusammenarbeit mit bzw. Unterstützung durch Stiftungen und Initiativen suchen, welche sich  
199 dem Kampf gegen Diskriminierung verschrieben haben. In diesem Kontext ist es unerlässlich,  
200 für eine auskömmliche Finanzierung solcher Einrichtungen zu streiten. Politische Tendenzen,  
201 die dem entgegenwirken, lehnen wir ab.
  - 202 • erläutern, wie frühe Anzeichen für Identifikation mit rechtem Gedankengut, antidemokratischer  
203 und ausgrenzender Ideologie bei Schüler\*innen erkannt werden können und wie dem begegnet  
204 werden kann.

- 205  
206  
207
- Hilfen für den Umgang mit diskriminierenden Vorfällen im Unterricht, dem Lehrer\*innenzimmer und beim Elternabend geben – dabei muss der Schutz von Betroffenen immer im Vordergrund stehen.
- 208  
209
- Daneben müssen selbstverständlich auch feministische Aspekte und vielfältige Perspektiven in sämtlichen Lehrveranstaltungen aller Fachrichtungen fortgesetzt und ausgebaut werden.

# Antragsbereich G: Gute Arbeit

## Antrag G1\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **G1\_19/2 Befristete Verträge in der Wissenschaft?** 4 **Nein, Danke! – Zur immer noch notwendigen** 5 **Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes**

6 Gute Arbeitsbedingungen, planbare Karrierewege oder langfristige Berufsperspektiven – das alles ist an  
7 den meisten Hochschulen und auch im gesamten deutschen Wissenschaftssystem leider immer noch  
8 die Ausnahme. Deshalb bleibt der Kampf für gute Arbeitsbedingungen und die Solidarität mit den  
9 Beschäftigten in der Wissenschaft für uns Juso-Hochschulgruppen selbstverständlich.

10 Die Arbeitsbedingungen an deutschen Hochschulen sind größtenteils unterirdisch. Das liegt zu einem  
11 großen Teil an der ausgedehnten Befristungspraxis in der Wissenschaft. Fast 90 Prozent aller  
12 wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen haben einen befristeten Arbeitsvertrag und somit keine  
13 verlässlichen Perspektiven auf einen Karriereweg in der Wissenschaft. Die Mehrzahl dieser Verträge hat  
14 zudem eine Laufzeit von unter einem Jahr. Aufgrund dieser unsicheren Beschäftigungsverhältnisse ist  
15 eine langfristige Lebens- und eventuelle Familienplanung fast unmöglich. Insbesondere betrifft dies  
16 Frauen\*, die angesichts der ihnen häufig immer noch zum Großteil auferlegten Pflichten im Bereich der  
17 Reproduktionsarbeit besonders unter diesen Arbeitsbedingungen leiden und so strukturell benachteiligt  
18 und vom wissenschaftlichen Betrieb ausgeschlossen werden. Das WissZeitVG bedeutet damit auch  
19 einen sozialen Ausschluss. Arbeit unter solch prekären Bedingungen im akademischen Mittelbau kann  
20 sich nur leisten, wer ein Sicherheitsnetz hat. Da der Weg zur Professur beinahe zwangsläufig durch den  
21 Mittelbau führt, sinkt so die Wahrscheinlichkeit, das Arbeiter\*innenkinder Professor\*innen werden,  
22 einmal mehr.

23 Im Koalitionsvertrag der aktuellen Großen Koalition steht, dass Befristungen weitgehend eingeschränkt  
24 werden sollen. Doch der komplette Wissenschaftsbereich soll davon weiter konsequent  
25 ausgeschlossen bleiben. Durch die großzügigen rechtlichen Möglichkeiten des Sonderarbeitsrechts für  
26 Befristungen in der Wissenschaft durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) haben sich  
27 riesige Differenzen zwischen Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft und anderen Tätigkeitsbereichen  
28 ergeben: gegenüber einer Befristungsquote von beinahe 90 Prozent im akademischen Mittelbau, sind  
29 es in der freien Wirtschaft nur etwa sieben Prozent. Hochschulen befristen Arbeitsverträge nicht, weil  
30 sie es müssen, sondern weil sie es können. Erst kürzlich haben sich die Kanzler\*innen der Universitäten  
31 in der „Bayreuther Erklärung“ dafür ausgesprochen, dass die Zahl der befristeten  
32 Beschäftigungsverhältnisse für wissenschaftliches Personal überwiegen muss. In der Begründung wird  
33 aufgeführt, dass das Beschäftigungssystem der Universitäten im wissenschaftlichen Bereich primär ein  
34 Qualifizierungssystem sei und dieses Modell nur mit Befristungen funktioniere. Wörtlich heißt es, dass  
35 die Kanzler\*innen die Zielrichtung des aktuellen Wissenschaftszeitvertragsgesetzes unterstützen und  
36 dass „die für die Wissenschaft erforderliche Dynamik und Flexibilität durch das Befristungsrecht nicht  
37 beeinträchtigt werden soll“. Dieser Aussage widersprechen wir klar! Denn auch auf Dauerstellen kann  
38 man sich erfolgreich fort- und weiterbilden! Darüber hinaus sind Hochschulen nicht nur Ort der  
39 Qualifizierung, sondern auch Einrichtungen, an denen gelehrt und geforscht wird. Ohne die über 200.000

40 wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen im akademischen Mittelbau wäre dieses System undenkbar. Die  
41 Voraussetzungen für gute Lehre und gute Forschung sind jedoch gute Arbeitsbedingungen in der  
42 Wissenschaft und kein Hangeln von einem in den nächsten befristeten Vertrag. Die Hochschulen  
43 müssen ihrer Verantwortung endlich gerecht werden, prekäre Beschäftigungsbedingungen zu  
44 verhindern und müssen durch gute Personalentwicklung an den Hochschulen mehr Dauerstellen in der  
45 Wissenschaft schaffen. Denn viele vor allem junge Menschen können sich einen unsicheren  
46 Karriereweg nicht leisten und werden so aus dem Wissenschaftssystem ausgeschlossen. Hier braucht  
47 es ein Umdenken an den Hochschulen!

48 Der Anstieg der befristeten Stellen kann jedoch weder auf den Bereich der Promovierenden noch auf  
49 Drittmittelstellen reduziert werden – auch bei Stellen, die durch Grundmittel finanziert werden, nimmt  
50 der Befristungsanteil zu. Die Verstetigung der Hochschulpaktmittel sind ein wichtiger Schritt, der es  
51 Hochschulen ermöglicht, mehr unbefristete Stellen auszuschreiben. Die Praxis sieht zur Zeit aber  
52 weiterhin ganz anders aus und viele Hochschulen sind immer noch der Meinung, dass Befristungen die  
53 Wissenschaft – durch die Konkurrenz um die besten Stellen – stärken. Der Wettbewerb und die  
54 Konkurrenz der Arbeitnehmer\*innen im Wissenschaftsbereich stärken das Wissenschaftssystem nicht,  
55 sondern schwächen dieses. Das ständige Bangen darum, ob der eigene Vertrag noch einmal verlängert  
56 wird und ob man morgen noch einen Job hat, führt nicht dazu, dass besser geforscht oder gelehrt wird,  
57 sondern verfestigt nur Unsicherheiten und prekäre Beschäftigung. Darüber zieht es qualifizierte  
58 Forscher\*innen aufgrund der geringeren Befristungsquote in die freie Wirtschaft, sie bleiben also der  
59 öffentlichen Forschung vorenthalten.

60 Deshalb braucht es einen grundlegenden Wandel in der Befristungspolitik im Wissenschaftssystem,  
61 aber auch in der Wissenschaftspolitik. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss dazu grundlegend  
62 novelliert werden. Damit sich die Kultur in der Wissenschaft ändert, wird ein neues Befristungsrecht  
63 nicht ausreichen, aber es wäre ein Anfang, um wieder für bessere Arbeitsbedingungen in der  
64 Wissenschaft zu sorgen und die aktuelle Beschäftigungspraxis aufzubrechen.

## 65 **Hintergrund des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes**

66 Seit dem Jahr 2007 ist das spezielle Befristungsrecht für Hochschulen und Forschungseinrichtungen  
67 gesondert im Wissenschaftszeitvertragsgesetz geregelt. Mit diesem neuen Gesetz hatte die damalige  
68 Große Koalition die Möglichkeiten einer befristeten Beschäftigung in der Wissenschaft noch einmal  
69 deutlich ausgeweitet. Durch die Einführung eines eigenständigen Befristungsgrundes im Bereich der  
70 Drittmittelbeschäftigung und die Ausweitung auf das nichtwissenschaftliche Personal wurden die  
71 Arbeitsbedingungen von vielen Mitarbeiter\*innen in der Wissenschaft deutlich verschlechtert. Daneben  
72 wurde in dem Zuge der Geltungsbereich des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes auch ausdrücklich auf  
73 das gesamte wissenschaftliche und künstlerische Personal ausgedehnt, wodurch die Unsicherheiten,  
74 besonders für Lehrkräfte, noch einmal erhöht wurden, da Hochschulen diese nun auch ohne sachlichen  
75 Grund befristet angestellt haben.

76 Vor der Einführung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes hatte die rot-grüne Bundesregierung im  
77 Jahr 2002 versucht einen Paradigmenwechsel in der Wissenschaft einzuleiten. Inhalt der Reform war,  
78 dass befristete Arbeitsverträge nicht mehr an bestimmte sachliche Gründe gekoppelt werden sollten,  
79 sondern sich an der Zeit der Qualifizierungsphase orientieren sollten. Daraus ergab sich, dass  
80 Fristverträge für maximal sechs Jahre ohne Promotion und weitere sechs Jahre nach Abschluss der  
81 Promotion zulässig wurden. Nach Ablauf dieser Zeit mit Abschluss der Qualifizierungsphase sollten  
82 grundsätzlich unbefristete Beschäftigungen folgen. Das Ziel war die ausufernde Befristungspraxis in  
83 der Wissenschaft einzudämmen und wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen gemäß den europäischen  
84 Richtlinien in Dauerarbeitsverhältnissen zu beschäftigen.

85 Bei der aktuellen Situation in der Wissenschaft wird jedoch klar, dass die damaligen Ziele durch die  
86 nachgehenden Reformen nicht erreicht wurden. Die zeitliche Begrenzung der befristeten  
87 Beschäftigungen in der Wissenschaft hat nicht dazu geführt, dass Hochschulen und  
88 Forschungseinrichtungen mehr unbefristete Arbeitsverträge abschließen. Ganz im Gegenteil: Die neu  
89 entstandene Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung wurde von allen Seiten intensiv genutzt. Von  
90 Seiten der Wissenschaft und ihren Organisationen wurde zudem großer Druck auf die Politik ausgeübt,  
91 die Befristungsmöglichkeiten in der Wissenschaft weiter auszudehnen, dem mit dem  
92 Wissenschaftszeitvertragsgesetz nachgegeben wurde.

93 Im Januar 2016 trat dann die letzte Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes in Kraft. Bei dieser  
94 Reform wurden einige Grundlagen gelegt, um die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre zu  
95 korrigieren und die Befristung verbindlicher an die Qualifikation zu knüpfen. Die damalige Reform blieb  
96 aber weit hinter unseren Erwartungen zurück, da zwar einige Punkte verbessert, viele aber auch  
97 schwammig formuliert wurden und somit keine verlässlichen Regelungen für unbefristete  
98 Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft geschaffen wurden. So wurde zum einen die Befristung  
99 von Arbeitsverträgen mit wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen nur noch zulässig, wenn die  
100 Beschäftigung entweder drittmittelfinanziert ist oder der wissenschaftlichen Qualifizierung dient und  
101 zum anderen muss die Laufzeit von Zeitverträgen der Qualifizierung angemessen sein. Die Festlegung  
102 was genau als Qualifizierung zählt oder welcher Zeitraum dafür angemessen ist, wurde jedoch nicht  
103 geregelt. Die damalige Reform reicht uns bei weitem nicht aus, wir fordern stattdessen eine  
104 grundlegende Novellierung des Gesetzes!

#### 105 **Aktuelle Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes**

106 Bei der Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes 2016 wurde im Gesetz fest verankert, dass die  
107 Auswirkungen des Gesetzes im Jahr 2020 evaluiert werden. Da die Reform nach aktuellen Kenntnissen  
108 nicht grundlegend etwas an der Befristungspraxis in der Wissenschaft geändert hat und gute  
109 Beschäftigungsbedingungen weiterhin in großer Ferne sind, ist aus unserer Sicht eine schnellstmögliche  
110 Reform unabdingbar. Im aktuellen Koalitionsvertrag der Großen Koalition heißt es dazu: „Wir wollen den  
111 wichtigen Weg für gute Arbeit in der Wissenschaft fortsetzen und die Evaluationsergebnisse der letzten  
112 Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes auswerten, um Karrierewege in der Wissenschaft  
113 attraktiv zu halten.“

114 Was in der Theorie ganz gut klingt, wird in der Praxis aber bislang nur halbherzig angegangen. Die  
115 Ausschreibung für die „Evaluation der Auswirkungen des novellierten  
116 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes“ wurde am 17. April 2019 vom Bundesministerium für Bildung und  
117 Forschung veröffentlicht. Darin soll der Schwerpunkt der Untersuchung auf der „Evaluation der  
118 Untersuchung der Auswirkungen des ‚Ersten Gesetzes zur Änderung des  
119 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes‘ liegen“ und wesentlich die Vertragslaufzeiten erfassen. Die Wahl  
120 des Schwerpunktes ist erfreulich, da viele Verträge Laufzeiten von weniger als einem Jahr haben, was  
121 für die Beschäftigten zu großen Problemen führt. Gleichzeitig ist dies jedoch keineswegs die einzige  
122 Wirkung des Gesetzes, die evaluiert werden muss.

123 Die gesamte Zweckmäßigkeit und die Effekte eines Sonderbefristungsrechts in der Wissenschaft  
124 müssen evaluiert werden. Die Legitimierung durch die Wissenschaftsfreiheit ist fraglich, da zu  
125 bezweifeln ist, ob das Wissenschaftszeitvertragsgesetz einen tatsächlichen Beitrag zur  
126 Wissenschaftsfreiheit leistet. In anderen Ländern gilt nämlich gerade unbefristete Beschäftigung als  
127 Garantie wissenschaftlicher Freiheit, da die wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen so deutlich freier und  
128 unabhängiger agieren können und sowohl Lehre als auch Forschung verbessert. Deswegen muss in der  
129 anstehenden Evaluation auch untersucht werden, welchen Einfluss ein ständiger Personalwechsel auf  
130 Lehre und Forschung hat oder wie viele Forschungsarbeiten aufgrund von Kurzzeitbefristungen niemals  
131 zu einem Abschluss gebracht werden. Durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz wird weiterhin

132 legitimiert, dass durch die sogenannte Qualifizierungs- und Bewährungsphase Wissenschaftler\*innen  
133 selbst in ihren 40er und 50er Jahren noch immer als wissenschaftlicher Nachwuchs gelten und sich  
134 auch nach ihrer Promotion weiterhin auf befristete Stellen bewerben müssen – solange sie nicht eine  
135 der wenigen unbefristeten Professuren erlangen. Dieser Zustand ist nicht haltbar und muss in der  
136 Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes eine Rolle spielen.

137 Neben der inhaltlichen Ausgestaltung der Evaluation gibt es aber noch zwei weitere Kritikpunkte. Zum  
138 einen ist eine Beteiligung der vom Gesetz betroffenen Wissenschaftler\*innen, Betriebs- und  
139 Personalräten und Gewerkschaften nicht vorgesehen. Die Hochschulrektorenkonferenz (sic!) und die  
140 Forschungseinrichtungen sollen aber daran beteiligt werden. Es kann jedoch nicht sein, dass die  
141 Arbeitgeber\*innenseite an der Evaluation des Gesetzes beteiligt wird, die Arbeitnehmer\*innenseite  
142 jedoch außen vor bleibt. Hier braucht es deutliche und stärkere Mitbestimmungsmöglichkeiten von  
143 denen, die am Ende von dem Gesetz betroffen sind!

144 Zum anderen werden die Ergebnisse viel zu spät kommen. Laut Ausschreibung soll das Projekt bis zum  
145 31.12.2021 laufen. Damit wäre mit der Vorlage des Berichts nicht vor 2022 zu rechnen. Damit ist fast  
146 ausgeschlossen, dass in dieser Legislaturperiode noch etwas beim Wissenschaftszeitvertragsgesetz  
147 passiert, da erst die Evaluation abgewartet werden wird. Dieser Verzögerungsprozess von  
148 Bundesbildungsministerin Anja Karliczek ist verheerend und verhindert, dass die dringend notwendige  
149 Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes angegangen wird. Um die Arbeitsbedingungen der  
150 betroffenen Wissenschaftler\*innen zu verbessern und auch langfristige Perspektiven in der  
151 Wissenschaft zu ermöglichen, braucht es eine Reform - jetzt und nicht erst 2022!

## 152 **Unsere inhaltlichen Anforderungen an eine Novelle**

153 Wir wollen, dass in einer neuen Reform nicht nur kleine Kompromisse gemacht werden, sondern  
154 weitgehende Änderungen vollzogen werden, um die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft endlich  
155 wieder grundlegend zu verbessern. Dazu fordern wir:

156 • dass drei Viertel der Arbeitszeit von Promovierenden für ihre Qualifikation festgeschrieben wird.  
157 In der Praxis haben Promovierende während ihrer Arbeitszeiten oft nicht ausreichend Zeit, sich  
158 ihrer eigenen wissenschaftlichen Arbeit zu widmen. Dadurch ist es in vielen Fällen gar nicht  
159 möglich, dass die Promotion in der dafür vorgesehenen Zeit erreicht wird. Diese Forderung darf  
160 von den Hochschulen nicht umgangen werden. Daneben müssen die Arbeitsverträge von  
161 Promovierenden eine Mindestlaufzeit von zwei Jahren haben!

162 • eine Mindestbefristungsdauer von zwei Jahren für alle Beschäftigten. Gerade auch Beschäftigte  
163 in Drittmittel-Projekten sind mit enormen Befristungen und prekären  
164 Beschäftigungsbedingungen konfrontiert. Die vereinbarte Befristungsdauer soll aktuell zwar der  
165 Dauer der Mittelbewilligung entsprechen. Gerade aber auch unter Berücksichtigung der  
166 Entwicklung, dass immer mehr Wissenschaftler\*innen in zum Teil zeitlich sehr begrenzten  
167 Drittmittel-Projekten beschäftigt sind, reicht diese Einschränkung der Befristung bei weitem  
168 nicht aus. Wir wollen Dauerstellen für Daueraufgaben, denn unabhängig von der  
169 Drittmittelfinanzierung gibt es auch in diesen Projekten viele Beschäftigte, die weiterhin ihre  
170 Stellen haben werden. Ihnen gegenüber gibt es keine Rechtfertigung, ihre faktischen  
171 Dauerstellen nicht mit einem dauerhaften Vertrag zu versehen. Darüber hinaus müssen auch  
172 Beschäftigte in Drittmittelprojekten endlich einen Anspruch auf Vertragsverlängerung haben,  
173 wenn Elternzeit in Anspruch genommen wird. Deshalb muss die familienpolitische Komponente  
174 im WissZeitVG entsprechend ausgestaltet sein.

- 175 • unbefristete Arbeitsverträge für Studierende bei Finanzierung aus Haushaltsmitteln oder bei  
176 Einsatz im Lehrbetrieb. Nichtbezahlung in vorlesungsfreien Zeiten und jahrelange  
177 Kettenbefristung bei gleichbleibender Tätigkeit müssen der Vergangenheit angehören!
- 178 • die Aufhebung Beschäftigungshöchstdauer von sechs Jahren für Studierende. Diese Regelung  
179 betrifft insbesondere Studierende, die mit der Beschäftigung an der Hochschule ihr Studium  
180 finanzieren und daher schon zu Beginn ihres Studiums eine Tätigkeit aufnehmen. Studierende,  
181 die länger für ihr Studium benötigen und auf ihre Anstellung angewiesen sind, müssen auch die  
182 Möglichkeit haben weiterhin an der Hochschule angestellt sein zu können.

183 **Befristungen den Kampf ansagen!**

184 Die Bemühungen von Anja Karliczek die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes  
185 voranzubringen scheinen nicht besonders groß zu sein. Deswegen müssen wir umso lauter dafür  
186 kämpfen, dass die Arbeitsbedingungen an Hochschulen und in der Wissenschaft endlich wieder  
187 verbessert werden. Unser Ziel ist es weiterhin, die Befristung von Arbeitsverträgen mit  
188 wissenschaftlichem und künstlerischem Personal deutlich einzuschränken. Es ist aus unserer Sicht  
189 nicht klar, warum gerade in der Wissenschaft prekäre Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden.  
190 Deswegen müssen wir und klar gegen Befristungen positionieren! Dafür muss der Evaluationsprozess  
191 des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes beschleunigt werden und eine umfassende Reform stattfinden.  
192 Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und mangelnde langfristige Perspektiven für junge  
193 Wissenschaftler\*innen dürfen nicht Alltag sein!

# Antragsbereich G: Gute Arbeit

## Antrag G2\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Hessen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **G2\_19/2 Ein Recht auf Feierabend auch in der** 4 **Wissenschaft!**

5 In den Gewerkschaften, aber auch in der SPD, wird heute wieder verstärkt über Arbeitszeitverkürzung  
6 und Arbeitszeitsouveränität (als Gegenentwurf zur neoliberal geprägten „Flexibilisierung“) diskutiert. In  
7 der letzten Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie ist die IG Metall mit entsprechenden  
8 Forderungen in die Verhandlungen gegangen und konnte erste Erfolge erzielen, auf Bestreben der SPD  
9 wurde 2018 die sogenannte Brückenteilzeit, das Rückkehrrecht aus der Teilzeit in die Vollzeit,  
10 durchgesetzt – wenn auch nur ein Teil der Arbeitnehmer\*innen davon profitieren kann.

11 Gleichzeitig erfahren deutlich weitergehende Forderungen nach einer allgemeinen Verkürzung der  
12 Wochenarbeitszeit auch angesichts der Digitalisierung wieder an Zustimmung. Im Gespräch mit  
13 wissenschaftlichen Beschäftigten an unseren Hochschulen können wir allerdings schnell feststellen,  
14 dass hier ein deutlich grundsätzlicheres Problem besteht: Während andere über die 35-, 30- oder 20-  
15 Stunden-Woche sprechen, kommt in diesem Bereich unbezahlte Arbeit weit über die vertraglich  
16 vereinbarte Arbeitszeit hinaus nicht nur vor, sondern ist die Regel.

17 Nach einer Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) aus  
18 dem Jahr 2016 machen Beschäftigte im akademischen Mittelbau durchschnittlich 11,9 Überstunden in  
19 der Woche, vor der Promotion mehr als nach der Promotion. Insbesondere in Teilzeit Beschäftigte  
20 leisten eine hohe Zahl an Überstunden, vor der Promotion durchschnittlich 17,1, nach der Promotion  
21 11,5 pro Woche.<sup>1</sup>

22 Auch Bildungs- und Hochschulpolitiker\*innen verweisen gerne auf die vorherrschende Kultur in der  
23 Wissenschaft und das Phänomen der „Selbstaussbeutung“ aufgrund von wissenschaftlichem Ehrgeiz  
24 oder Karrierezielen, wenn sie auf die Problematik angesprochen werden. Allerdings bedeutet dies nicht,  
25 dass nichts getan werden kann. Auch bei vordergründiger Freiwilligkeit steckt hinter der Bereitschaft zu  
26 unbezahlten Überstunden oft der große Konkurrenzdruck, dem Nachwuchswissenschaftler\*innen  
27 ausgesetzt sind, eine von vornherein existierende Anspruchshaltung von Seiten der Vorgesetzten  
28 und/oder Kolleg\*innen, und/oder schlicht die Unmöglichkeit, die geforderte Arbeitsleistung in der  
29 vertraglich vereinbarten Arbeitszeit zu erbringen. Insbesondere bei Teilzeitstellen ist zu beobachten,  
30 dass diese bereits mit der unausgesprochenen Erwartung von unbezahlten Überstunden  
31 ausgeschrieben werden, um so Finanzierungsmängel auszugleichen. Bei Promotionsstellen bleibt  
32 zudem nicht ausreichend Zeit für die eigentliche Arbeit an der Promotion. Besonders krass ist das  
33 Missverhältnis von Arbeitszeit und Bezahlung auch bei (externen) Lehraufträgen. Eigentlich sind diese  
34 dazu gedacht, externes Wissen an die Hochschule zu holen, in der Realität machen sie aber einen stetig  
35 wachsenden Anteil der Lehrveranstaltungen aus, da so Geld gespart werden kann. Üblicherweise  
36 werden solche Lehraufträge mit 35-40€ pro unterrichteter Stunde vergütet. Wenn jedoch der

---

<sup>1</sup> Nachzulesen bei: Ambrast, Jens: Bezahlt oder unbezahlt? Überstunden im akademischen Mittelbau. In: Forschung und Lehre 2/19. [https://www.forschung-und-lehre.de/fileadmin/user\\_upload/Rubriken/Karriere/2019/2-19/FuL\\_2-19\\_Ambrast.pdf](https://www.forschung-und-lehre.de/fileadmin/user_upload/Rubriken/Karriere/2019/2-19/FuL_2-19_Ambrast.pdf)

37 Arbeitsaufwand für die Vor- und Nachbereitung und nicht selten auch der lange Arbeitsweg in die  
38 Arbeitszeit miteinberechnet werden, kommt man nicht selten auf einen Stundenlohn weit unter dem  
39 Mindestlohn.

#### 40 **Auswirkungen auf Frauen\***

41 Frauen\* haben es in der Wissenschaft deutlich schwerer als Männer, sie stoßen an gläserne Decken und  
42 müssen sich gegen lange etablierte Männernetzwerke durchsetzen. Die prekären  
43 Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen und Universitäten verbessern ihre Situation nicht, im  
44 Gegenteil: Solange von Frauen\* gesamtgesellschaftlich weiterhin erwartet wird, den größten Teil der  
45 Reproduktionsarbeit zu leisten, wirkt sich die Erwartung von unbezahlten Überstunden zusätzlich zur  
46 fehlenden Planbarkeit aufgrund des Vorherrschens von befristeten Stellen in besonderer Weise negativ  
47 auf ihre Einstiegs- und Aufstiegschancen in der Wissenschaft aus.

48 Nach wie vor nimmt der Anteil von Frauen\* ab, je höher die entsprechende Karrierestufe ist, von  
49 denjenigen, die dennoch eine wissenschaftliche Karriere verfolgen, bleiben 49% kinderlos (immerhin  
50 41% der Männer), deutlich mehr als Hochschulabsolvent\*innen in anderen Berufen. Die meisten von  
51 ihnen trotz vorhandenem Kinderwunsch. Als Gründe hierfür führen sie in einer im Bundesbericht  
52 Wissenschaftlicher Nachwuchs von 2017 zitierten Studie an erster Stelle die fehlende  
53 Planungssicherheit, finanzielle Sicherheit und Etablierung im Beruf an. Aber auch die „Anforderung an  
54 eine hohe (Über-)stundenzahl“ wird von 39% der befragten Frauen\* und 36% der befragten Männer als  
55 eine Schwierigkeit bei der Vereinbarkeit von Familie und akademischer Karriere an Universitäten  
56 angesehen. Die Arbeitsbedingungen im akademischen Mittelbau führen also nach wie vor dazu, dass  
57 insbesondere Frauen\* dazu gezwungen werden, sich zwischen Familie und Beruf zu entscheiden.

#### 58 **Veränderung braucht Solidarität**

59 Ein Auswahlssystem, welches darauf aufbaut, dass Menschen einen wesentlichen Teil ihrer Freizeit für  
60 die Arbeit aufbringen und Jahre lang mit beruflicher Unsicherheit leben, ist sozial ungerecht und  
61 erschwert die Gleichstellung von Frauen\*. Außerdem wird so letzten Endes die Unterfinanzierung der  
62 Hochschulen und Universitäten auf die dort Beschäftigten umgelegt. Es macht aber auch deutlich,  
63 warum es die Gewerkschaften in diesem Bereich schwer haben und tarifliche Mittel schnell an ihre  
64 Grenzen stoßen. Hier ist eine grundsätzliche Kritik am neoliberalen Wissenschaftssystem notwendig,  
65 grundlegende politische Weichen müssen neu gestellt werden:

- 66 1. Die Hochschulfinanzierung: Das Verhältnis von Grundfinanzierung und Drittmitteln muss sich  
67 deutlich zugunsten der Grundfinanzierung verschieben, insgesamt muss die Finanzierung  
68 erhöht werden. Wir brauchen bedarfsdeckend ausfinanzierte Hochschulen, eine  
69 darüberhinausgehende Finanzierung aus öffentlichen Drittmitteln darf es nur in  
70 Ausnahmefällen geben, private Drittmittel lehnen wir ab.
- 71 2. Eine grundlegende Reform der Personal- und Karrierestruktur in der Wissenschaft. Dabei muss  
72 das Motto „Dauerstellen für Daueraufgaben“ im Vordergrund stehen und unbefristete  
73 Beschäftigung außerhalb einer Professur ermöglicht werden. In der Konsequenz braucht es eine  
74 Trennung in unbefristete Dauerstellen und befristete Qualifizierungsstellen, bei letzteren muss  
75 der größte Teil der Arbeitszeit der eigenen Qualifizierung vorbehalten sein und die  
76 Vertragslaufzeit mit der Dauer der Qualifizierung übereinstimmen. Statt des Lehrstuhlprinzips  
77 müssen Department-Strukturen eingeführt werden, bei denen wissenschaftliche  
78 Mitarbeiter\*innen nicht mehr zwingend einem Lehrstuhl zugeordnet sind.
- 79 3. Es muss Schluss damit sein, dass auf einer Promotionsstelle die Arbeit für die eigene Promotion  
80 in die Freizeit verschoben wird. 75% der Arbeitszeit müssen für die eigene Qualifizierung  
81 vorgesehen sein und eingehalten werden.

- 82 4. Lehraufträge dürfen nicht mehr missbraucht werden, um reguläre Stellen zu sparen. Sie dürfen  
83 nur vergeben werden, um zusätzlich externes Wissen an die Hochschulen zu holen. Wo es sie  
84 noch gibt, müssen sie angemessen vergütet werden. Grundlage für die Vergütung muss die  
85 tatsächliche Arbeitszeit sein.
- 86 5. Hochschulen und Universitäten müssen in die Pflicht genommen werden, eine realistische  
87 Personalplanung aufzustellen.
- 88 6. Das Betreuungsverhältnis an den Hochschulen muss deutlich verbessert werden, auf 40  
89 Studierende muss mindestens ein\*e Professor\*in kommen, das sonstige wissenschaftliche  
90 Personal muss entsprechend aufgestockt werden.

# Antragsbereich H: Hochschulfinanzierung

## Antrag H1\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

## 3 **H1\_19/2 Wider der Exzellenz -** 4 **Hochschulfinanzierung für alle statt** 5 **Leuchtturmprojekte für Eliten!**

6 In diesem Sommer verkündete Wissenschaftsministerin Anja Karliczek welche Hochschulen den Status  
7 Exzellenz-Universität erhalten und die nächsten sieben Jahre gefördert werden. Unter den Hochschulen  
8 vier Standorte in Baden-Württemberg und zwei in Bayern. Über die Hälfte der Förderung geht also nach  
9 Süddeutschland. In Nordrhein-Westfalen werden mit Aachen und Bonn zwei Hochschulen gefördert.  
10 Außerdem wird Hamburg und Berlin gefördert. Damit wurde in Ostdeutschland nur an eine einzige  
11 Hochschule der Status Exzellenz-Universität vergeben.

12 Ins Leben gerufen wurde das Förderprogramm, um die Hochschulen auch durch den Bund zu fördern  
13 und den Wissenschaftsstandort Deutschland zu stärken. Die Exzellenzinitiative (heute:  
14 Exzellenzstrategie) gibt es seit 2005. Bis heute gab es vier Vergaberunden in denen sich Hochschulen  
15 für die Förderung bewerben konnten. Die Förderung kommt dann denjenigen Hochschulen zugute, die  
16 von der Vergabekommission ausgewählt werden.

17 Zunächst umfasste das Programm drei Förderlinien. Die Graduiertenschulen, bei denen die Förderung  
18 und Forschung von Doktorant\*innen entscheidendes Kriterium ist, interdisziplinäre Exzellenzcluster und  
19 Zukunftskonzepte, bei denen die Ausrichtung der Hochschule entscheidend ist. In der vierten und bisher  
20 letzten Runde fielen die Förderlinien Graduiertenschule und Zukunftskonzepte weg und die Förderlinie  
21 Exzellenzcluster blieb alleinig bestehen.

### 22 **Unsere Kritik**

23 Grundsätzlich ist es wünschenswert, dass der Bund sich an den Kosten für die Bildung beteiligt und die  
24 Länder nicht alleine stehen lässt. Gerade wenn man die Unterschiede in den Länderhaushalten und in  
25 den Lebensverhältnisse betrachtet, sind ausgleichende Mechanismen im Bildungssystem unerlässlich,  
26 um mittelfristig eine Angleichung der Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet zu erreichen.

27 Dafür ist die Exzellenzstrategie allerdings kein geeignetes Mittel. Hochschulen in Deutschland sind  
28 massiv unterfinanziert. Die Grundfinanzierung ist an allen Hochschulen zu niedrig. Digitalisierung,  
29 Infrastruktur, prekäre Arbeitsbedingungen und überfüllte Veranstaltungen sind nur einige Stellen, an  
30 denen dies täglich zu sehen ist. Wo nicht einmal das finanzielle Grundniveau an allen Hochschulen  
31 gesichert werden kann, ist es ein falscher Schritt verfügbares Geld in einige wenige, vermeintlich  
32 „exzellente“ Universitäten zu investieren. Weiterhin zeigt sich mit Fortschreiten des Programms immer  
33 drastischer, dass diese wenigen Hochschulen ungleichmäßig im Bundesgebiet verteilt sind. So befindet  
34 sich nur eine der elf geförderten Hochschulen in der vierten Runde in Ostdeutschland. In Baden-  
35 Württemberg hingegen werden vier Hochschulen gefördert, in Bayern sind es zwei Hochschulen. Die  
36 Exzellenzstrategie fördert also geradezu die Ungleichheit der Lebensverhältnisse. Des Weiteren wird ein  
37 Konkurrenzkampf zwischen Universitäten und Hochschulen gefördert und interdisziplinäre und

38 Hochschulübergreifende Forschung dadurch verhindert. In wirtschaftlich starken Regionen bilden sich  
39 Leuchtturm-Hochschulen, nicht nur durch die zusätzlichen Mittel, sondern auch durch die Titel  
40 Exzellenz-Uni, der die Unis im Kampf um die besten Wissenschaftler\*innen und um Drittmittel noch  
41 attraktiver macht und dafür sorgt, dass andere Unis weiter abgeschlagen werden. Mittelfristig wird dies  
42 zu einem Zwei-Klassensystem deutscher Hochschulen führen. Es steht zu befürchten, dass auch das  
43 Studium an nicht „exzellenten“ Hochschulen zweitklassig wird und, dass dort erlangte Abschlüsse  
44 weniger Wert sind. Das ist eine Entwicklung, die zu verhindern ist. Hinzu kommt, dass das  
45 Bewerbungsverfahren enorme Ressourcen bindet, die dann nicht für gute Lehre eingesetzt werden  
46 können. Betrachtet man die Förderkriterien, werden die wahren Probleme auch gar nicht adressiert.  
47 Überfüllte Hörsäle, schlechte Lehre, prekäre Verhältnisse im Mittelbau stehen der Förderung nicht im  
48 Weg.

49 Zudem geht das Konzept von einzelnen Exzellenzuniversitäten vollkommen am deutschen  
50 Bildungssystem vorbei. Die Stärke im vorliegenden System liegt insbesondere in der Breite, in vielen  
51 besonders guten Fakultäten und Fachbereichen an vielen verschiedenen Universitäten. Die  
52 Exzellenzstrategie ist hier besonders destruktiv.

### 53 **Hin zu einer freien Wissenschaft**

54 Für uns Juso-Hochschulgruppen steht fest: Wir brauchen eine solide, gerechte Grundfinanzierung der  
55 Hochschulen. Dabei muss es oberstes Ziel sein, die Defizite in der Lehre aufzuholen, Sanierungsstaus  
56 abzubauen und das Prekariat im Mittelbau zu beenden. Dafür müssen alle Hochschulen dauerhaft durch  
57 den Bund mitfinanziert werden. Es müssen Sondermittel zur Verfügung gestellt werden, um dringend  
58 notwendige Sanierungen durchzuführen. Sind Hochschulen nicht in der Lage, so zu planen, dass sie das  
59 Risiko von Festanstellungen tragen können, so muss der Bund das Risiko übernehmen und  
60 dementsprechend handeln. Zeitverträge dürfen nicht länger die Regel sein in der Wissenschaft. Erst  
61 nach einer soliden Grundfinanzierung aller Hochschulen sollte über Spitzenförderung nachgedacht  
62 werden.

63 Genau darum muss das Konzept Exzellenzstrategie erst politisch neu diskutiert und dann abgeschafft  
64 werden. Um entstehende Ungleichheiten zu verhindern, um das Geld dort zu investieren, wo es  
65 gebraucht wird, nicht dort wo es glänzt, um zu verhindern, dass Hochschulen in ewiger Vorbereitung auf  
66 den Exzellenzwettbewerb untergehen, soll die Exzellenzstrategie durch ein gerechtes, solidarisches  
67 Fördersystem abgelöst werden. Gerade jetzt, wo der aktuelle Wettbewerb zu Ende gegangen ist, ist der  
68 Zeitpunkt diese Diskussion zu führen, ohne, dass jemand befürchten muss die  
69 Wettbewerbsentscheidung zu beeinflussen.

70 Unsere Vision von gerechter Hochschulfinanzierung ist solidarisch und eine gemeinsame Leistung von  
71 Bund und Ländern. Nur so kann freie Wissenschaft existieren.

# Antragsbereich L: Frühkindliche Bildung, Schule & lebenslanges Lernen

## Antrag L1\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppe Münster

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **L1\_19/2 Wohin mit *weltwärts*? Ein kritischer Blick** 4 **auf den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst**

5 Im Jahr 2008 wurde das internationale Freiwilligenprogramm *weltwärts* ins Leben gerufen. Dabei  
6 handelt es sich um den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst des deutschen Bundesministeriums  
7 für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Seit Beginn des Programms sind über  
8 34000 Jugendliche und junge Erwachsene als Freiwillige in Länder des sogenannten „Globalen Südens“  
9 entsendet worden. Zum zehnjährigen Jubiläum des Programms 2018 bezeichnete  
10 Entwicklungsminister Gerd Müller das Programm als „echte Erfolgsgeschichte“. Doch die Kritik am  
11 Programm, seinem Anspruch und seiner Wirklichkeit, reißt nicht ab. Im Zentrum der Kritik stehen die  
12 postkolonialen Mechanismen, die in dem Programm wirken und lange unzureichend reflektiert worden  
13 sind, die Frage nach seinem tatsächlichen entwicklungspolitischen Nutzen sowie die soziale Selektivität  
14 von *weltwärts*.

15 Freiwilligendienste spielen heute eine bedeutende Rolle in den Bildungswegen vieler junger Menschen.  
16 Als Juso-Hochschulgruppen geht es uns deshalb darum, uns ebenfalls kritisch mit dem Wirken der  
17 internationalen Freiwilligenarbeit und ihrer Rolle in der globalen Entwicklungszusammenarbeit sowie  
18 der Bildungswege Einzelner auseinanderzusetzen. Der Anspruch ist dabei nicht, die persönliche  
19 Motivation Einzelner zu kritisieren oder gar zu verurteilen, sondern die politische Gestaltung der  
20 Freiwilligenprogramme und ihre strukturellen Bedingungen kritisch zu hinterfragen. *Weltwärts* als  
21 staatlich organisiertes und finanziertes Programm steht dabei im Zentrum dieser Auseinandersetzung.

#### 22 ***weltwärts* – eine Einführung**

23 Der entwicklungspolitische Freiwilligendienst *weltwärts* wurde 2008 von der damaligen Ministerin für  
24 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) ins Leben gerufen  
25 und besteht nun seit über 10 Jahren. Als Entsendeorganisationen sind über 200 gemeinnützige  
26 Organisationen aus Deutschland am Programm beteiligt, hinzu kommen entsprechende  
27 Partner\*innenorganisationen in den Einsatzländern. Bei diesen Einsatzländern handelt es sich  
28 ausschließlich um Länder des „Globalen Südens“. Finanziert wird das Programm zu 75 Prozent durch  
29 das Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit. Die restlichen Kosten haben die  
30 Entsendeorganisationen zu tragen, wofür sie regelmäßig bei den entsendeten Freiwilligen um Spenden  
31 bitten.

32 Die Teilnehmer\*innen des Programms müssen zwischen 18 und 28 Jahre alt sein, über eine  
33 abgeschlossene Berufsausbildung oder aber über die Fach- bzw. allgemeine Hochschulreife verfügen.  
34 Jährlich entsendet *weltwärts* ca. 3500 Freiwillige für jeweils zwischen 6 und 24 Monate. Im Rahmen der  
35 Süd-Nord-Komponente des Programms können seit 2013 auch (2018: 640 Freiwillige) junge Menschen  
36 aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa einen Freiwilligendienst mit *weltwärts* in Deutschland  
37 absolvieren. Die Komponente soll laut dem BMZ zu mehr Gleichberechtigung im Programm führen und

38 dazu beitragen, dass *weltwärts* seinen Anspruch als entwicklungspolitischer Lern- und Austauschdienst  
39 konsequent erfüllt.

#### 40 **Ein rassismuskritischer Blick auf *weltwärts***

41 Ganz grundsätzlich gilt es zunächst, sich kritisch mit den abstrakten globalen Dynamiken, die im  
42 *weltwärts*-Freiwilligendienst wirken und die ihren Ursprung auch heute noch im Kolonialismus haben,  
43 auseinanderzusetzen. Im Wissen, dass diese Auseinandersetzung an dieser Stelle bei weitem nicht  
44 abschließend geführt werden kann, will dieser Antrag nur einen Ansatzpunkt eines rassismus- und  
45 kolonialismuskritischen Blicks auf *weltwärts* darlegen.

46 *Weltwärts* funktioniert momentan unter den Vorzeichen einer klaren, kolonial tradierten Hierarchie: Aus  
47 dem „Globalen Norden“ kommen mit einer großen Selbstverständlichkeit Freiwillige in den „Globalen  
48 Süden“ ohne, dass die Einsatzländer darum gebeten hätten - und bekommen für ihr Engagement  
49 Verantwortung und Anerkennung entgegengebracht. Die postkolonialen Zusammenhänge, die dies so  
50 selbstverständlich erscheinen lassen, werden spätestens dann offenbar, wenn man sich vorstellt,  
51 beispielsweise Tansania entsendete mit derselben Selbstverständlichkeit jährlich über 3000 Freiwillige  
52 als Aushilfslehrer\*innen, Betreuer\*innen oder Krankenpfleger\*innen nach Deutschland und die  
53 Absurdität dieses Gedankens erkennt.

54 Das von Überlegenheitsdenken eingefärbte Selbstbild vieler Freiwilliger als „Helfer\*innen“ in „armen  
55 Ländern“ sowie auch *weltwärts* Außendarstellung sind ebenfalls Ausdruck dieser Hierarchie.

56 Die Hierarchie besteht auch in finanzieller Hinsicht. Die meisten Gelder, die für *weltwärts* zur Verfügung  
57 gestellt werden, verbleiben in deutscher Hand, die meisten bezahlten Stellen des Programms sind in  
58 Deutschland angesiedelt und von Deutschen besetzt. Deutsche Pädagog\*innen und Entsende-  
59 Organisationen werden für die Begleitung der Freiwilligen bezahlt. Freiwillige erhalten während ihres  
60 Dienstes ein monatliches Taschengeld und teilweise werden Rückkehrer\*innen in ihrem weiteren  
61 entwicklungspolitischen Engagement unterstützt. Demgegenüber werden die Dienste im Einsatzland,  
62 wie Mentor\*innentätigkeiten und die Unterbringung bei einer Gastfamilie, kaum benannt bzw.  
63 ausreichend entlohnt.

64 Die Kritik an den postkolonialen Hierarchien, die im *weltwärts*-Programm wirken, ist freilich nicht  
65 loszulösen aus einer Debatte über Entwicklungszusammenarbeit im Generellen, wo diese genauso  
66 wirken. Doch selbst wenn man innerhalb der Logik heutiger Entwicklungspolitik argumentiert, ist der  
67 entwicklungspolitische Nutzen des Programms mehr als fraglich. Während es diese historisch  
68 tradierten Hierarchien zwischen Ländern des globalen Nordens und Südens zu berücksichtigen gilt,  
69 muss auch festgestellt werden, dass eine derartig strukturiertes Entwicklungshilfe-Gefälle wie hier  
70 skizziert insbesondere auch auf Grund materieller und ökonomischer Unterschiede beruht. Die  
71 Beziehungen zwischen den Ländern dieser beider Hemisphären werden auch konkret auf dem großen  
72 Wohlstandsgefälle, das die beschriebenen Entwicklungshilfe-Strukturen bedingt. Dass dieses Gefälle  
73 natürlich auch auf neo- und postkolonialen Strukturen beruht und im Sinne einer internationalistischen  
74 Strategie zu bekämpfen ist, ist selbstverständlich.

#### 75 **Wer entwickelt hier eigentlich wen?**

76 Es zeigt sich, dass unter einem beachtlichen finanziellen Aufwand junge, zum Großteil nicht fachlich  
77 ausgebildete Menschen entsendet und beispielsweise in Schulen, Krankenhäusern oder Waisenhäusern  
78 eingesetzt werden. Statt einer entwicklungsstrategischen Ressourcenumverteilung, erleben  
79 Einsatzländer also einen nicht unerheblichen Zuwachs an unqualifizierten Menschen – welche oftmals  
80 nicht sinnvoll eingesetzt sind.. 2011 etwa gab ein Viertel der von *weltwärts* entsandten an, die eigene  
81 Stelle als „gar nicht oder kaum für einen Freiwilligen geeignet“ zu empfinden. Darunter fallen sowohl  
82 Fälle von Unter- als auch Überforderung der Freiwilligen.

83 Die *weltwärts*-Förderleitlinien verlangen von den Entsende- und Partnerorganisationen zwar die  
84 Garantie, dass den Einsatzländern durch die Beschäftigung deutscher Freiwilliger kein Nachteil  
85 erwächst – etwa durch den Wegfall von Arbeitsstellen für ausgebildete Einheimische. Inwieweit dies  
86 immer garantiert sein kann, ist jedoch fraglich. Hinzu kommt, dass die Kehrseite dieser Garantie  
87 bedeutet, dass Freiwillige nur solche Arbeiten verrichten dürfen, die nicht zwingend notwendig sind. Dies  
88 führt dann wiederum dazu, dass ein großer Aufwand für die Einsatzstellen bereits durch die Schaffung  
89 alternativer Arbeitsstellen oder die Einarbeitung und Betreuung der Freiwilligen entsteht. Teils  
90 mangelnde Sprachkenntnisse und die Eingewöhnung in unbekannte Lebensumstände verschärfen  
91 diesen Aufwand für die Einsatzstellen zusätzlich. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass  
92 kurzfristige Freiwilligendienste diesen Effekt weiter verstärken: Sechsmonatige Dienste inklusive  
93 Einarbeitungs- und Urlaubszeit, wie sie bei *weltwärts* möglich sind, lassen keine intensive  
94 Auseinandersetzung zu, sondern fördern nur den Aufwand der aufnehmenden Einsatzstellen.

95 Der Aufwand, welcher hinter der Organisation der Freiwilligenarbeit steht, mündet oft in einem eher  
96 einseitigen Lernprozess des\*der Freiwilligen. Eine *Umverteilung* von Wissen, Erfahrung und  
97 Lebenschancen als ein Ziel von Entwicklungszusammenarbeit, wird also oftmals verfehlt. Vielmehr  
98 fördert ein Freiwilligendienst mit *weltwärts* die Freiwilligen selbst und stellt eine regelrechte Investition  
99 in die eigenen Lebensläufe dar. Die Freiwilligen – so das von *weltwärts* kommunizierte Selbstbild -  
100 erlernen im Zuge ihres Engagements *Teamfähigkeit, Belastbarkeit, Anpassungsgabe* usw. – allesamt  
101 Eigenschaften, die im Sinne kapitalistischer Verwertungsmechanismen die Bildungs- und  
102 Karrierechancen fördern. Die Ungleichheit der Lebenschancen manifestiert sich, der  
103 entwicklungspolitische Nutzen für die Einsatzländer bleibt fraglich.

104 Unter anderem, um dieser Kritik entgegenzuwirken, ergänzte das BMZ *weltwärts* 2013 um die  
105 sogenannte Süd-Nord-Komponente, welche jungen Menschen aus „Schwellen- und  
106 Entwicklungsländern“ einen Freiwilligendienst in Deutschland ermöglichen soll. Pro Jahr stehen  
107 finanzielle Mittel für ein Kontingent von bis zu 800 Freiwilligen, die nach Deutschland kommen, bereit.  
108 Die Zahl der Teilnehmer\*innen betrug jedoch von 2013 bis 2018 insgesamt nur 1500 und ist damit  
109 gegenüber den Teilnehmer\*innenzahlen aus Deutschland (3500 pro Jahr) gering.

110 Und auch Einreise- und Visaablehnungen haben in der Vergangenheit immer wieder dazu geführt, dass  
111 nicht-deutsche Freiwillige am Ende doch nicht am Austausch- und Freiwilligenprogramm teilnehmen  
112 konnten. Als Gründe für die Einreiseverweigerungen wurden beispielsweise „Zweifel an Motivation und  
113 Rückkehrbereitschaft“ genannt, mangelnde Sprachkenntnisse oder, dass der Freiwilligendienst nicht in  
114 die „Lebensplanung des Antragsstellers“ passe. Argumentationsweisen wie diese lassen berechtigten  
115 Zweifel daran, inwieweit die Süd-Nord-Komponente des *weltwärts*-Programms als echte  
116 entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf Augenhöhe wahrgenommen und genutzt wird, statt als  
117 bloße Image-Maßnahme, um der oben genannten Kritik auszuweichen.

118 Zuletzt bleibt fraglich, ob die neue Komponente wirklich einen Beitrag zu einem breiten  
119 gesellschaftlichen Austausch leisten kann, oder nur Jugendliche aus den oberen Schichten der  
120 Austausch-Länder bevorteilt.

### 121 **Für wen geht es *weltwärts*?**

122 Dieser Kritik der sozialen Selektivität kann sich auch die *weltwärts* Nord-Süd-Komponente nicht  
123 erwehren. Zwar wurde *weltwärts* einst mit dem Anspruch ins Leben gerufen, als staatlich finanziertes  
124 Programm eine Alternative zu den bisherigen oft teuren und ein hohes Maß an Selbstorganisation  
125 erfordernden internationalen Volunteering-Angeboten zu sein und auch sozial schwächeren und  
126 Jugendlichen ohne Abitur offen zu stehen. Erhebungen über die an internationalen Freiwilligendiensten  
127 teilnehmenden Menschen haben jedoch gezeigt, dass noch immer 97 Prozent der *weltwärts*-Klientel  
128 Abitur und vermehrt eine „sehr hohe und bildungsaffine soziale Herkunft“ haben.

129 Hervorgerufen und verstärkt wird dieses Phänomen sicher durch die Auswahlkriterien von *weltwärts*. So  
130 steht das Programm (Fach-) Abiturient\*innen ab 18 Jahren ohne weiteres offen. Personen, die „nur“ über  
131 eine mittlere Reife verfügen, müssen zusätzlich eine abgeschlossene Berufsausbildung oder  
132 „vergleichbare Erfahrung“, wie etwa ein Praktikum oder ein Freiwilligendienst in Deutschland, vorweisen.  
133 Denn diese Regelung lässt außer Acht, dass ein internationaler Freiwilligendienst sich viel natürlicher an  
134 den Schulabschluss anschließen lässt, als an den Abschluss einer Berufsausbildung, wenn bereits  
135 Überlegungen wie beispielsweise die Übernahme in den Betrieb eine Rolle spielen und Interessierte dann  
136 ggf. davon abhalten, Deutschland für mindestens ein halbes Jahr zu verlassen. Das alternative  
137 Voraussetzen eines bereits absolvierten Freiwilligendienstes oder eines vergleichbaren Praktikums  
138 kann hier nur schwer Abhilfe schaffen, da dies in aller Regel bereits mit finanziellem Aufwand verbunden  
139 wäre und es sehr fraglich ist, ob insbesondere finanziell schwächere junge Menschen die Möglichkeiten  
140 haben, diese Hürden auf sich zu nehmen, um sich überhaupt erst einmal für einen *weltwärts*-  
141 Freiwilligendienst zu qualifizieren. Da es sich bei den Freiwilligen ohnehin zum größten Teil um  
142 unqualifizierte Personen handelt, und es ja gerade nicht sein darf, dass Freiwillige qualifizierte Arbeiter  
143 in den Einsatzländern ersetzen, ist nicht ersichtlich, warum ein\*e (Fach-)Abiturient\*in für die Arbeiten,  
144 die die Freiwilligen verrichten, per se und ohne Ansehung der künftigen Tätigkeit mehr qualifiziert ist, als  
145 ein\*e gleichaltrige\*r Haupt- oder Realschulabsolvent\*in. Abgesehen davon soll jungen Arbeiter\*innen  
146 natürlich auch weiterhin die Möglichkeit eines Freiwilligendienstes mit *weltwärts* gegeben werden. Dann  
147 kommt es aber vor allem darauf an, diese entsprechend anzusprechen und durch Kommunikation und  
148 Kooperation mit den Arbeitsstellen gegebenenfalls die Möglichkeit einer Auszeit vom Beruf zu schaffen.  
149 Die Möglichkeit der Bewerbung für einen Freiwilligendienst mit *weltwärts* sollte grundsätzlich allen  
150 Menschen offen stehen. Eine starre Altersuntergrenze ist aus verschiedenen, vor allem rechtlichen  
151 Gründen notwendig. Die willkürliche Obergrenze schließt dagegen ohne eine solche Begründung  
152 systematisch Menschen aus. Erfahrungen anderer Freiwilligendienstträger\*innen zeigen, dass auch  
153 ältere Menschen Interesse an Freiwilligendiensten haben – Recht auf Lebenslanges Lernen heißt auch  
154 Berücksichtigung der Bewerbungen älterer Menschen für eine kritische Selbstreflexion und eine  
155 Bewusstseinsweiterung durch einen Freiwilligendienst.

156 Zwar betont *weltwärts* auf seiner Homepage, Behinderungen und Einschränkungen sowie chronische  
157 Krankheiten seien kein Ausschluss-Kriterium für einen Freiwilligendienst im Ausland und wendet auf  
158 betroffene Menschen auch andere Altersgrenzen für die Teilnahme am Programm an, der Anteil  
159 behinderter oder chronisch kranker Menschen unter den internationalen Freiwilligen ist dennoch  
160 verschwindend gering. Einsatzstellen bleiben auch deshalb unbesetzt, weil die Barrierefreiheit der  
161 *weltwärts*-Freiwilligendienste in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nicht ausreichend und an den  
162 richtigen Orten hervorgehoben wird. Eine Veränderung in der Ansprache von Menschen mit chronischen  
163 Krankheit und/oder Behinderung muss mit dem Ausbau der Barrierefreiheit einhergehen.

164 Auch das (nicht obligatorische aber immer klar formulierte) Erfordernis, den eigenen Freiwilligendienst  
165 durch Spenden aus einem selbst aufgebauten Spender\*innenkreis an die Entsende-Organisation  
166 mitzufinanzieren, schreckt insbesondere finanziell schlechter gestellte Interessierte in einem nicht zu  
167 unterschätzenden Maße von einem internationalen Engagement ab.

#### 168 **wohin soll's mit *weltwärts* gehen?**

169 Wie hier fragmentarisch dargestellt, ist die Kritik am internationalen Freiwilligendienst *weltwärts* so breit  
170 gestreut wie komplex. Diese Kritik mündet nicht selten in der Forderung danach, das Programm  
171 abzuschaffen. Als Juso-Hochschulgruppen schließen wir uns dieser Forderung an dieser Stelle nicht an.  
172 Wir setzen uns stattdessen weiterhin kritisch mit dem Programm auseinander und erkennen auch  
173 positive Aspekte von *weltwärts* an: Das Programm verfügt grundsätzlich über das Potential, junge  
174 Menschen für globale Zusammenhänge, für postkoloniale Verteilungsgerechtigkeiten, für historische  
175 Schuld und für globalen Rassismus zu sensibilisieren. Gerade im Nachgang eines internationalen

176 Freiwilligendienstes lässt sich beobachten, dass viele junge Menschen politisiert und sensibilisiert sind  
177 und sich entsprechend zivilgesellschaftlich oder politisch – auch im Hinblick auf die Reformierung  
178 entwicklungspolitischer Freiwilligendienste - engagieren.

179 So gründeten vor allem ehemalige *weltwärts*-Freiwillige 2012 – um nur ein Beispiel zu nennen - den  
180 Verein *Zugvögel e.V.*, welcher Partnerstrukturen im Globalen Süden aufgebaut hat und seither  
181 Freiwilligendienste für junge Menschen aus Ecuador, Mexiko, Nepal, Ruanda und Uganda in Deutschland  
182 organisiert. Damit leistet der Verein einen wesentlichen Beitrag zur Gleichberechtigung im  
183 Freiwilligenaustausch.

184 Dieses Sensibilisierungs- und Politisierungspotential muss jedoch noch breiter an junge Menschen  
185 herangetragen werden und sich dann auch im Willen zu strukturellen und politischen Reformen des  
186 Programms niederschlagen. Die ausgeführte Kritik an *weltwärts* lässt sich auch auf andere  
187 Freiwilligendienste, wie IJFD oder kulturweit, ausweiten. Diese sind zwar keine dezidiert  
188 entwicklungspolitischen Freiwilligendienste, werden aber sehr häufig ebenfalls in Ländern des Globalen  
189 Südens abgeleistet. Somit sollte ein kritischer Blick auch auf diese Programme gerichtet werden.

#### 190 **Deswegen lauten unsere Anforderung an die Weiterentwicklung von *weltwärts*:**

191 Als *entwicklungspolitischer* Freiwilligendienst muss *weltwärts* auf Augenhöhe agieren und  
192 funktionieren. Die Finanzierung von *weltwärts* trägt das Etikett „Entwicklungshilfe“. Eine ehrliche  
193 Diskussion, inwieweit die Mittel eher in die Profilierung von Lebensläufen fließen, muss fortlaufend  
194 geführt werden. Die Konsequenz dieser Diskussion wird eine Anpassung in der Finanzierungsstruktur  
195 von *weltwärts* sein.

196 • Kolonial tradierte Geber\*innen-Nehmer\*innen-Strukturen und damit das ökonomische  
197 Ungleichgewicht zwischen Staaten des globalen Nordens und Südens müssen aufgebrochen  
198 werden und das gesamte Programm muss fortlaufend unter rassistischer- und  
199 kolonialismuskritischen Aspekten reflektiert und reformiert werden.

200 ○ Langfristig muss die Süd-Nord Komponente der Nord-Süd-Komponente gleichgestellt  
201 werden.

202     ▪ Finanzielle Ressourcen, die für den Ausbau der Nord-Süd Komponente  
203 vorgesehen waren, müssen entsprechend umgewidmet werden.

204     ▪ Die Kriterien für die Vergabe von Visa und Einreisegenehmigungen müssen  
205 gerecht und transparent gestaltet werden und den Anspruch der  
206 Gleichberechtigung der Partner\*innenländer widerspiegeln.

207 ○ Die Freiwilligen selbst müssen ihre Rolle immer wieder (rassistischer-)kritisch reflektieren  
208 und dabei durch Vor- und Nachbereitungsseminare unterstützt werden. Hierbei muss  
209 ein Selbstverständnis der Freiwilligen vermittelt werden, nicht als „Geber\*innen“ armen  
210 Ländern zu helfen, sondern im Rahmen eines kulturellen und persönlichen Lerndienstes  
211 selbst etwas zu empfangen. Aus einer kritischen Betrachtung der Dauer von *weltwärts*-  
212 Freiwilligendiensten sollten längerfristige Dienste gestärkt hervorgehen. Sechs Monate  
213 inklusive Einarbeitungs- und Urlaubszeit reichen nicht für eine intensive  
214 Auseinandersetzung im Einsatzland und bedeuten vergleichsweise großen Aufwand für  
215 die aufnehmenden Einsatzstellen. Bewusstseinswandel statt Freiwilligentourismus!

216 ○ Es braucht weiterhin ein entsprechendes Umdenken von *weltwärts* selbst in seinem  
217 Selbstbild, seiner Außendarstellung und in der Ansprache der Freiwilligen.

- 218 • Die Kommunikation zwischen den Entsende-Organisationen und den  
219 Partner\*innenorganisationen in den Austausch-Ländern muss verlässlich und gerecht  
220 stattfinden.
- 221 • Die Beschäftigung von Freiwilligen darf den Einsatzstellen und der einheimischen Bevölkerung  
222 nicht zum Nachteil gereichen.
- 223 ○ Freiwillige sollten nur da eingesetzt werden, wo sie auch wirklich sinnvoll sind und  
224 unterstützend wirken können.
- 225 ○ Bei der Auswahl der Einsatzstellen muss sorgfältig geprüft werden, ob sie sich für  
226 Freiwilligenarbeit eignen. Es darf weder zu Überforderung noch zu Konkurrenz um  
227 Arbeitsstellen oder zu einer Unterforderung der Freiwilligen kommen, welche den  
228 Einsatzstellen zusätzlichen Betreuungsaufwand bereitet.
- 229 Die soziale Selektivität von *weltwärts* muss bekämpft werden! Hier sind besonders die Entsende-  
230 Organisationen in der Pflicht, eine heterogene Gruppe von Menschen anzusprechen. Heterogenität  
231 meint auch Alter bzw. Generation. Eine Altersobergrenze als Ausschlussgrenze für den  
232 Freiwilligendienst mit *weltwärts* zu definieren, schließt systematisch Menschen aus. Gleichzeitig ist  
233 diese Grenze bei *weltwärts* im Vergleich besonders restriktiv. Die Grenze von 28 Jahren sowie die von  
234 35 Jahren für Menschen mit Behinderung und/oder chronischer Krankheit sollte ersatzlos gestrichen  
235 werden. Bei der Zuweisung von Bewerber\*innen zu Einsatzstellen sollte der individuelle Einzelfall  
236 entscheiden.
- 237 • Die Teilnahmevoraussetzungen für Menschen ohne (Fach-)Abitur sollten dahingehend  
238 verändert werden, dass ein Schulabschluss und das Erreichen des 18. Lebensjahrs ausreichen  
239 und dass eine Berufsausbildung oder Praktika und vorherige Freiwilligendienste nicht mehr  
240 erforderlich sind.
- 241 • Abgesehen davon ist es dennoch wünschenswert, dass auch Auszubildende bzw. Berufstätige  
242 von dem Angebot eines internationalen Freiwilligendienstes angesprochen werden. Hier  
243 braucht es eine entsprechende Veränderung der Öffentlichkeitsarbeit und Ansprache von  
244 *weltwärts* und vor allem der Entsende-Organisationen.
- 245 • Gleiches gilt bei der Ansprache von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischer  
246 Krankheit. Damit sie einen Internationalen Freiwilligendienst als Option für sich erkennen  
247 können, braucht es neben einer Erhöhung der Mittel zum Ausbau der Barrierefreiheit durch das  
248 BMZ vor allem eine Veränderung in der Information über barrierefreie Freiwilligendienste.
- 249 • *weltwärts* und die Entsende-Organisationen sollten in ihrer Kommunikation sensibel sein für die  
250 abschreckende Wirkung von Spende-Forderungen auf finanziell schwächer gestellte Menschen.
- 251 • Auch für die Süd-Nord-Komponente des Programms muss sichergestellt sein, dass nicht nur  
252 den privilegiertesten Menschen der jeweiligen Länder eine Teilnahme an *weltwärts* möglich ist.

# Antragsbereich O: Unser Verband & Organisationspolitik

## Antrag 01\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **01\_19/2 Etwas Neues wagen! - Änderungen der** 4 **Leitlinien der Juso-Hochschulgruppen**

5 *Beschlossen auf dem Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen vom 15.-17. November*  
6 *2019 in Berlin*

7 Die Juso-Hochschulgruppen (Juso-HSGn) sind als Projektgruppen der Jusos in der SPD der  
8 Studierendenverband der Jusos und der SPD. Die Juso-Hochschulgruppen setzen sich auf der  
9 Grundlage der Juso-Positionen für den Demokratischen Sozialismus ein.

#### 10 **Mitgliedschaft:**

11 In einer Juso-Hochschulgruppe können alle an der jeweiligen Hochschule eingeschriebenen  
12 Studierenden, Gast- und Zweithörer\*innen mitarbeiten,

- 13 • die entweder Mitglied oder Gastmitglied der SPD sind bzw. ihre Mitarbeit bei den Jusos erklärt  
14 haben, oder
- 15 • die sich - ohne Mitglied der SPD zu sein - für den Demokratischen Sozialismus als Ziel der Juso-  
16 Hochschulgruppen einsetzen.

#### 17 **Länder / Bezirke:**

18 Die Juso-Hochschulgruppen eines Bundeslandes arbeiten als Juso-Projektgruppen mit dem jeweiligen  
19 Juso-Landesverband sowie mit den einen Landesverband bildenden Bezirken zusammen. Auf dem  
20 Landeskoordinierungstreffen (LKT) der Juso- Hochschulgruppen hat jede Gruppe eine Stimme. Das LKT  
21 kann

- 22 • eine oder mehrere Sprecher\*innen (sog. Landeskoordinator\*innen), die auf Landesebene die  
23 Arbeit der Juso-Hochschulgruppen koordinieren und die Juso-Hochschulgruppen innerhalb der  
24 Jusos und der SPD sowie nach außen vertreten,
- 25 • eine\*n Vertreter\*in für den Juso-Landesvorstand bzw. Juso-Bezirksvorstand
- 26 • Vertreter\*innen für die mit hochschulpolitischen Angelegenheiten befassten Gremien des SPD-  
27 Landesverbandes,
- 28 • Vertreter\*innen für Gremien des Juso-Landesverbands und
- 29 • Eine\*n Geschäftsführer\*in

30 wählen.

31 Das Landeskoordinierungstreffen und dessen gewählte Vertreter\*innen beraten und vertreten den Juso-  
32 Landesverband in hochschulpolitischen Angelegenheiten.

33 Die Juso-Hochschulgruppen sind ihren jeweiligen Juso-Bezirken bzw. Landesverbänden  
34 rechenschaftspflichtig.

35 **Bund:**

36 Zur Koordination der Arbeit der Juso-Hochschulgruppen findet jährlich im Wintersemester ein  
37 Bundeskoordinierungstreffen (BKT) statt. Auf dem Bundeskoordinierungstreffen hat jede Juso-  
38 Hochschulgruppe eine Stimme. Das Bundeskoordinierungstreffen sollte in allen grundlegenden  
39 Angelegenheiten entscheiden. Es gibt sich eine Geschäftsordnung und beschließt über Änderungen der  
40 Leitlinien mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Juso-Hochschulgruppen.

41 Berechtigt zur Antragsstellung sind die einzelnen Juso-Hochschulgruppen, Landesverbände der Juso-  
42 Hochschulgruppen, und der Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen. Anträge müssen spätestens  
43 vier Wochen vor dem Beginn des Bundeskoordinierungstreffens in Textform bei der  
44 Bundesgeschäftsführung eingereicht werden. Initiativanträge sind von dieser Frist ausgeschlossen, im  
45 Zweifel entscheidet das Bundeskoordinierungstreffen über den Initiativcharakter des Antrages.

46 Es wählt jährlich im Wintersemester einen bis zu neunköpfigen, Bundesvorstand, der zu mindestens 40%  
47 aus Frauen bestehen muss und auf Bundesebene

- 48 • die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen zwischen den Bundeskoordinierungstreffen koordiniert  
49 und
- 50 • die Juso-Hochschulgruppen auf Grundlage der BKT-Beschlüsse innerhalb der Jusos und der  
51 SPD sowie nach außen vertritt.

52 Gegenüber dem BKT ist der Bundesvorstand rechenschaftspflichtig. Er berät und vertritt den Juso-  
53 Bundesverband in hochschulpolitischen Angelegenheiten. Der Bundesvorstand der Juso-  
54 Hochschulgruppen benennt jährlich den bis zu elfköpfigen "Beirat der Juso-Hochschulgruppen", der  
55 jeweils auf dem BKT im Wintersemester bestätigt wird. Der Beirat trifft sich zweimal jährlich und berät  
56 den Bundesvorstand in bildungs- und allgemeinpolitischen Fragen.

57 Das BKT schlägt dem Juso-Bundesvorstand eine Person zur Kooptierung in den Juso-Bundesvorstand  
58 vor. Außerdem benennt es eine\*n Vertreter\*in, die/der als Gast an den Sitzungen des SPD-  
59 Parteivorstands teilnimmt und die Juso-Hochschulgruppen dort vertritt.

60 Das Bundeskoordinierungstreffen wählt alle zwei Jahre eine\*n Bundesgeschäftsführer\*in.

61 Außerdem wählt das Bundeskoordinierungstreffen jährlich die Anti-Sexismus- Kommission. Diese kann  
62 aus zwei bis vier Personen und muss zu mindestens 40 Prozent aus Frauen bestehen. Die Mitglieder  
63 dürfen innerhalb der Juso-Hochschulgruppen keine Ämter auf Landes- oder Bundesebene innehaben.  
64 Dabei können sie sowohl aktive als auch ehemalige Juso- Hochschulgrüpler\*innen sein. Die Mitglieder  
65 fungieren als Ansprechpersonen für alle im Verband aktiven Menschen bei sexistischen Erfahrungen  
66 und Problemsituationen. Die Anti-Sexismus- Kommission unterrichtet sowohl das  
67 Bundeskoordinierungstreffen als auch den Bundesvorstand in regelmäßigen Abständen über die  
68 Verbandssituation.

69 Neben dem Bundeskoordinierungstreffen findet jedes Jahr im Sommersemester eine Konferenz der  
70 Landeskoordinationen statt. Bis zu zwei aktive Landeskoordinator\*innen pro Bundesland können als  
71 quotierte Delegation an diesem Treffen teilnehmen. Die Konferenz der Landeskoordinationen berät den  
72 Bundesvorstand in bildungs- und allgemeinpolitischen Fragen. Anträge, welche nicht während des  
73 Bundeskoordinierungstreffens behandelt werden konnten, kann die Konferenz der Landeskoordinationen  
74 in Form einer Debatte aufgreifen und eine Empfehlung abgeben. Die Konferenz der  
75 Landeskoordinationen ist nicht befähigt für den Verband wirksame Beschlüsse zu fassen.

76 **Anerkennung lokaler Juso-Hochschulgruppen:**

77 Die Anerkennung lokaler Juso-Hochschulgruppen obliegt dem jeweiligen Juso-Bezirks- bzw.  
78 Landesvorstand. Mit der Anerkennung verbindet sich das Namensrecht. Dieses liegt in letzter Instanz  
79 beim SPD-Parteivorstand.

# Antragsbereich P: Sozialpolitik & soziale Infrastruktur

## Antrag P2\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppe Bochum

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **P2\_19/2 Studentische Krankenversicherung** 4 **mitdenken – Eine Schlechterstellung von** 5 **Studierenden verhindern!**

6 Wie man sich als Student\*in krankenversichert, ist keine Leichte Frage. Von gesetzlicher über private  
7 Versicherung bis hin zum Beihilfeanspruch, die unterschiedlichen Angebote locken mit verschiedenen  
8 Tücken, doch alle haben eins gemeinsam: die Finanzierung wird für Studierende enger und mit  
9 maximalen Semesterzahlen oder Altersgrenzen werden Student\*innen mehr Hürden in den Weg gelegt.  
10 Die BAföG Reform aus diesem Jahr hat das studentische Leben in gewisser Hinsicht verbessert, in  
11 Bezug auf die studentische Krankenversicherung jedoch auch einige schwierige Veränderungen mit sich  
12 gezogen. Durch die Steigerung des Maximalförderungssatzes von 735 Euro auf 853 Euro, sollen die  
13 Student\*innen finanziell entlastet werden. Die neuen Anpassungen der studentischen  
14 Krankenkassenbeiträge stellen hier nun jedoch mehr Hürde als Hilfe dar.

#### 15 **Die Entscheidung zur passenden Versicherung – Ein einziges Labyrinth**

16 Jede\*r Student\*in wird vor Beginn des Studiums mit vielen wichtig und neuen Entscheidungen  
17 konfrontiert, eine davon ist auch die nach der richtigen Versicherung. Für einige stellt die erste Hürde  
18 dar, ob man in der privaten Krankenversicherung der Eltern bleibt oder nicht. Diese erscheinen mit 80  
19 bis 90 Euro monatlich auch vergleichsweise günstig, bürden den Student\*innen aber dennoch Nachteile  
20 auf. So ist es für Student\*innen, nachdem sie erst einmal ein Studium mit der privaten  
21 Krankenversicherung angefangen haben, nicht mehr möglich in die gesetzliche Krankenversicherung zu  
22 wechseln, sie müssen bis zum Ende ihres Studiums über ihre Eltern versichert bleiben. Dies kann zu  
23 einem unnötig komplizierten und belastenden finanziellen Abhängigkeitsverhältnis führen. Ähnliches  
24 gilt für Beamten-Kinder. Hier übernimmt die Beihilfe zwar erst 80 % der Leistungen, jedoch nur bis  
25 zum 25. Geburtstag. Ab dann muss der Schutz selbst als Vollversicherung gezahlt werden und das bis  
26 zum Ende des Studiums. Hier müssen nicht nur unnötig belastende und nicht mehr zeitgemäße  
27 Altersgrenzen aufgehoben werden, es muss Student\*innen auch flexibel möglich sein, aus der privaten  
28 Krankenversicherung ihrer Eltern in eine gesetzliche Versicherung zu wechseln!

#### 29 **„Diese Studis bekommen mehr Geld, da sollen die auch mehr abgeben“ – Eine verkehrte Logik**

30 Durch die Erhöhung des BAföG hat jede\*r Student\*in, der\*die den Höchsthörsatz bekommt, seit  
31 Oktober 2019 113 Euro mehr auf dem Konto. Da sich der Krankenversicherungssatz für Student\*innen  
32 an dem BAföG Höchstsatz orientiert, wurde auch dieser, wenn auch zum Nachteil der Student\*innen,  
33 angezogen. Student\*innen, die nicht über ihre Eltern versichert sind, über 25 Jahre oder ein Einkommen  
34 von über 450 Euro haben, werden automatisch in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen.  
35 Hier ist ein monatlicher Betrag von 10,22 Prozent des Förderhöchstsatzes zu entrichten, zuzüglich  
36 Zusatzbeiträgen für die Pflegeversicherung. Folglich beläuft sich der neue Satz auf 100 bis 110 Euro.  
37 Diese Anhebung gilt für alle Student\*innen auch diese, die kein BAföG erhalten und von der eigentlichen

38 Erhöhung, die diese Erhebung kompensieren sollte, gar nicht profitieren. Auch für Empfänger\*innen des  
39 BAföG Höchstsatzes sind hier lediglich 84 Euro im Plan für ausgeschrieben.

#### 40 **Handlungsbedarf gesehen – Zu den Vorstößen von Gesundheitsminister Jens Spahn**

41 Das zuletzt im Bundestag beschlossene Gesetz zur Reform der Medizinischen Dienste der  
42 Krankenkassen hat weitere finanzielle Hürden für Student\*innen geschaffen. Zwar ist nun die  
43 Fachsemestergrenze, die dafür gesorgt hat, nach 14 Fachsemestern aus der vergünstigten  
44 studentischen Krankenversicherung zu fallen, abgeschafft, jedoch besteht die Altersgrenze von 30  
45 Jahren weiterhin. Durch die hohen Lebenskosten, dem finanziellen Anstieg der  
46 Krankenversicherungsbeiträge, den neuen Ausbildungs- und Berufsphasen durch die Bologna-Reform,  
47 aber auch so vielen individuellen Gründen kann ein Studium nicht selten erst nach dem 29. Lebensjahr  
48 abgeschlossen werden oder wird einfach erst später aufgenommen. In Zeiten des lebenslangen Lernens  
49 ist es rückständig, Altersgrenzen aufrecht zu erhalten und moderne Bildungsbiografien und  
50 Weiterbildungen so zu torpediert werden.

#### 51 **Daher fordern wir:**

- 52 • Zuzüglich der Abschaffung der Semesterzahl als Begrenzung zur studentischen  
53 Krankenversicherung, auch die Abschaffung der Altersgrenze. Jede\*r Student\*in muss die  
54 Möglichkeit haben, bis zum Ende des Studiums in der studentischen Krankenversicherung zu  
55 bleiben.
- 56 • Eine flexible Wechselmöglichkeit aus der privaten Versicherung in die Gesetzliche auch  
57 während des Studiums. Folgendes: „Davon unangetastet bleibt unsere Forderung nach einer  
58 Bürger\*innenversicherung für alle.
- 59 • Für die Berechnung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung werden alle realen Einkommen  
60 berücksichtigt, insb. auch die Kapitalerträge und Einkünfte aus nebenberufliche Beschäftigung.  
61 So können selbstverständlich auch Beitragssätze unterhalb des aktuellen Beitrages zur  
62 studentischen Krankenversicherung berechnet werden.
- 63 • Neue Finanzierungsmodelle und Absatzmodelle für Nicht-BAföG-Empfänger\*innen.

# Antragsbereich Q: Gute Lehre, Qualitätsentwicklung & Studienreform

## Antrag Q1\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppe TU Darmstadt

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **Q1\_19/2 Prüfungsbedingungen von kommerziellen** 4 **Sprachzertifikaten entgentreten – Alternativen** 5 **für den Nachweis von Sprachniveaus schaffen**

6 Ob bei der Bewerbung für Auslandssemester, Praktika, internationalem Unternehmen und mittlerweile  
7 auch immer öfter bei Bewerbungen für Masterplätze an deutschen Universitäten, ist es häufig  
8 notwendig das eigene Sprachniveau in Englisch oder anderen Fremdsprachen vorzuweisen. Im Regelfall  
9 werden dafür von den Bewerber\*innen Sprachzertifikate angefordert, welche Auskunft über das  
10 jeweilige Sprachniveau geben sollen.

11 Doch Sprachzertifikat ist nicht gleich Sprachzertifikat. Hier gilt es grundsätzlich zu unterscheiden,  
12 zwischen den von Universitäten angebotenen UNlcert-Sprachzertifikaten und Zertifikaten von  
13 kommerziellen Anbietern wie TOEFL (Test of English as a foreign Language) oder IELTS (International  
14 English Language Training System). Bei TOEFL kann dabei zudem zwischen dem ITP (Institutional  
15 Testing Programme) und dem iBT (internet based test) Test unterschieden werden, wobei häufig jedoch  
16 nur der teurere iBT Test anerkannt wird. Kurz gesagt, die derzeitige Lage ist unübersichtlich und bei der  
17 Vielzahl von Tests ist nicht immer klar, welcher Test der richtige ist, um das eigene Sprachniveau  
18 nachzuweisen.

#### 19 **UNlcert – vergleichsweise günstig, dafür aber auch zeitintensiv**

20 UNlcert zeichnet sich dadurch aus, dass es einen vergleichsweise geringen Erwerbspreis hat (an einigen  
21 Universitäten kostenlos, an anderen Universitäten bis zu 20€) und von den meisten Universitäten  
22 angeboten wird. Das Konzept des Zertifikats beruht darauf, dass sich Studierende an ihrer Universität  
23 in ihr aktuelles Sprachniveau einstufen lassen und anschließend den nächsten für sie notwendigen  
24 Sprachkurs besuchen. Im Regelfall gliedert sich dabei eine Sprachstufe in zwei Kurse. Für den Nachweis  
25 des Sprachniveaus B2 wird beispielsweise der Besuch der Kurse B2.1 und B2.2 vorausgesetzt. Werden  
26 beide Kurse bestanden, können Studierende das UNlcert II Zertifikat beantragen. Hieran ist jedoch auch  
27 schon eine Schwäche von UNlcert erkennbar: Es kann sehr lange dauern, bis das Sprachzertifikat  
28 vorliegt, weil zunächst die zwei Sprachkurse besucht werden müssen. Dies kann insbesondere dann  
29 problematisch werden, wenn die angebotenen Sprachkurse nicht zur Abdeckung des Bedarfs von  
30 Studierenden ausreichen. Hinzu kommt bei UNlcert eine geringere Anerkennungsrate bei  
31 internationalen Institutionen oder Unternehmen.

#### 32 **TOEFL und IELTS – hohe Gebühren, schlechte Prüfungsbedingungen**

33 Sprachzertifikate von kommerziellen Anbietern weisen dagegen eine höhere Anerkennungsrate auf.  
34 Allerdings müssen bei TOEFL iBT (345\$ ~ 222€) und IELTS (227€) dafür hohe Gebühren bezahlt werden.  
35 Dabei handelt es sich jedoch nur um die Gebühren, die für die Prüfung und das Zertifikat bezahlt werden  
36 müssen. Da es in vielen kleineren Städten jedoch keine Testzentren gibt, können hier noch Reise- und

37 Übernachtungskosten hinzukommen. So ist schonmal schnell ein Betrag über 300 Euro zusammen, der  
38 für Studierende eine hohe Hürde darstellen kann. Problematisch wird dies vor allem dann, wenn das  
39 benötigte Sprachniveau nicht erreicht wurde und sich die Frage stellt, ob man das Risiko erneut eingehen  
40 möchte, die Gebühr zu bezahlen, ohne sich sicher sein zu können, dass das angestrebte Niveau erreicht  
41 wird.

42 Woraus sich die Gebühr für die Tests zusammensetzt, geben beide Anbieter nicht an. Diese  
43 Intransparenz ist insbesondere dann aber nicht nachvollziehbar, wenn sich die Testbedingungen  
44 angeschaut werden. Während bei TOEFL die Tests an den Computern Erinnerungen an Windows98  
45 wecken, erinnern tragbare CD-Player bei IELTS auch eher an den Englisch-Unterricht in der Schule und  
46 haben mit professionalisierten Prüfungsbedingungen eher wenig zu tun. Hinzu kommen Taschen- und  
47 Körperkontrollen wie sie von Flughäfen bekannt sind. Auch dies ist in einer Drucksituation vor einer für  
48 die Zukunft wichtigen Prüfung nicht unbedingt hilfreich.

#### 49 **Sinn und Zweck von Sprachvoraussetzungen für ein Studium?**

50 Das private Anbieter für Sprachnachweise überhaupt ein Geschäftsmodell haben, ist maßgeblich darauf  
51 zurückzuführen, dass diese Voraussetzung sind, um ein bestimmtes Studium aufzunehmen. Wenn  
52 Hochschulen fremdsprachige Inhalte in ihren Studiengänge anzubieten, sehen sie sich in der Regel dazu  
53 gezwungen, entsprechende Sprachnachweise für die jeweilige Fremdsprache beim Studienbeginn  
54 vorauszusetzen. Teilweise tun sie dies aus gesetzlichem Zwang, teilweise aus einem falschen  
55 Verständnis von Hilfe zur Selbsthilfe heraus.

56 Wir fordern, dass fremdsprachige Inhalte im Studium nicht zu Zugangsvoraussetzungen für die  
57 Aufnahme des Studiums führen dürfen. Stattdessen sollten unverbindliche Empfehlungen für ein  
58 Sprachniveau zur Orientierung der Studienanfänger\*innen ausgesprochen werden.

#### 59 **Was es braucht – flexible und erschwingliche Sprachprüfungen**

60 Die derzeitige Situation für den Erwerb eines Sprachzertifikat zeigt, dass es für Studierende, die  
61 kurzfristig ihre Sprachkenntnisse nachweisen müssen keine erschwingliche Möglichkeit gibt.

62 Deshalb fordern wir

- 63 • die Schaffung eines europaweit geltenden und international anerkannten neuen  
64 Sprachzertifikats, bei welchem die Prüfungen von den Universitäten angeboten werden. Dieser  
65 Test sollte zudem kostenlos sein. Bis zur Einführung eines solchen Zertifikates fordern wir die  
66 Anerkennung aller anderen Sprachnachweise.
- 67 • eine Verbesserung der Prüfungsbedingungen von TOEFL und IELTS. Prüfungen sollen auf dem  
68 neusten technischen Stand abgehalten werden.
- 69 • die Offenlegung der Bestandteile der Prüfungskosten von TOEFL und IELTS.  
70 Beitragsbestandteile die nur aus Gewinnzwecken erhoben werden, sollen gestrichen werden.
- 71 • den Ausbau von UNlcert und den verstärkten Einsatz von Crash-Kursen, um auch den  
72 kurzfristigen Bedarf eines Sprachnachweises über UNlcert abdecken zu können.
- 73 • die Abschaffung von Sprachnachweisen als Zugangsvoraussetzung für die Aufnahme eines  
74 bestimmten Studiums.
- 75 • die Abschaffung der begrenzten Geltungsdauer von Sprachnachweisen,

# Antragsbereich Q: Gute Lehre, Qualitätsentwicklung & Studienreform

## Antrag Q3\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppe Marburg

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **Q3\_19/2 Teilzeitstudium für alle möglich machen**

4 Die Frage, wie sich Menschen ein Leben lang weiterbilden können, ist eine zentrale Frage unserer Zeit,  
5 da klassische Bildungsbiographien (erst Schule, dann Beruf oder Studium) bereits heute vielfach  
6 ausgedient haben. Dabei ist es für die Juso-Hochschulgruppen immer ein Ziel, die Vereinbarkeit von  
7 Studium und Privatleben zu ermöglichen. Ein Bereich, der dafür sehr wichtig sein könnte, aber bisher  
8 leider sehr wenig Aufmerksamkeit erfahren hat, ist das Teilzeitstudium. Es ist zu beobachten, dass es  
9 an Präsenzuniversitäten nur eine sehr geringe Anzahl an Möglichkeiten zum Teilzeitstudium gibt. Auch,  
10 wenn dies an Fernuniversitäten ein bisschen anders aussieht, so sind diese doch meistens mit  
11 Studiengebühren verknüpft und damit sozial selektiv, was für uns kein wünschenswerter Zustand ist.

12 Außerdem ist das Teilzeitstudium häufig mit einem hohen bürokratischen Aufwand verknüpft. So ist es  
13 beispielsweise in Hessen nur unter sehr spezifischen Voraussetzungen möglich, ein Teilzeitstudium zu  
14 beantragen und auch dann nur für die folgenden zwei Semester, wobei für diese Zeit das Vollzeitstudium  
15 in ein Teilzeitstudium umgewandelt wird und es auch bei einer Veränderung der Situation der  
16 Student\*innen nicht möglich ist, in diesem Zeitraum mehr als 50% der für ein Vollzeitstudium  
17 angesetzten ECTS-Punkte zu machen.

18 Hinzu kommt, dass die Student\*innen etwaige Konsequenzen des Teilzeitstudiums für ihr BAföG, ihr  
19 Kindergeld oder die Dauer der studentischen Krankenversicherung selbst zu klären und zu tragen haben.

20 Des Weiteren wird das Teilzeitstudium insgesamt oft behandelt wie ein notwendiges Übel, das neben  
21 dem Vollzeitstudium mitgeschleppt wird, für das aber kein gesonderter Aufwand betrieben wird, was  
22 jedoch nötig wäre, um ein (Teilzeit-)studium auch für Studierende mit Mehrfachbelastungen wie  
23 Berufstätigkeit, Kinderbetreuung etc. adäquat zu machen.

24 Als Juso-Hochschulgruppen setzen wir uns dafür ein, dass

25 • Jede Person berechtigt ist, ein Teilzeitstudium aufzunehmen, nicht nur diejenigen  
26 Student\*innen, die nachweisen können, dass sie aufgrund äußerer Umstände dazu gezwungen  
27 sind.

28 • Mehr und diverse Angebote für ein Teilzeitstudium eingerichtet werden. Dabei soll erreicht  
29 werden, dass es unabhängig von der Studienrichtung die Möglichkeit gibt, ein Teilzeitstudium  
30 an einer staatlichen Universität aufzunehmen und abzuschließen.

31 • Teilzeitstudienangebote so strukturiert werden, dass sie eine ernsthafte Alternative für  
32 Personen mit Mehrfachbelastungen sind. Es gilt dabei auch, Studierenden, die beispielsweise  
33 durch Kinderbetreuung, Pflege oder Berufstätigkeit zeitlich eingeschränkt sind, zu ermöglichen,  
34 an den Veranstaltungen teilzunehmen. Dafür müssen neue Angebote geschaffen werden, die

35 davon abweichen, Vorlesungen, Seminare, Übungen und ähnliches hauptsächlich in der Zeit von  
36 10 bis 16 Uhr stattfinden zu lassen.

- 37 • Eine an die Studienzeit des Teilzeitstudiums angepasste BAföG-Regelung gefunden wird, die  
38 Mehrfachbelastungen berücksichtigt und Personen stärkt, die diesen ausgesetzt sind. Dazu  
39 gehört eine Entkopplung des BAföG von der Regelstudienzeit. Solange diese Kopplung noch  
40 existiert, müssen Teilzeitstudierende mindestens für die im Teilzeitstudium vorgesehene  
41 Regelstudienzeit BAföG erhalten.

# Antragsbereich U: Umwelt, Verkehrspolitik & Mobilität

## Antrag U1\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** AG Nachhaltigkeit der Juso-Hochschulgruppen über den Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **U1\_19/2 Unsere Klimapolitik – eine sozialistische** 4 **Perspektive auf Nachhaltigkeit**

5 Gletscher schmelzen in einem ungeahnten Tempo, Hitze- und Kältewellen häufen sich und Waldbrände  
6 werden teilweise sogar politisch weiter angeheizt. Klimapolitik ist nicht mehr optional, die  
7 Klimakatastrophe rast auf uns zu und wir müssen endlich handeln, um das Schlimmste zu vermeiden.

8 Denn schon heute führen die Extremwetterereignisse zu Hungersnöten, Wasserknappheit und  
9 Krankheiten. Klimawandel ist seit über 20 Jahren eine der häufigsten Fluchtursachen. Denn am  
10 härtesten trifft der Klimawandel diejenigen, die am Wenigsten haben.

11 Hunderttausende Schüler\*innen, aber auch Studierende und Wissenschaftler\*innen weisen jeden  
12 Freitag darauf hin, sie haben die Relevanz dieses Themas erkannt. Eine Generation politisiert sich, weil  
13 ein Thema links liegen gelassen wird, bei dem seit mehr als vierzig Jahren die verheerenden Folgen  
14 bekannt sind. Auch in sozialdemokratischen Parteiprogrammen wurden politische Instrumente gegen  
15 den Klimawandel schon Ende der 80er-Jahre behandelt, in Regierungsverantwortung bekam das Thema  
16 jedoch je nach Koalitionspartner\*in mehr oder weniger Raum. Auch internationale Abkommen wurden  
17 nur selbstverpflichtend, ohne wirkliche Bindung oder Konsequenzen bei Zuwiderhandlung  
18 abgeschlossen, sodass Klimapolitik oft synonym mit Symbolpolitik zu setzen ist.

19 Doch die nicht mehr übersehbaren Konsequenzen, die der Klimawandel heute schon hat, scheinen  
20 Klimapolitik so präsent gemacht zu haben, dass selbst die CSU verstanden hat, dass Umweltpolitik eine  
21 wesentlich größere Rolle spielen muss. An Symbolpolitik scheint jedoch weiterhin kein Weg  
22 vorbeizuführen. Statt mit einem ausgearbeiteten Konzept zu arbeiten, werden Scheindebatten um die  
23 CO<sub>2</sub>-Steuer, das Klimaschutzgesetz oder Elektromobilität geführt. Dabei will jede\*r die Einschnitte  
24 überall, nur nicht bei sich tätigen, sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene.

25 Auch die SPD schien lange keine konkretisierte Haltung oder Richtung in dieser Legislaturperiode zu  
26 haben, was sich jedoch im Juni zumindest teilweise mit einem Beschluss des Präsidiums änderte.  
27 Danach haben Umweltschutz- und Arbeitspolitik Hand in Hand zu gehen. Die Arbeit des Präsidiums  
28 mündete im September dann in der Verabschiedung des Klimapakets durch die Bundesregierung. In  
29 diesem Klimapaket wurde eine CO<sub>2</sub>-Abgabe beschlossen, die zaghaft von 10 € 2021 auf 35 € pro Tonne  
30 CO<sub>2</sub> bis 2025 steigen soll. Je nach Expert\*innenmeinung liegt der reale Preis aber bei 180€ bis 640€.  
31 Dabei braucht jedoch die soziale Gestaltung von Umweltpolitik Maßnahmen, die über die CO<sub>2</sub>  
32 hinausgehen. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe schießt also vollkommen an der Realität vorbei. Auch in Sachen Mobilität  
33 wird durch die Erhöhung der Pendler\*innenpauschale und dem Festhalten an der Elektroautoförderung  
34 auf motorisierten Individualverkehr gesetzt, anstatt dass Verkehrsminister Scheuer wirksame Pläne zu  
35 alternativer Mobilität ausarbeitet. Das Klimapaket betrachtet vom Präsidiumsbeschluss zeigt, dass  
36 zusammen mit der Union Klimapolitik größtenteils wenig effektive Symbolpolitik bleiben wird. Die  
37 Klimakrise wird von der Union nicht ernst genommen – dass ein systemischer Wandel notwendig ist,  
38 wird von ihr erfolgreich ignoriert.

## 39 **Der Status quo**

40 Die Weltbevölkerung wächst stetig, gleichzeitig wächst auch die Wirtschaft, insbesondere im globalen  
41 Süden, der dem wirtschaftlichen Reichtum des globalen Nordens nachziehen will. Doch  
42 Wirtschaftswachstum benötigt neben Arbeitskräften, die hierdurch ihre Existenzgrundlage sichern, auch  
43 Rohstoffe, in Form von Kohle, seltenen Erden oder landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Deren Herstellung  
44 oder Erschließung geht wiederum fast immer mit klimaschädlichem Verhalten einher. Debatten um  
45 Umweltschutz werden entsprechend oft so geführt, dass Umwelt- und Arbeitnehmer\*innenschutz  
46 gegeneinander ausgespielt werden, obwohl bei guter Politik das Gegenteil der Fall sein kann. So halfen  
47 Subventionen für erneuerbare Energien dabei, zehntausende Arbeitsplätze zu schaffen, die nun durch  
48 die Streichung dieser Subventionen wieder verloren gehen.

49 Diesen Widerspruch müssen wir auflösen. Die tatsächliche Debatte muss stattdessen um den  
50 Widerspruch von Umweltschutz und der kapitalistischen Struktur unseres Wirtschaftssystems geführt  
51 werden. Dabei wird im Folgenden auf verschiedene Lösungsansätze dieses Widerspruchs eingegangen.  
52 Jedoch kann eine akute Problemlösung durch eine sozial-ökologische Transformation unserer  
53 Gesellschaft nicht allein über das Wirtschaftssystem funktionieren. Wir brauchen stattdessen nicht nur  
54 eine sozialistische, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche, feministische, internationalistische und  
55 antifaschistische Perspektive auf Nachhaltigkeitspolitik.

## 56 **Sozialismus als Antwort auf den Klimawandel**

57 Anstatt die Alarmglocken zu läuten, scheint es verlockender zu sein, sich auf technische Innovationen  
58 zu verlassen. Wir sind auf dem Mond gelandet, wir haben das Internet erfunden und nun muss eben das  
59 Klima verändert werden. Ob durch Geoengineering oder dem Verlass darauf, dass eine wesentlich  
60 höhere Rohstoffeffizienz erreicht werden kann – besonders aus einer liberalen Perspektive scheint die  
61 Stütze auf technische Innovationen attraktiv zu sein. Denn die Wirtschaft kann durch die Forschung  
62 angekurbelt und nervige Regulierungen oder gar Verbote können umgangen werden.

63 Forschung zu Effizienz findet, auch privat gefördert, in großem Umfang statt. Doch statt auf  
64 Rohstoffeffizienz zu setzen, liegt der Schwerpunkt meistens darauf, die teuren Personalkosten zu  
65 reduzieren, nicht selten auf Kosten eines höheren Rohstoffverbrauchs. Außerdem wirkt hier **Jevons**  
66 **Paradox**; wenn eine Technik zu einer höheren Rohstoffeffizienz führt, also einer relativen Reduktion der  
67 benötigten Rohstoffe, sorgt dies in vielen Fällen dafür, dass absolut trotzdem mehr Rohstoffe  
68 verbraucht werden:

69 Die **Effizienzsteigerung** von Kohleöfen sorgte schon im 19. Jahrhundert dafür, dass mehr Kohleöfen in  
70 Betrieb genommen wurden, weil sich durch sie nun günstiger Energie herstellen ließ. Ähnliches findet  
71 sich heute auch bei Flugreisen oder in höheren Computerleistungen. Eine relative Effizienzsteigerung  
72 kann also nie ohne ihre absoluten Auswirkungen betrachtet werden.

73 Zusätzlich kann ein permanenter Fokus auf die Ökonomie von Forschungsergebnissen dazu führen,  
74 dass alternative Ansätze nicht ausreichend (finanziell) gefördert werden. Forschung muss über die  
75 finanzielle Verwertbarkeit hinaus auch eine nachhaltige Perspektive mitdenken, die  
76 **Forschungsförderungen** müssen hierbei weiter ausgebaut werden.

77 Ein weiterer Punkt, der im Bereich der technischen Innovationen zu diskutieren ist, ist der des Geo-  
78 Engineerings. Jedoch stellt sich hierbei immer die Frage der ethischen Vertretbarkeit einerseits und  
79 andererseits, inwiefern Klimawandel durch Geo-Engineering nachhaltig aufgehalten werden kann.  
80 Grundsätzlich muss das Geo-Engineering in zwei verschiedene Kategorien unterteilt werden. Zum einen  
81 gibt es die Methode des Carbon Dioxide Remove, kurz CDR, zum anderen wird der Ansatz des Solar  
82 Radiation Management (SRM) verfolgt.

83 Ziel der **Carbon Dioxide Remove** Methode ist es, die Konzentration der atmosphärischen Treibhausgase  
84 zu reduzieren. Diese Methode soll Kohlenstoffdioxid reduzieren, in dem biologische Vielfalt gewahrt,  
85 Ressourcen nachhaltig genutzt und sich sinnvoll an das sich verändernde Klima angepasst wird.  
86 Konkrete Beispiele für diesen Ansatz sind die Düngung der Ozeane oder auch die Aufforstung von  
87 Wäldern. **Solar Radiation Management** sieht vor, dass mittels Technologien die Sonneneinstrahlung auf  
88 die Erde stärker reflektiert wird, sodass die Strahlung innerhalb unserer Atmosphäre abnimmt.  
89 Hierdurch soll ein allgemeiner Temperaturanstieg auf der Erde verhindert werden. Es gibt auch hierbei  
90 verschiedenste technische Ansätze, jedoch haben sie alle gemein, dass es sich um direkte Eingriffe in  
91 die Natur handelt. So wird beispielweise die technische Aufhellung von Wolken diskutiert, um  
92 Sonnenstrahlen zu reflektieren. Dieser direkte technische Eingriff in natürliche Prozesse des Planeten  
93 ist kritisch zu bewerten, denn zum einen ist die Forschung in diesem Bereich noch nicht ausreichend  
94 ausgereift – welche ungewünschten Nebeneffekte zu erwarten sind, ist nicht klar. Zum anderen stellt  
95 sich die Frage, wer hinterher die Kontrolle hat, über diese technische Manipulation zu entscheiden und  
96 in welcher Form hierdurch die Abhängigkeitsverhältnisse von Staaten untereinander entstehen oder  
97 weiter verstärkt werden.

98 Von einigen politischen Akteur\*innen wird seit der Wirtschaftskrise 2008 überwiegend aus Europa und  
99 den USA der **Green New Deal** ausgerufen. Danach wird Klimaschutz mit einem Konjunkturprogramm  
100 verbunden. Angelehnt an den New Deal von Roosevelt soll so, um die weiter steigende Weltbevölkerung  
101 zu versorgen, die Übernutzung natürlicher Ressourcen verhindert werden. Gleichzeitig wären steigende  
102 Wachstumsraten und die Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen erforderlich. Dafür müsste  
103 konsistenter und effizienter gewirtschaftet werden und Wirtschaftswachstum wäre von materiellen  
104 Gütern zu entkoppeln und durch Dienstleistungen zu ersetzen.

105 Dieser Ansatz greift zu kurz - ohne internationale Zusammenarbeit, werden umweltschädliche  
106 Wirtschaftszweige aus Industriestaaten noch häufiger in das Ausland verlagert werden. Ferner müsste  
107 für kontinuierliches Wirtschaftswachstum die Ressourceneffizienz ebenso kontinuierlich steigen.  
108 Einerseits kann Effizienz nicht über 100 Prozent hinausgehen, andererseits gilt auch hier Jevons'  
109 Paradox. Und eine internationale Verlagerung der Wirtschaft von materiellen Gütern hin zu einer  
110 Dienstleistungsweltgesellschaft, schein weit gegriffen. Der Green New Deal schreibt die kapitalistische  
111 Wachstumslogik auf der Grundlage der kapitalistischen Produktions- und Konsumweise „grün“ fort. Ein  
112 wirklicher Wechsel der Lebensweise wird umgangen. Doch zu schätzen ist die soziale Komponente, die  
113 arbeitnehmer\*innenfreundliche Politik mit Klimaschutz eng verzahnt. So kann der Green New Deal zwar  
114 ein erster Schritt hin zu nachhaltiger Politik sein, eine wirklich langfristige Lösung der ökologischen Krise  
115 ist über diese Strategie aber nicht zu erreichen.

#### 116 **Konsumkritik – macht Kleinvieh auch Mist?**

117 Bei Konsumkritik stehen die Konsument\*innen im Mittelpunkt der klimapolitischen Verantwortung. Mit  
118 jedem Einkauf wählen sie klimafreundlich oder -schädlich. Dabei wird sich auf Konsum jeglicher Art  
119 bezogen, ob Lebensmittel, Kleidung oder auch Mobilität - wer Fleisch isst, viel bei H&M kauft oder fliegt,  
120 verhält sich moralisch falsch. Moralisch richtig handeln danach alldiejenigen, die minimalistisch leben,  
121 regional und bio kaufen und wenn sie überhaupt fliegen, für den Ausgleich Bäume pflanzen lassen.

122 Konsumkritik setzt jedoch einiges voraus. So müssen Verbraucher\*innen zunächst die Ressourcen  
123 haben, sich über ihren Konsum zu informieren, also Zeit sowie den Zugang zu Informationen. Nicht zu  
124 unterschätzen ist außerdem der finanzielle Aufwand, den Konsum immer mit sich bringt. Schließlich ist  
125 unter diesen Aspekten die Wirkung von Konsumkritik zu hinterfragen.

126 Schon an der Zeit, scheitert Konsumkritik bei vielen Verbraucher\*innen. Wie viele Unverpackt-  
127 Supermärkte gibt es außerhalb von Berlin? Wer hat die Zeit, die eigene und bestenfalls auch noch die  
128 Ernährung der Kinder vollständig von omnivor auf vegan umzustellen? Aber auch Informationen zu

129 Kleidung, die nachhaltig hergestellt wurde, ist aufgrund undurchsichtiger Lieferketten, kaum  
130 nachvollziehbar. Der neu eingeführte Grüne Knopf ist dabei auch nur eine kleine Hilfe, die in dem  
131 Zertifikate-Urwald mit verschiedenen sozialen oder nachhaltigen Schwerpunkten untergeht.

132 Aber auch der finanzielle Aufwand ist nicht zu unterschätzen. Unverpacktläden sind nicht nur schlechter  
133 zu erreichen, sondern auch teurer als der nächste Supermarkt, vegane Produkte sind weniger  
134 subventioniert als Tierprodukte und somit ist Hafermilch häufig teurer als Kuhmilch. Und selbst Flüge  
135 kosten innereuropäisch, oft auch im Inland, weniger als eine Fahrt mit der Bahn.

136 Schließlich müsste auch die Wirkung von Konsumkritik ein relevantes Ausmaß erreichen. Konsumkritik  
137 folgt einem nachfrageorientierten Wirtschaftssystem, das den\*die Verbraucher\*in als für den Markt  
138 ausschlaggebend sieht. Die Macht der Endverbraucher\*innen wird hierbei maßlos überschätzt. Hierbei  
139 wirken die vorher aufgezählten Argumente kumuliert. Es fehlt oft der Zugang zu Informationen, den es  
140 für „reflektierten“ Konsum braucht, genauso wie ein entsprechendes bezahlbares Alternativangebot.  
141 Auch funktioniert Konsumkritik nur, wenn eine große Masse an Menschen ihr Konsumverhalten  
142 nachhaltig verändert. Dies allein über moralisierende Anschuldigungen erreichen zu können, ist  
143 unrealistische und somit keine Antwort auf die sich aufdrängende Klimafrage.

144 Die oft aus der Konsumkritik entstehenden moralisierenden Argumentationen sind zudem für die  
145 meisten Menschen abschreckend. Auch werden die moralisierenden Argumentationen in den  
146 seltensten Fällen konsequent durchgehalten, schon weil manch klimaschädliches Verhalten nur über  
147 unverhältnismäßige Anstrengung verhindert werden kann. Weiter gibt ein vermeintlich klimaneutrales  
148 Verhalten oft ein falsches gutes Gewissen, so scheint die umweltpolitische Arbeit häufig mit dem Ess-  
149 und Mobilitätsverhalten abgeschlossen zu sein. Doch können strukturelle Veränderungen für die  
150 Allgemeinheit eine wesentlich größere Kraft entfalten als singuläre Verhaltensänderungen, die  
151 abschreckend moralisierend nach außen getragen werden.

152 Viele Ansätze der Konsumkritik sind nämlich nicht vollkommen zu ignorieren. Nur muss der Ansatz aus  
153 einer anderen Perspektive kommen. Statt die Verantwortung allein bei den Verbraucher\*innen zu sehen,  
154 kann ökologisch-nachhaltiges Verhalten routiniert werden, nicht allein bei den Verbraucher\*innen,  
155 sondern in viel größerem Anteil bei Konzernen durch entsprechenden Regularien und Gesetze.

156 Routinen können für die unterschiedlichsten Lebenssituationen aufgebaut werden, im Folgenden  
157 geschieht dies am Beispiel Wohnraum. So könnte beispielsweise die Wohnpauschale im BAföG Satz,  
158 nach einer angemessenen Erhöhung, für gut isolierten Wohnraum erhöht werden. Durch eine  
159 entsprechende Erhöhung der Hartz IV Wohnpauschale ist isolierter Wohnraum schon in Bielefeld  
160 zumindest in Sozialwohnungen Standard geworden. Umweltfreundliche, klimaneutrale oder regional  
161 hergestellte Lebensmittel könnten über einen geringeren Steuersatz oder durch Subventionen  
162 vergünstigt und somit finanziell einfacher zugänglich gemacht werden. Und schließlich kann auch grüne  
163 Mobilität ausgebaut und erschwinglicher gemacht werden. Ziel muss sein, den öffentlich Nah- und  
164 Fernverkehr langfristig kostenlos anbieten zu können. Zusätzlich muss aber der ländliche Bereich  
165 besser angeschlossen und die Taktung insgesamt erhöht werden. Aber auch Nachtzüge müssen  
166 wiedereingeführt und die Schienennetze europäisch koordiniert ausgebaut werden. Kleiner gedacht  
167 können auch bspw. Fahrradwerkstätte an Hochschulen aufgebaut werden.

168 Auf diese Weise kann sich das Verhalten der Gesellschaft flächendeckend verändern, wobei wir uns  
169 auch hier bewusstmachen müssen, dass dies nur ein Aspekt von vielen klimapolitischen Arbeitsweisen  
170 ist.

## 171 **Das Wachstumsparadox**

172 Wie schon zu Anfang angedeutet – stetiges Wachstum ist nicht ökologisch nachhaltig, gleichzeitig aber  
173 für dauerhaften und flächendeckenden Wohlstand notwendig zu sein. Und besonders solange, wie die

174 Weltbevölkerung wächst, schließen sich Nachhaltigkeit und der auf Wachstum basierende Kapitalismus  
175 aus. Denn eine Postwachstumsgesellschaft würde auf einer geringeren Nachfrage beruhen, die  
176 wiederum weniger Arbeitsplätze mit sich zieht, wodurch weniger Wettbewerbsfähigkeit schließlich in  
177 einer Rezessionsspirale münden würde. Dagegen steht das Wirtschaftswachstum, das zu einem immer  
178 weiter steigenden Ressourcenverbrauch, der zu Extremwetterereignissen, einem höheren Meeresspiegel  
179 und weiteren Klimakatastrophen führt, was wiederum die Lebensbedingungen für Menschen stark  
180 verschlechtert insbesondere für die eh schon finanziell Schwächeren – es besteht ein  
181 Wachstumsparadox.

182 Die Variable, die zwischen ökologischer Nachhaltigkeit sowie dem Wirtschafts- und  
183 Bevölkerungswachstum steht, ist die der technischen Innovation, die absolut die Rohstoffeffizienz so  
184 steigern müsste, dass sie Wachstum und Nachhaltigkeit in einen Ausgleich bringt. Eine so starke  
185 Effizienzsteigerung ist aus heutiger Perspektive jedoch nicht vorstellbar, zwar kann sie nicht  
186 ausgeschlossen werden, doch sollten wir uns nicht auf diese wahrscheinlich nicht erreichbare Art von  
187 technischer Innovation verlassen.

188 Eine Lösung zum Wachstumsparadox zu finden ist zu Zeit nicht möglich. Weder technische  
189 Innovationen, ein Abschied vom Wachstum oder schlicht die Leugnung des Klimawandels sind für sich  
190 keine sinnvollen Strategien. Es gibt kein Patentrezept, um das Wachstumsparadox aufzulösen, auch  
191 wenn verschiedene Ansätze diskutiert werden. Ob Wohlstands- oder Glücksgesellschaft, viele dieser  
192 Ansätze erscheinen unrealistisch und utopisch. Aber allein aufgrund fehlender Alternativen sollten wir  
193 sie diskutieren, ohne jedoch einen kritischen Blick dafür zu verlieren. Denn insbesondere klimapolitische,  
194 systemverändernde Vorschläge aus einer globalisierungskritischen Perspektive, gehen oft einher mit  
195 einer regressiven, personalisierten, antisemitischen Kapitalismuskritik.

196 Auch hat Systemkritik allein, auch die, die nicht antisemitisch ist, eine geringe Chance rechtzeitig  
197 umgesetzt zu werden. Verbunden mit der vorher angesprochenen Bottom Up Politik, können hier jedoch  
198 Ansätze entwickelt und umgesetzt werden, direkt vor Ort, an unseren Hochschulen.

199 So können einerseits Systeme, Ideen oder Techniken entwickelt werden. Gleichzeitig können auch hier  
200 Akzente gesetzt werden, indem Routinen eingeübt werden, die die Studierenden mit in ihren (Berufs-)  
201 Alltag und damit in vielfältige Strukturen tragen können. Denn die meisten Personen, die Entscheidungen  
202 tätigen, waren mindestens drei oder vier prägende Jahre an einer Hochschule, was kritisch zu  
203 betrachten ist. Es ist entscheidend, in der Hochschulausbildung ein ökologisches und solidarisches  
204 Bewusstsein zu entwickeln.

205 Wir müssen also weiter nach Gesellschaftsideen suchen und ihre Umsetzbarkeit hinterfragen, können  
206 aber an der Hochschule schon eine Routine anstoßen, die langsam aber stetig Wandel fördert.

### 207 **Eine feministische Perspektive auf Nachhaltigkeit**

208 Aber auch eine feministische Perspektive darf bei der Diskussion um Klimapolitik nicht fehlen. Denn zu  
209 kurz gedachte Klimapolitik und die Folgen des Klimawandels treffen mit besonderer Härte Frauen,  
210 dadurch, dass sie die Auswirkungen patriarchalischer Strukturen verstärken. Die schon beschriebene  
211 Konsumkritik, die sich immer häufiger in unseren Alltag einschleicht, trifft überwiegend Frauen. Denn  
212 als die Personen, die die meisten Care Arbeit leisten, sind sie die Endverbraucher\*innen, die den Konsum  
213 verändern können. Das heißt, dass sie Müll sortieren müssen, die Ernährung meist einer ganzen Familie  
214 umstellen sollen oder für Einkaufskäufe kritisiert werden. Die Verantwortung liegt also weit  
215 überwiegend auf den Schultern von Frauen, was die Auswirkungen der unfairen Verteilung von Care  
216 Arbeit verstärkt.

217 Aber auch aus einer internationalen Perspektive verstärkt der Klimawandel die Wirkung  
218 patriarchalischer Strukturen. Frauen haben in Teilen des globalen Südens weiterhin weniger

219 Eigentumsrechte. Es fliehen aus verschiedenen Gründen, das Patriarchat als einer der wesentlichsten,  
220 bedeutend mehr Männer als Frauen wegen der Auswirkungen des Klimawandels. Zusammen führt dies  
221 dazu, dass Frauen Land bewirtschaften, das ihnen nur in einer rechtlichen Grauzone gehört und sie für  
222 die Landwirtschaft meist nötigen Kredite nicht aufnehmen können, wodurch für viele Frauen und ihre  
223 Familien existenzielle Unsicherheiten bestehen.

224 Außerdem sind in den Entscheidungspositionen von NGOs aber auch auf Klimakonferenzen oder in  
225 Umweltministerien, trotz der besonderen Betroffenheit von Frauen, weiterhin wesentlich weniger Frauen  
226 vertreten als Männer. Dem Gegenüber ist das Engagement von überwiegend jungen Frauen in der  
227 Klimapolitik zu stellen. In weniger einflussreichen Positionen sind nämlich überwiegend Frauen  
228 vertreten, beispielsweise sind 70% der Fridays For Future Demonstrierenden weiblich.

229 Dass die mühsame Beinarbeit in den meisten Fällen von Frauen übernommen wird, lässt sich auch am  
230 CO<sub>2</sub>-Fußabdruck erkennen, der bei Frauen im Schnitt niedriger ist. Sie reflektieren ihr eigenes Verhalten  
231 häufiger, was unter anderem auch dafür sorgt, dass je größer die Geschlechtergerechtigkeit in einem  
232 Land, desto kleiner der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck insgesamt ist.

233 Eine feministische Perspektive ist in der Klimapolitik also unerlässlich. Nicht nur sind Frauen aufgrund  
234 patriarchalischer Strukturen härter vom Klimawandel betroffen, sie sind maßgeblich für effektivere  
235 Klimapolitik verantwortlich.

#### 236 **Klimapolitik? Kann nur international umgesetzt werden**

237 Der Klimawandel ist ein grenzüberschreitendes, globales Problem, der nur somit auch nur  
238 grenzüberschreitend und global gelöst werden kann. Er verursacht weltweite Herausforderung mit  
239 lokalen, subnationalen, nationalen, regionalen und internationalen Dimensionen. Eine funktionierende  
240 Umweltpolitik und ökologische Nachhaltigkeit setzen internationale Partnerschaften und  
241 Zusammenarbeit voraus; in der Politik, in der Wirtschaft und insbesondere in der Wissenschaft, in der  
242 der Austausch und das gegenseitige Lernen von zentraler Bedeutung sind. In Wissenschaft und  
243 Forschung unter Einbeziehung aller Generationen, Geschlechtergerechtigkeit, über Partizipation und  
244 vollständiger Transparenz muss eine soziökonomische und umweltrelevante Perspektive geschaffen  
245 werden. Nur so kann ein Fachdiskurs hervorgebracht werden, der die Mittel hat, diese globale  
246 Herausforderung zu bewältigen. Der Fokus muss dabei auf einer internationale, nicht bloß binationale  
247 Zusammenarbeit liegen.

248 Ein erster Schritt ist hierbei das Forschungsprogramm der Europäischen Union Horizon 2020, das mit  
249 vier von seinen fünf Missionsgebieten, Klimawandel, Krebs, Ozeane, CO<sub>2</sub>-Neutralität und Ernährung, in  
250 die Debatte rund um das Thema ökologische Nachhaltigkeit einsteigt. Hier wird eine offene  
251 Wissenschaft zumindest teilweise gefördert, denn obwohl sie an den innereuropäischen Grenzen nicht  
252 Halt macht, bestehen die außereuropäischen Grenzen weiterhin. Neben dem positiv hervorzuhebenden  
253 Anwendungsbezug, der hier gefördert wird, ist aber auch das Ziel der Exzellenz über Leuchtturmprojekte  
254 kritisch zu betrachten. Nur eine breit aufgestellte Wissenschaft kann auf die unzählig verschiedenen  
255 Herausforderungen des Klimawandels reagieren.

256 Dass ein globaler Blick im Umweltschutz relevant ist, zeigt uns auch der Aufschrei um die Waldbrände  
257 in Brasilien. Während in Europa die Wälder sterben, brennen in Südamerika und Afrika Wälder in  
258 unvorstellbarem Maße. Dass diese durch die Politik vor Ort eher weiter angeheizt, als eingedämmt  
259 werden, weist auf ein weiteres, international anzugehendes Problem hin. Denn während im globalen  
260 Norden ein Großteil des entstandenen Reichtums auf der massiven Umweltzerstörung in den letzten  
261 150 Jahren beruht, haben sich die Länder des globalen Südens bisher verhältnismäßig umweltfreundlich  
262 verhalten. Um diese Ungerechtigkeit auszugleichen, hat der globale Norden wesentlich mehr  
263 Ressourcen zur Bekämpfung des Klimawandels einzusetzen und den globalen Süden in seinen

264 Bemühungen zu unterstützen, sich nicht genauso umweltzerstörerisch zu verhalten, nicht ohne eine  
265 soziale Perspektive aus den Augen zu verlieren. Wir müssen beachten, dass Subventionierungen von  
266 Lebensmittelherstellung zu einem erhöhten Export insbesondere in Ländern des globalen Südens führen  
267 können und dadurch hohe Klimakosten auf mehreren Ebenen verursacht werden. Importierte  
268 Lebensmittel können dort so günstig angeboten werden, dass sie den Preis der durch lokale  
269 Landwirtschaft erzeugten Lebensmittel deutlich unterschreiten. Dadurch wird lokale, meist  
270 klimafreundlichere Landwirtschaft verdrängt und die Menschen vor Ort werden ihrer Existenzgrundlage  
271 beraubt.

272 Die Relevanz der internationalen Perspektive erkennt man vor allem daran, dass die CO<sub>2</sub>-Ausstoß  
273 Bilanzen von Ländern des globalen Nordens häufig dahingehend geschönt sind, dass durch hohen  
274 Import von Gütern und Export von Abfallgütern die großen CO<sub>2</sub> Emissionsursachen "outgesourced"  
275 worden sind. Hier ist der sonst irreführende CO<sub>2</sub> Fußabdruck als gutes Messkriterium anzuwenden

276 Der Klimawandel ist ein globales Problem, das, wie schon bei der feministischen Perspektive  
277 herausgearbeitet, bestehende Benachteiligungen verstärkt. Der Klimawandel ist einer der größten  
278 Fluchtgründe, übrigens ohne als solcher rechtlich anerkannt zu sein. Wer in Armut lebt, kann sich  
279 weniger gut vor Extremwetterereignissen oder klimabedingten Krankheiten schützen. Landwirtschaft  
280 gestaltet sich im Klimawandel immer schwieriger, was besonders ärmere, von ihrer Landwirtschaft  
281 abhängige, Staaten betrifft.

282 Der Klimawandel kann nur gemeinsam angegangen werden, jeder Staat muss entsprechend seiner  
283 Möglichkeiten, Verantwortung übernehmen. Deswegen sind die zunehmenden nationalen Bewegungen  
284 auch aus einer klimapolitischen Perspektive mit größter Vorsicht zu betrachten.

## 285 **Umweltschutz ist Antifaschistisch**

286 Nationalismus und Umweltschutzpolitik vertragen sich also aus einer Klimaschutzperspektive schlecht.  
287 Doch auch aus dem Blick der Rechtspopulist\*innen widerspricht Klimaschutz der eigenen Ideologie.  
288 Denn während der Rechtspopulismus eine zunehmende Besinnung auf nationale Grenzen, staatliche  
289 Souveränität und Eigenverantwortung fordert, braucht Klimaschutz grenzüberschreitende, solidarische  
290 Politik. Den Klimawandel an sich zu leugnen, passt dann nicht nur zu der Affinität zu alternativen Fakten  
291 rechter politischer Bewegungen oder Parteien, sondern auch zum nationalen Narrativ.

292 Empfänglich sind hierfür besonders die, deren Existenzgrundlagen in klimaschädlichen Branchen  
293 bestehen. Eine Gegenstrategie kann nur eine solidarische, soziale Klimapolitik für die  
294 Arbeitnehmer\*innen klimaschädlicher Branchen sein. Denn egal ob die Regenwaldrodungen durch  
295 Bolsonaro, der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen durch Donald Trump oder die Nutzung  
296 alternativer Fakten durch rechte Akteur\*innen - die neue Rechte zeigt immer wieder, dass sie  
297 Umweltschutz für irrelevant hält. Am Beispiel der AfD soll hierbei das Verhältnis von Rechtspopulismus  
298 und Klimaschutz nachgezeichnet werden.

299 Für die AfD ist Naturschutz eher Heimatschutz, der von einer nationalromantischen Naturvorstellung  
300 geprägt ist. Dabei wird die Wirkung von CO<sub>2</sub> verharmlost, es wäre doch notwendig für das  
301 Pflanzenwachstum. Außerdem erklärt die AfD den günstigen Braunkohlestrom als regionale  
302 Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherheit, wobei hier der Bezug zur heimischen Energiequelle als  
303 nationales Gut hergestellt wird. Diese positive Einstellung zu Kohlestrom steht rein faktisch im  
304 Widerspruch zum Anspruch, sich dem Natur- und Heimatschutz widmen zu wollen. Weiter wird sich  
305 widersprochen, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien kritisiert wird, der einerseits zu steigenden  
306 Strompreisen führe, er aber außerdem auch der Natur und der Landwirtschaft Schäden zufügen. Dass  
307 dies bei der Förderung und Nutzung von Braunkohle wesentlich stärker der Fall ist, wird hierbei ignoriert.  
308 Im Parteiprogramm wird Klimawandel nicht erwähnt, dafür haben sich Parteimitglieder immer wieder

309 mindestens kritisch gegenüber der Existenz des anthropogenen Klimawandels und seiner Relevanz für  
310 die nächsten Jahrzehnte geäußert.

311 Der Nationalismus und ein abstruses Bild von Heimat, der Hang zu alternativen Fakten und der  
312 Antiintellektualismus der Rechtspopulist\*innen zeigen, dass Klimapolitik immer auch antifaschistisch  
313 sein muss.

314 **Wir brauchen eine breite Analyse**

315 Um die Klimakrise zu bewältigen, die schon im vollen Gange ist, brauchen wir eine vielseitige Analyse.  
316 Die Patentlösung ist noch nicht gefunden, doch eine Richtung, in die wir uns bewegen müssen, um den  
317 Klimawandel aufzuhalten, ist erkennbar. In diese Richtung müssen wir gehen und dabei die  
318 sozialistische, feministische, internationalistische und antifaschistische Perspektive im Blick behalten.

# Antragsbereich U: Umwelt, Verkehrspolitik & Mobilität

## Antrag U4\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Sachsen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **U4\_19/2 Mobilität im Wandel**

4 Mobilität verbindet das Land mit der Stadt, Städte untereinander und verwischt die Grenzen zwischen  
5 Nationalstaaten. Mobilität ist ein menschliches Bedürfnis, das schon immer wichtig war und unsere  
6 Gesellschaft verbindet – wir haben Freundschaften und soziale Kontakte in der ganzen Welt, Arbeiten  
7 heute von hier und morgen von dort, dazu kommt ein Kurzerholungsurlaub im Nachbarland.

8 Zudem gilt: Mobilität ist Grundrecht. Arbeit, Schule, Uni, aber auch Supermärkte oder ein Kino muss  
9 physisch erreichbar sein. Für Teilhabe an der Gesellschaft ist Mobilität ein Muss. Wir müssen also  
10 nachhaltig soziale Strategien finden, die allen diese Teilhabe ermöglicht.

11 Unsere Gesellschaft wird immer mobiler und das ist gut so. Jedoch darf Mobilität nicht zu Lasten der  
12 Umwelt und der Lebensqualität erfolgen. Mit dem Klimaabkommen von Paris und dem Klimaschutzplan  
13 2050 verpflichteten wir uns zur Treibhausgasneutralität. Doch gerade unser Verkehrssektor hinkt diesen  
14 Versprechen hinterher – die Emissionen auf unseren Straßen haben sich seit 1990 nicht verringert,  
15 sondern sind angestiegen. Dies liegt auch an der Bedeutung von fossilen Brennstoffen im Energiemix  
16 des Verkehrswesens; klimaschädliche Kraftstoffe werden aber keinen Platz in einer zukunftsfähigen  
17 Mobilitätsstrategie finden können.

18 Die Bedeutung des PKW wird sich damit verändern müssen: Viele Menschen überdenken die Rolle des  
19 eigenen Autos als Statussymbol bereits. Daneben wächst die Bereitschaft der Bevölkerung auf das  
20 eigene Auto zu verzichten und stattdessen Angebote des öffentlichen Personenverkehrs zu nutzen,  
21 stetig. Jedoch müssen dafür die Rahmenbedingungen stimmen: Pünktlichkeit, Geschwindigkeit,  
22 Bequemlichkeit und angemessene Preise sind Schlüsselfaktoren der postfossilen Mobilität.

23 Neben wachsendem Verkehrsaufkommen ändern sich unser Mobilitätsverhalten und unsere  
24 Mobilitätsgewohnheiten. Künftig werden wir nicht mehr mit dem einen Verkehrsmittel – dem Auto –  
25 von Start bis Zielort fahren, sondern multimodal mit mehreren Verkehrsmitteln die Reisedecke  
26 überwinden: Mit dem Leihfahrrad zur Haltestelle, von dort weiter auf der Schiene und letztlich mit einem  
27 Elektroroller zum Ziel.

#### 28 **Klimaneutrale Mobilität – Jetzt!**

29 Unsere Mobilität muss klimaneutral werden – sofort! Verkehrsemissionen machen ein Fünftel der weltweit  
30 produzierten Treibhausgase aus. Es ist an der heutigen jungen Generation, den menschengemachten  
31 Klimawandel zu bekämpfen und abzuwenden. Es ist an dieser jungen Generation, die Reformen  
32 nachzuholen, die in den letzten Jahrzehnten nicht energisch genug vorangetrieben und durchgesetzt  
33 wurden. Die Chance einer Mobilitätswende ohne Härte haben wir verpasst. Die Zeit der Bequemlichkeit  
34 ist abgelaufen. Zumindest aus der Perspektive der Finanzministerien. Diese Mobilitätswende wird teuer.  
35 Für die Endverbraucher\*innen kann es dagegen bequem werden. Es muss weniger Auto gefahren  
36 werden, stattdessen können Pendler\*innen im Zug schlafen, Radfahren wird sicherer und verknüpfte  
37 Verkehrsplanung wird einfacher zugänglich.

38 Dabei müssen sich unsere Prioritäten ändern: Verkehr muss in erster Linie klimaneutral und mit  
39 möglichst kleiner Umweltwirkung erdacht werden. Danach wird es unsere Aufgabe sein die  
40 Vielschichtigkeit des Themas in einer zukunftsfähigen Mobilitätsstrategie zu verankern. Klimaneutrale  
41 Mobilität? Das bedeutet weder das Ende des motorisierten Individualverkehrs noch eine dauerhafte  
42 Einschränkung unseres Reiseverhaltens. Nichtsdestotrotz wird es dabei kurzfristig spürbare  
43 Veränderungen und Einschnitten in unsere gewohnten Fortbewegungsmustern geben.

44 Es sieht danach aus, als ob der Verbrennungsmotor bald der Vergangenheit angehören wird – Länder  
45 wie Norwegen und Schweden haben schon heute den zeitnahen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor  
46 beschlossen. Dank Neuzulassungsquoten von bis zu 50% tragen die skandinavischen Länder ihren Teil  
47 dazu bei, dass weltweit bereits täglich Millionen Elektroautos unterwegs sind. Doch auch hier zeigt sich  
48 die Vielschichtigkeit der zukünftigen Mobilität: Damit Elektromobilität ihren Zweck nicht verfehlt, muss  
49 bei der Förderung der notwendigen Rohstoffe (z.B. Lithium) und bei der Umsetzung der Verkehrswende  
50 zwingend auf eine soziale und umweltfreundliche Ausgestaltung geachtet werden.

51 Damit einher geht unumgänglich die Frage danach, wie Mobilitätskonzepte der Zukunft gestaltet werden  
52 können. Klimaneutrale Mobilität kann jedoch nur gelingen, wenn ein Umstieg vom Individualverkehr hin  
53 zur Nutzung von gemeinschaftlichen Fortbewegungsmitteln (Bus, Bahn etc.) stattfindet. Um wirkliche  
54 eine klimaneutrale Mobilität zu erreichen, ist es jedoch essentiell genau darauf zu achten woher die Bus-  
55 & Bahnunternehmen ihren Strom beziehen oder welche Antriebsformen (z.B. Dieselmotoren) genutzt  
56 wird. Die Bahn, die bspw. mit "100 % Ökostrom" wirbt, kam 2018 nur auf einen Anteil von 57% Strom aus  
57 erneuerbaren Energien. Verkehrsunternehmen müssen in die Pflicht genommen werden auf Strom aus  
58 Kohle-, Gas- und Kernenergie zu verzichten. Zudem ist es zwingend nötig, dass der öffentliche  
59 Personenverkehr durch staatliche Subventionen in der Klimaneutralität unterstützt wird.

60 Die anstehende Mobilitätsreform kann nur schwer kostenneutral vollzogen werden und nur durch  
61 Integration auf europäischer und globaler Ebene gelingen. Als reiche Industrienationen und europäische  
62 Wertegemeinschaft müssen wir nicht nur im internationalen Klimawettbewerb voranschreiten und das  
63 Zeitalter der postfossilen Mobilität ausrufen, sondern ebenfalls dafür Sorge tragen, dass ein\*e Jede\*r  
64 teilhaben kann. Die Kosten des Wandels dürfen nicht auf den Ärmsten lasten, sondern müssen sozial  
65 gerecht auf den starken Schultern unserer Gesellschaft aufgeteilt werden. Die Bedürfnisse von Stadt  
66 und Land müssen gleichermaßen berücksichtigt werden und auch das Mobilitätsverhalten  
67 verschiedener Bevölkerungsgruppen muss in unsere zukünftige Mobilitätsstrategie Platz finden.

68 Unter Berücksichtigung all dieser Aspekte ist unser umweltpolitisches Ziel klar: Klimaneutralität. Das  
69 bedeutet keine Treibhausgase, weniger Feinstaub und geringe Lärmbelästigung. Bei Emissionen kann  
70 nur das Verursacherprinzip gelten – wer Umwelt und Gesellschaft Schaden zufügt, der muss auch dafür  
71 zahlen:

- 72 1. Entweder pauschalisiert über Abgaben gemäß des Äquivalenzprinzips auf den jeweiligen  
73 Energieträger
- 74 2. Individualisiert auf Basis des Verursacherprinzips über eine entsprechende Reinigungsabgabe  
75 abgegolten, die fortlaufend zu einem Stichtag erhoben werden.

76 Beide Prinzipien lassen sich auf alle Verkehrsträger – zu Luft, zu Wasser, auf der Straße oder auf der  
77 Schiene übertragen. Die zweite, individualisierte Variante erlaubt zusätzlich die selbstständige  
78 Emissionsreinigung. Die Folge ist bei beiden Regelungen klar: Wer mehr Emissionen produziert, wird  
79 höhere Abgaben zahlen müssen. Es wird somit lohnenswerter gemeinschaftlich und sauber unterwegs  
80 zu sein. Dabei muss jedoch auch die soziale Perspektive mitgedacht werden und Menschen auf dem  
81 Land eine Teilkompensation der Abgabe ermöglicht werden.

## 82 **Bodenversiegelung durch Verkehrsflächen**

83 Bundesweit sind in Deutschland je nach Quelle ca. 3-5% der Gesamtfläche durch Verkehrswege  
84 (Straßen, Schienen, Start- & Landebahnen und Wasserwege) vollständig versiegelt. Seit der Wende sind  
85 täglich im Schnitt 20 Hektar zusätzliches Land durch solche Verkehrswege „(v)erschlossen“ worden.

86 Um die Flächennutzung durch Verkehr bei wachsender Mobilität zu optimieren, muss auf möglichst  
87 effiziente Verkehrsträger gesetzt werden. Effizient bedeutet in diesem Fall ein hoher Personendurchsatz  
88 je Strecke auf möglichst wenig Fläche. Besonders effizient ist hier die Schiene bzw. der öffentliche  
89 Nahverkehr – selbst bei geringer Auslastung wird nur ca. ein Drittel der Fläche bei gleichem  
90 Personendurchsatz in Anspruch genommen. Dies gilt sowohl für Nah- und Fernverkehr. Weniger  
91 Bodenversiegelung verursacht nur der Flugverkehr – abgewogen gegenüber dem starken  
92 Emissionsausstoß, ist dies jedoch keine sinnvolle Alternative.

### 93 **Falsche Anreize und Subventionen abbauen!**

94 Laut Umweltbundesamt entfielen in Deutschland im Jahr 2016 von den 57 Mrd. Euro  
95 umweltschädlichen Subventionen über die Hälfte auf Verkehrssubventionen.

96 Dabei machen Subventionen für Auto- und Flugverkehr mit jeweils ungefähr 12 Mrd. Euro einen  
97 Löwenanteil dieser Bevorzugung aus. Wir fordern insbesondere die Abschaffung der folgenden  
98 Subventionen:

99 • 7,4 Mrd. Euro für Steuervergünstigungen für Dieselmotoren

100 • 5,1 Mrd. Euro für die vollständige Energiesteuerbefreiung von Kerosin (davon 0,5 Mrd. Euro für  
101 Flüge im nationalen & 6,6 Mrd. Euro im internationalen Raum)

102 • 5,8 Mrd. Euro für die vollständige Mehrwertsteuerbefreiung internationaler Flüge

103 • 3,1 Mrd. Euro für das Dienstwagenprivileg – 85,7% der besonders umweltschädlichen  
104 Oberklassenwagen wurden 2018 auf Firmen zugelassen. Diese können Anschaffungspreise  
105 und Spritkosten vollständig von der Steuer absetzen. Der\*die Fahrer\*in versteuert lediglich 1%  
106 des Listenpreises als geldwerten Vorteil.

107 Des Weiteren muss die Pendler\*innenpauschale dringend reformiert werden. Um auch  
108 Geringverdiener\*innen in die Begünstigungen miteinzubeziehen, muss sie von einer steuerlichen  
109 Subvention zu einer Kompensationszahlung werden. Die einfache Abschaffung der  
110 Pendler\*innenpauschale würde weder der Komplexität des Wohnungsmarktes, noch der Realität des  
111 Mangels an einem flächendeckend gut ausgebauten ÖPV und ÖPNV gerecht. Mittelfristig muss auch  
112 die Pendler\*innenpauschale als Mittel zur Überwindung des motorisierten Individualverkehrs begriffen  
113 werden.

114 Hinzu kommt die direkte & indirekte Förderung des Baus und Betriebs von kleinen, meist unprofitablen  
115 internationalen Flughäfen und Regionalflughäfen. Stattdessen sollten die Länder und Kommunen dabei  
116 unterstützt werden, eine starke schienengebundene Anbindung an die großen Flugdreiecke zu  
117 erhalten.

118 Die Notwendigkeit von Flügen mit Distanzen unter 500 km muss überdacht werden. Neben der Option  
119 eines strikten Verbots und den damit verbundenen Ausweichreaktionen (Flugreise über das Ausland &  
120 Umwege), muss sich der Klimaschaden von Flugreisen konsequent in Ticketpreisen widerspiegeln –  
121 denn die Kosten von Flugreisen spiegeln nicht den ökologischen und gesellschaftlichen Schaden wider,  
122 den sie verursachen.

123 Wir müssen uns dafür einsetzen, dass alle umweltschädlichen Subventionen abgeschafft oder  
124 reformiert werden: Klimaschädlichen Kraftstoffen und Fortbewegungsmitteln darf kein staatlich  
125 geförderter Vorteil zu Ungunsten der Ökologie gewährt werden!

## 126 **Europaweites Schienennetz und die Rolle der Deutschen Bahn**

127 Um von Prag nach Barcelona zu reisen, wird heute je nach verwendetem Verkehrsmittel eine  
128 unterschiedliche Reisedauer benötigt. Mit dem Zug werden 21-25 Stunden benötigt, mit dem Auto 16-  
129 17 Stunden und mit dem Flugzeug inkl. Sicherheitskontrolle & Gepäckabholung sowie An- & Abreise  
130 zum Flughafen 5-7 Stunden. Genau konträr verhält es sich mit den Emissionen: Das Flugzeug ist mit  
131 Abstand am umweltschädlichsten, während mit dem Zug zumindest theoretisch Klimaneutralität  
132 garantiert werden kann.

133 Es wird deutlich, dass bei der europäischen Mobilität der Ausbau auf der Schiene bislang verschlafen  
134 wurde. Ist der Zugverkehr im innerdeutschen Raum im Punkt Gesamtreisezeit in der Regel gegenüber  
135 dem Flugzeug konkurrenzfähig – durch bessere Lage, höhere Taktung und ein dichtes Netz – wäre auch  
136 im innereuropäischen Verkehr eine Reisezeit für die Strecke Barcelona-Prag von 8-10h realistisch.

137 Diese Perspektive wird jedoch durch zahlreiche Aspekte untergraben:

- 138 • Förderprogramme der EU, die den effizienten Streckenausbau durch Tempolimits von 160 km/h  
139 hemmen und
- 140 • konkurrierende Eisenbahnunternehmen, deren Fahrpläne nicht aufeinander getaktet sind.
- 141 • Investitionsstau der Schieneninfrastruktur
- 142 • Überlange Planungs- und Ausführungsdauer
- 143 • Geringe Internationale Kooperation, insbesondere durch Deutschland.

144 Hinzu kommt eine Schieneninfrastruktur, die insb. in Osteuropa unzureichend in Stand gehalten ist.  
145 Deswegen müssen Förderprogramme der EU und bilaterale Kooperationsverträge den Auf- & Ausbau  
146 des innereuropäischen Höchstgeschwindigkeitsnetzes mit höheren Maximal- &  
147 Durchschnittsgeschwindigkeiten stärker in den Fokus nehmen.

148 Im Zuge dessen sind erhebliche Investitionen ins europaweite Schienennetz zu tätigen, obwohl sich  
149 diese erst nach Jahrzehnten auszahlen werden. Im deutschen Netz sind noch heute hauptsächlich  
150 Brücken aktiv, die vor über 100 Jahren gebaut wurden. Investitionen ins Schienennetz sind langfristige  
151 Investitionen für den Klimaschutz und damit für die Zukunft.

152 Gleiches gilt für den Nachtverkehr auf der Schiene. Also wichtige zusätzliche Komponente der  
153 Personenbeförderung und der effizienten Streckenausnutzung, muss dieser insbesondere auf  
154 Langstrecken als Alternative zum Flugverkehr auf europäischer Ebene ausgebaut bzw. entwickelt  
155 werden.

156 Ein Schienennetz ist ein natürliches Monopol. Auf einem mitgliedersstaatlich bzw. europäisch-  
157 gemeinschaftlich zur Verfügung gestellten Schienennetz können unterschiedliche Anbieter in Personen-  
158 und Güterverkehr verschiedene Strecken anbieten und entsprechend der Nutzungsintensität Gebühren  
159 zum Strukturerehalt zahlen. Gleichzeitig muss die Kooperation europäischen Eisenbahngesellschaften  
160 tiefer gehen und über die Bündelung einiger Kompetenzen unter einem Dach nachgedacht werden.  
161 Außerdem könnten so Hürden beim grenzüberschreitenden Verkehr abgebaut und das Konzept der  
162 EuroCity-Linien ausgebaut werden.

163 Für Deutschland muss es mittelfristiges Ziel sein, dass das Schienennetz (ca. ein Zehntel) ausreichend  
164 Kapazität aufgebaut hat, um die Straße (ca. die Hälfte) als führenden Verkehrsträger im Güterverkehr  
165 abzulösen. Besonders absurd erscheint vor dem Hintergrund, dass das deutsche Staatsunternehmen  
166 „Die Deutsche Bahn“ 2/3 ihres Gütertransports über die Straße abwickelt.

167 Im Personenfernverkehr muss das mittelfristige Ziel sein, dass Großstädte zu ihren Nachbarstädten  
168 min. im Stundentakt angebunden werden. Der gleiche Takt gilt für die Anbindung der Mittelzentren an  
169 ihre jeweiligen Oberzentren und Unterzentren an ihre jeweiligen Mittelzentren. Eine enge Taktung und  
170 kurze Reisezeiten bringen Regionen dichter zusammen. Wichtig für die Fahrpläne der  
171 Eisenbahnunternehmen ist an dieser Stelle auch die Taktung von Fernverkehr auf Regional- &  
172 Nahverkehr sowie schienenungebundenen ÖPNV.

173 Die Schiene als umweltfreundlichster Verkehrsträger ist gegenüber dem motorisierten Individualverkehr  
174 besonders subventionswürdig. Die Länder der europäischen Union sollten dementsprechend dem  
175 Beispiel von Dänemark, Irland & Großbritannien folgen und die Mehrwertsteuer für schienenungebundenen  
176 Verkehr abschaffen.

### 177 **Fernbusse als Alternative zur Schiene?**

178 Der schwarz-gelben Bundesregierung haben wir eine Liberalisierung des Fernbusmarktes seit 2013 zu  
179 verdanken. Mit Versprechen eines grünen und günstigen Fernverkehrs wurde somit ein groß angelegter  
180 Angriff auf die Deutsche Bahn gestartet. Allerdings wurde schnell klar, dass das Geschäftsmodell vor  
181 allem aus Lohndumping bestand und die angenommene Auslastung bei weitem nicht erreicht wurde. Der  
182 Preiskampf der Fernbusunternehmen untereinander und gegen die Deutschen Bahn wird zusätzlich  
183 durch eine gebühren- und mautfreie Nutzung von Straßen gefördert – die Nutzung der Schiene ist durch  
184 sogenannte Trassenpreise jedoch nicht kostenlos. Aus der anfänglichen Konkurrenz- und  
185 Goldgräber\*innen-Stimmung auf dem Fernbusmarkt haben sich inzwischen mono- bzw. oligopole  
186 Strukturen entwickelt, die vor allem auf den rentablen Strecken zwischen Großstädten die positiven  
187 Skalen- und Netzwerkeffekte der Deutschen Bahn mindern. Hinzu kommt, dass die Umweltbilanz der  
188 Fernbusse zu keinem Zeitpunkt mit dem Schienenverkehr mithalten konnte.

189 Um den Karren nun wieder aus dem Dreck zu ziehen, muss auch diese umweltschädliche Bevorzugung  
190 der Fernbusse durch eine vergleichbare Straßennutzungsgebühr abgebaut werden.

### 191 **Einerseits Verkehrskollaps in der Großstadt...**

192 Unsere Mobilität steht nicht nur bei der Produktion von Treibhausgasen vor Herausforderungen.  
193 Europaweit wächst die Stadtbevölkerung während die Landbevölkerung schrumpft. Die Folge sind  
194 immer größere Städte mit immer größeren Verkehrsaufkommen. Auf der einen Seite ist die  
195 innerstädtische Fortbewegung ein Stück der lokalen Lebensqualität. Auf der anderen Seite sind Abgase,  
196 Lärm und Gefahren durch den Verkehr eine Einschränkung ebendieser. In Städten ist der private PKW  
197 das größte Hindernis effektiver und umwelterhaltender Mobilität und führt bereits heute in einigen  
198 Großstädten zum Verkehrskollaps – Stau, Unfälle und niedrige Reisegeschwindigkeit sind die Folge.

199 Die Zukunft der innerstädtischen Mobilität kann nicht die dritte & vierte Autospur auf den  
200 Hauptverkehrsmagistralen sein. Stattdessen werden multimodale Konzepte, die verschiedene  
201 Verkehrsträger miteinander verbinden, in den Vordergrund treten. In diesen Konzepten werden  
202 Fußgänger\*innen, Fahrräder, Kleinstelektrofahrzeuge und die Elemente des öffentlichen  
203 Personennahverkehrs deutlich in den Vordergrund treten, sodass die Überwindung einer Strecke nicht  
204 mehr nur mit einem Verkehrsmittel bewältigt wird. Hinzu kommt eine neue Konzeption der  
205 Besitzverhältnisse. Die Rolle des eigenen Autos als Statussymbol scheint sich zu wandeln und die  
206 gemeinschaftliche Nutzung von PKW in Form von Sharing-Konzepten entwickelt sich zumindest in den  
207 Zentren unserer Großstädte zur attraktiven Alternative.

208 Eine Umstellung des städtischen Verkehrswesens besteht jedoch nicht nur aus dem Ausbau und der  
209 Ermöglichung multimodaler Konzepte, sondern auch in der Einschränkung des motorisierten  
210 Individualverkehrs – ein wichtiger Schritt hin zur Steigerung der Attraktivität des Stadtlebens und  
211 Erhöhung der städtischen Verkehrssicherheit.

212 Multimodale Sharing-Konzepte benötigen Platz in der Stadt. Sharing-Konzepte benötigen öffentlich  
213 zugängliche Stellflächen, an denen intermodale Mobilitätspunkte für den Umstieg zwischen den  
214 unterschiedlichen Verkehrsmitteln entstehen können – begleitet von einer moderaten Politik gegenüber  
215 „wild“ geparkten Leihfahrrädern. Dafür können insbesondere bisherige PKW-Parkplatzflächen  
216 umgewidmet und aufgewertet werden. Im Weiteren benötigen die neuen Verkehrsmittel Platz im alten  
217 Straßenverkehr: beidseitig befahrbare Radwege, reine Fahrradautobahnen, Busspuren,  
218 Straßenbahngleise. Zur Umsetzung dieser Konzepte muss allerdings Platz geschaffen werden – die  
219 Dominanz des PKW muss dafür aber weichen.

220 Gerade um größere Bauprojekte wie eine neue Straßenbahn, S-Bahn oder U-Bahn-Linie in der Stadt  
221 umzusetzen, gehen schnell Jahrzehnte ins Land. Hier müssen vereinfachte Zulassungs- und  
222 Planungsverfahren erlaubt werden, um einen schnelle Verkehrswende überhaupt erst möglich zu  
223 machen.

224 Auch die eingesetzten Fahrzeugtypen müssen sich im multimodalen Konzept verändern: Durch die  
225 zunehmende Präsenz von Fahrrädern & elektrischen Kleinstfahrzeugen benötigen diese  
226 selbstverständlich ausreichende Transportflächen im öffentlichen Nahverkehr.

227 Durchgangsverkehr darf nicht mehr durch Innenstädte führen – entgegen dem häufigen Irrtum  
228 profitieren Städte durch durchfahrenden Autoverkehr weder im Bereich des Tourismus noch im Bereich  
229 des Einzelhandels. Stattdessen bleiben Abgase, Lärm und eine sinkende Lebensqualität.

230 Zurzeit ist das Auto mit durchschnittlich 27 km/h m Stadtverkehr noch das schnellste Verkehrsmittel  
231 und ÖPNV & Radverkehr sind mit im Schnitt 18-20 km/h spürbar langsamer bzw. weniger attraktiv.  
232 Autofahrten im Wohngebiet machen in der Regel allerdings nur einen Bruchteil der Reisedecke aus.  
233 Eine konsequente Reduzierung der Maximalgeschwindigkeit auf 20 km/h verlängert die Reisezeit also  
234 nur unwesentlich, gleichzeitig steigt die Sicherheit und der Kraftstoffverbrauch sinkt. Außerdem wird so  
235 verhindert, dass moderne Navigationssysteme den Verkehr auf vermeintlich schnellere Routen durch  
236 Wohngebiete führen.

237 Je weniger Parkplätze in der Innenstadt vorhanden sind, umso mehr Menschen werden auf andere  
238 Verkehrsmittel umsteigen, um in das Stadttinnere zu gelangen. Mit einer effizienten  
239 Parkraumbewirtschaftung, Umwidmung von Stellflächen für Sharing-Konzepte, dem gezielten Rückbau  
240 von Stellplätzen und geschickten Anreizmechanismen für Bus und Bahn kann der Autoverkehr effektiv  
241 verringert werden und gleichzeitig eine Einnahmequelle für die Stadt geschaffen werden. In der  
242 Übergangszeit – bis zur vollständigen Abkehr vom personengesteuerten motorisierten  
243 Individualverkehr – sind vom ÖPNV gut erschlossene Park-&-Ride-Parkplätze zu erhalten bzw. zu  
244 schaffen. Dies führt dazu, dass wir auch denjenigen, die weiterhin auf das Auto angewiesen sind, bspw.  
245 Menschen aus dem ländlichen Raum, weiterhin Mobilität garantieren. Eine lebenswerte Stadt der  
246 Zukunft hält den motorisierten Individualverkehr soweit wie möglich aus der Stadt heraus, bei sinnvollen  
247 Ausnahmen für Liefer- & Anwohner\*innenverkehr sowie Einsatzfahrzeuge.

#### 248 **... und andererseits fehlende Fortbewegungsmöglichkeiten auf dem Land?**

249 Während die Großstädte mit dem Verkehrskollaps kämpfen, ist im ländlichen Raum das Auto häufig das  
250 einzige adäquate Fortbewegungsmittel. Wenn überhaupt ein Bus durchs Dorf fährt, ist dies entweder  
251 der Schulbus oder die einzige Verbindung des Tages. Besonders tragisch für jene, die kein Auto oder  
252 Führerschein haben.

253 Dies ist die Folge einer von der Autoindustrie getriebenen Politik der letzten Jahrzehnte: Bahnhöfe und  
254 ganze Schienenstreckenabschnitten wurden zurückgebaut und müssen jetzt mühsam wiederaufgebaut  
255 werden.

256 Nichtsdestotrotz greifen hier zunächst ähnliche Maßnahmen wie in der Stadt:

- 257 • Ausbau der Radwege entlang der Landstraßen,
- 258 • Reduzierung der Höchstgeschwindigkeiten außerorts auf 70km/h,
- 259 • Umsetzung eines Tempolimits auf Autobahnen bei 130 km/h,
- 260 • die Verdichtung des Nahverkehr-Taktes mit Kleinbussen oder Linientaxis,
- 261 • die garantierte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr,
- 262 • multimodale Mobilitätskonzepte
- 263 • kostenloser Nah- und Regionalverkehr, inkl. Abschaffung der 1. Klasse im Regionalverkehr
- 264 • Förderung von Fahrgemeinschaften
- 265 • Schaffung dezentraler Versorgungsstruktur, bspw. mobile Bürger\*innenämter
- 266 • Glasfaserausbau in allen Regionen ohne Bürger\*innebefragung & ohne finanzielle Beteiligung
- 267 der Anwohner\*innen, um moderne Arbeitskonzepte wie Home-Office überhaupt zu ermöglichen

268 Im Gegensatz zur Großstadt wird der Individualverkehr auch im ländlichen Raum weiterhin eine wichtige  
269 Rolle spielen. Hier besteht die Aufgabe darin, entsprechende Infrastruktur bereitzustellen. Häufig  
270 müssen nur wenige Kilometer bzw. die „letzte Meile“ bis zur nächsten regelmäßig bedienten Haltestelle  
271 überwunden werden. Gerade außerhalb der Städte müssen Ladeinfrastrukturen für E-Mobilität  
272 geschaffen werden und am Stadtrand entsprechende Park-&-Ride-Möglichkeiten ausgebaut werden.

### 273 **Wer zahlt?**

274 Klima- und Umweltschutz können nur gelingen, wenn sie als gemeinschaftliches Ziel mit sozialer  
275 Komponente erdacht werden: die Abweichung von einer verursacher\*innen-gerechten Finanzierung  
276 muss dann vertretbar sein, wenn es um gesellschaftliche Teilhabe für alle geht – unabhängig von  
277 körperlichen, finanziellen oder sonstigen Charakteristika. Während das Verursacher\*innenprinzip bei  
278 der künftigen Emissionsvermeidung zentrales Element sein soll, müssen öffentlicher Nahverkehr sowie  
279 die Etablierung, Verbreitung und Nutzung von klimaneutralen in diesem Sinne staatlich unterstützt  
280 werden.

281 Nun besteht die Gefahr, dass bei einem besonders günstigen oder gar gebührenfreien Nahverkehr nicht  
282 nur Nutzer\*innen des motorisierten Individualverkehrs den Umstieg wagen, sondern auch  
283 Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen. In Abwägung zwischen exzessiver Nutzung eines  
284 Verkehrsträgers und gesellschaftlicher Teilhabe, kann die sozialdemokratische Antwort allerdings nur  
285 auf Letzteres fallen.

286 Gebührenfreier oder besonders günstiger Nahverkehr kann auch Mittel sein, um auf komplexe  
287 Ticketsysteme zu verzichten. Zugangsbarrieren können dadurch abgebaut und Kostensenkungen im  
288 laufenden Geschäft von Anbietern und Betreibern reduziert werden. Zudem können Kosten so  
289 solidarisch verteilt werden.

290 Im Fernverkehr sollten wir uns vom Tarifdschungel aus Sparpreis, Super Sparpreis und  
291 unterschiedlichen BahnCards verabschieden. Dies schafft ein intransparentes Preismodell, welches die  
292 empfangene Leistung kaum widerspiegelt und gerade Wenignutzer\*innen abschreckt. Gleichzeitig  
293 werden beim Flexpreis schwindelerregende Höhen erreicht, die selbst für Menschen mit höherem  
294 Einkommen kaum bezahlbar sind.

295 Kinder sind eine gesellschaftliche Aufgabe und sollten auch im Punkt der Mobilität nicht zur  
296 Schuldenfalle für die Eltern werden: Schulpflichtige Kinder müssen generell kostenlos im Fernverkehr  
297 fahren können. Im Weiteren sollte das Preismodell im Fernverkehr bis zu einem Maximalpreis stärker  
298 an die Entfernung gekoppelt werden. Davon unbeschadet bleibt die Lenkung von Fahrgastströmen  
299 durch steigende Preise bei steigender Auslastung.“ durch “Auch Fahrgastströme müssen  
300 bedarfsgerecht gesteuert werden. Steigende Preise dürfen nicht zum Ausschluss von  
301 Geringverdienenden führen. Mittelfristig müssen überausgelastete Verbindungen durch weitere Züge  
302 bzw. Streckenaus- & -neubau kompensiert werden. Eine Unterscheidung in 1. & 2. Klasse ist in Zukunft  
303 nicht mehr notwendig.

304 Auch die Bundesregierung, Mitarbeiter\*innen des öffentlichen Diensts oder Abgeordnete müssen die  
305 Klimaschädlichkeit ihrer Dienstreisen einschränken. Innerdeutsche Reisen sollten grundsätzlich mit  
306 dem Zug erfolgen und nur im Ausnahmefall mit anderen Verkehrsmitteln.

### 307 **Und die Semestertickets?**

308 Die Semesterbeiträge steigen Jahr für Jahr: Hauptkostentreiber sind die Semestertickets. Die  
309 Verhandlungsposition vieler Studierendenschaften vor Ort ist schwierig. Bus- und Bahnunternehmen  
310 haben meist Monopolstellungen in ihrem Zuständigkeitsbereich und sind sich dieser Lage sehr  
311 bewusst. Viele Verhandlungen sind daher ihre Bezeichnung nicht wert: Angebote werden vorgelegt und  
312 können angenommen oder abgelehnt werden.

313 Um unsere Position zu verstärken, sind Vernetzungen mit anderen Hochschulen eine gute Möglichkeit.  
314 Am Beispiel Niedersachsen zeigt sich diese Zusammenarbeit deutlich: Die landesweiten Verhandlungen  
315 haben die Positionen verändert und die studentische Rolle verstärkt. Transparente Preiskalkulationen,  
316 ein einheitlich gültiges Streckennetz und landesweite Solidarpreise sind das Ergebnis langwieriger  
317 Verhandlungen zwischen allen Beteiligten. Solche landesweiten Gespräche sind ein erster, kurzfristiger  
318 und wirkmächtiger Weg hin zu einer stärkeren studentischen Position. Wir fordern die  
319 Landtagsfraktionen der SPD dazu auf, Impulse zur Einsetzung von Verhandlungskreisen für landesweite  
320 Semestertickets zu setzen und damit alle Beteiligten und Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen.

321 Wir wollen jedoch weitergehen: Im Sinne der „Mobilität als Grundrecht“ wollen wir studentische Mobilität  
322 bundes- und europaweit – gestützt durch ein entsprechendes bezahlbares Semesterticket! Dieses  
323 beinhaltet selbstverständlich auch die Nutzung des Nahverkehrs in anderen Städten. Das Ziel ist ein  
324 bundes- oder gar europaweit gültiges und zentral ausgehandeltes Semesterticket, bei dem politische,  
325 gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteur\*innen zusammenarbeiten.

326 Langfristig fordern wir nicht nur ein Mobilitätsticket für alle Studierenden, sondern ganz klar auch für  
327 Auszubildende, Freiwilligendienstleistende und Schüler\*innen finanziert aus Steuermitteln. Der  
328 Hintergrund ist klar: Einerseits werden die Hürden für die Aufnahme eines Studiums durch  
329 Gebührenreduktion abgebaut und andererseits eine Gewöhnung an die ÖPNV-Nutzung ermöglicht.  
330 Abgesehen von den positiven ökologischen Aspekten, bringt das bundesweite Semesterticket somit  
331 weitere Vorteile mit sich. Besonders der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit spielt dabei eine große Rolle.  
332 Unter den immer teurer werdenden Semestertickets leiden vor allem Studierende, die wenig Geld zur  
333 Verfügung haben und dadurch auch ohne die zusätzlichen Kosten jedes Semester unter prekären

334 Bedingungen leben. Ziel muss es sein, ein sozialverträgliches Semesterticket zu erkämpfen, das sich  
335 jede\*r leisten kann.

336 Aber auch der dem wissenschaftlichen Betrieb an Hochschulen kann durch ein bundes- und  
337 europaweites Ticket profitieren. Durch die Möglichkeit kostengünstig zu anderen Hochschulstandorten  
338 zu fahren bekommen Studierende die Möglichkeit sich an anderen Hochschulen zu vernetzen und  
339 gemeinsam mit Studierenden anderer Hochschulen an Projekten zu arbeiten. Dadurch wird auch der  
340 interdisziplinäre Diskurs gestärkt und der Wettbewerbsgedanke zwischen den Hochschulen abgebaut.

341 Dies bedeutet nicht das Ende der Mobilitätsreferate in den studentischen Strukturen vor Ort. Im  
342 Gegenteil: Sie sind weiterhin innovationsgebend, indem sie neue Verkehrsanbieter wie  
343 Leihfahrradsystem oder ähnliches mit in die Mobilitätstickets einbinden. Im Besonderen sind sie aber  
344 das Sprachrohr der Studierenden, die Probleme vor Ort auffangen und in die großen Verhandlungen  
345 miteinfließen lassen.

#### 346 **Innovatives Verkehrsmittel oder doch nur Spielzeug?**

347 Seit dem diesjährigen Juni tauchen in deutschen Großstädten immer mehr E-Scooter großer Sharing-  
348 Unternehmen auf, die sich nun die Straßen und Radwege mit Radfahrer\*innen teilen.

349 Anfangs wurden sie als Chance gesehen, die „letzte Meile“ zu überwinden und Autoverkehr zu  
350 reduzieren und somit ökologische Vorteile zu bieten. Die Zeit hat allerdings gezeigt, wie auch vom  
351 Umweltbundesamt bestätigt, dass die Elektroroller tatsächlich eine negative Umweltbilanz haben.  
352 Grund ist, dass sie nur dann umweltfreundlich sind, wenn sie Autoverkehr ersetzen, doch die meisten  
353 Nutzer\*innen der E-Roller würden normalerweise zu Fuß gehen, den ÖPNV oder das Rad nutzen, alles  
354 Verkehrsmittel, die umweltfreundlicher sind als E-Scooter (Stellungnahme des Umweltbundesamts).  
355 Somit hat die Einführung dieser Fahrzeuge der Umwelt bis heute lediglich geschadet.

356 An Orten, an denen die E-Scooter wirklich das Auto ersetzen könnten, wie in Klein- und Mittelstädten, in  
357 denen der ÖPNV nicht ausreichend ausgebaut ist, gibt es keine, da die Anbieter\*innen dort weniger Profit  
358 machen. Angebote gibt es lediglich in großen Städten, in denen allerdings hinreichend andere,  
359 umweltfreundlichere Fortbewegungsmöglichkeiten vorhanden sind.

360 Kritisch zu betrachten sind auch die Umweltbelastungen durch die Herstellung der Roller (insbesondere  
361 der Akkus), durch die Art und Weise des nächtlichen Ladens der Geräte (Einsammeln mit PKW) und die  
362 kurze Lebensdauer, ebenso wie die Gefährdung der Verkehrssicherheit und der Platzbedarf (auch durch  
363 unsachgemäßes Abstellen der E-Roller) in den Städten. Auch die Arbeitsbedingungen und Bezahlung  
364 der Personen, die sie zum Laden einsammeln, sind zu verurteilen.

365 Es ist ein richtiger Ansatz, neue Verkehrsmittel und Sharing-Konzepte zu unterstützen, allerdings bedarf  
366 es dazu einer eingehenden und kritischen Beurteilung des ökologischen und verkehrstechnischen  
367 Nutzens. Da sich dieser bei E-Scootern nicht gezeigt hat, lehnen wir diese in ihrer jetzigen Form als  
368 Verkehrsmittel ab. Andere innovative Ideen, die das Potential haben, Umweltbelastungen durch den  
369 Verkehr zu reduzieren, sollen hingegen gefördert werden.

#### 370 **Das gute alte Fahrrad**

371 Um den Radverkehr ansprechender zu gestalten, müssen verschiedene Maßnahmen ergriffen werden.  
372 Die Stadt und ihre Straßen müssen an das Rad angepasst werden, damit Radfahrer\*innen sicher und  
373 gleichberechtigt am Verkehr teilnehmen können. In die beide Richtungen freigegebene Einbahnstraßen  
374 und Überholverbotsschilder zum Schutz von Radfahrer\*innen an engen Stellen sind erste richtige  
375 Schritte. Die Kommunen müssen sich hier an neuen, wenn auch kleinen, Konzepten orientieren, wie  
376 bspw. grüne Wellen bei Ampelschaltungen angepasst auf Fahrradgeschwindigkeiten und grüne Pfeile

377 für Radfahrende. Insgesamt sind die Kommunen in der Pflicht einen zusammenhängenden und  
378 engmaschigen Radverkehrsplan zu erstellen.

379 Viele Strecken, die bisher mit Autos oder Motorrädern gefahren werden, können sogar schneller mit dem  
380 Rad hinter sich gebracht werden. Unter zehn Kilometern ist man bei gut ausgebauten Radwegen  
381 schneller am Ziel. Zudem können längere Strecken durch Pedelecs und E-Bikes zurückgelegt werden.  
382 Deshalb fordern wir den Ausbau sicherer und komfortabler Radwege. Radfernwege und  
383 Radschnellwege, wie der RS1 Ruhr in NRW, müssen in den Bundesverkehrswegeplan mit aufgenommen  
384 werden. Sie bieten nicht nur Sicherheit und Komfort, sondern erlauben auch zügige Geschwindigkeiten.  
385 In anderen Ländern, wie Dänemark und den Niederlanden sind sie bereits die Regel.

386 Die Verkehrsplanung in Deutschland hat dagegen vollständig versagt. Es braucht Erneuerungen und  
387 Umstrukturierungen. Planfeststellungsverfahren für Radwege müssen vereinfacht und bevorzugt  
388 behandelt werden. Radwege müssen zu Erhöhung der Sicherheit, wenn möglich baulich getrennt von  
389 der Straße für den Kfz-Verkehr geplant und gebaut werden. Die Stadt und ihre Straßen müssen an das  
390 Rad angepasst werden. Fahrradstraßen oder in die andere Richtung freigegebene Einbahnstraßen sind  
391 dabei ein erster, aber viel zu kleiner, Schritt. Die Kommunen sollten sich hier an neuen Konzepten  
392 orientieren, denn auch kleine Maßnahmen, wie die Anpassung von Ampelschaltungen (Grüne-Welle für  
393 Radfahrende) und der grüne Pfeil für Radfahrende, können eine große Wirkung entfalten. Kommunen  
394 sind in der Pflicht einen zusammenhängenden und engmaschigen Radverkehrsplan zu erstellen, in den  
395 auch Hochschulen miteingebunden werden. Nicht nur neue Radwege schaffen mehr Sicherheit, auch an  
396 Fahrzeugen kann etwas gemacht werden. Denn obwohl die Zahl der Verkehrstoten sinkt, bleibt die  
397 Unfallquote extrem hoch. Abbiegeassistenten für LKWs müssen verpflichtend sein, außerdem muss die  
398 Verkehrsführung so gestaltet werden, dass geöffnete Türen kein Risiko für Radfahrer\*innen mehr  
399 darstellen.

400 Autos und Lieferverkehr, „der nur mal kurz“ auf dem Radweg parkt, sind Unfallschwerpunkte im  
401 Radverkehr, da Radfahrende dazu genötigt werden, in den fließenden Autoverkehr zu wechseln. Um  
402 das Risiko von Unfällen zu verringern, muss Stadt- und Verkehrsplanung Rad- und Lieferverkehr  
403 miteinbeziehen. Diese Forderung könnte zum Beispiel durch kostenlose Reparaturwerkstätten, die von  
404 angemessen bezahlten (studentischen)Expert\*innen betreut werden, erfolgen. Hier sollten Studierende  
405 nicht bloß Reifen flicken, sondern auch große Reparaturen erledigen können. Zusätzlich müssen  
406 genügend diebstahlsichere Stellplätze bereitgestellt werden. Die Lösung könnte in Fahrradgaragen  
407 liegen. Studierende können hier ihre Räder ruhigen Gewissens parken und vielleicht könnten diese auch  
408 Fahrradselbsthilfewerkstätten integriert. Zuletzt ist es hier auch sehr wichtig, die Hochschulen  
409 Fahrradtechnisch an das Verkehrsnetz anzubinden. Gerade in Metropolen oder Metropolregionen, wo  
410 Studierende weite Wege zurücklegen müssen sind Hochschulen in die Planung von Radschnellwege  
411 einzubeziehen.

412 Es ist unglaublich ärgerlich, wenn Fahrräder gestohlen werden. Es ist nicht nur eine finanzielle  
413 Belastung, sondern das Anzeigen erstellen und den Schaden bei der Versicherung zu melden ist sehr  
414 zeitaufwändig. Die Aufklärungsquote sinkt jährlich und ist in einem einstelligen Bereich angekommen.  
415 Es braucht sichere, überdachte und überwachte Fahrradstellplätze oder Fahrradparkhäuser.

416 Zudem muss Forschung zum Thema Radverkehr konsequent gefördert werden. Das Bundesministerium  
417 für Verkehr und digitale Infrastruktur (BmVI) soll einen gesonderten Forschungsbereich in der  
418 Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) einrichten, der sich mit dem Thema Radverkehr in der Zukunft  
419 beschäftigt. Dies umschließt die Forschung und Entwicklung von Richtlinien zu den Schwerpunkten:  
420 Planung und Bau von (Fern-)Radwegen im ländlichen und städtischen Raum, Weiterentwicklung des  
421 Fahrrads an sich als technisches System, Sicherung des Fahrrads am Abstellort und die Chancen der  
422 Digitalisierung für einen modernen Radverkehr. Da der Radverkehr ein Teil des Straßenverkehrs ist, sollte

423 die BAST dafür zuständig werden. Die BAST kann ihren großen Erfahrungsschatz im Bereich des  
424 Straßenverkehrs mit in die Forschung einbringen.

#### 425 **Digital first?**

426 Eine der größten Chancen in der Mobilität der Zukunft bildet die Digitalisierung. Multimodale Konzepte  
427 werden noch flexibler und können auf kurzzeitige Einflüsse wie Verfügbarkeitsmangel oder  
428 Streckensperrungen reagieren. Mit automatisierten Routenberechnungen kann zu jedem Zeitpunkt –  
429 unter Beachtung städtebaulicher Planungen – stets die schnellste Route gefunden werden. Eine  
430 wichtige Grundlage dazu bildet der offene Zugang zu Daten: Mobilitätsanbieter müssen dazu  
431 verpflichtet werden, Daten für entsprechendes Routing bereitzustellen.

432 Einen weiteren großartigen Aspekt der digitalen Mobilität bildet das autonome Fahren – vorrangig für  
433 öffentlichen Verkehrsmitteln – sei es beim geteilte Auto, beim Bus oder beim Fernzug. Arbeitskräfte in  
434 dadurch obsolet werdende Arbeitsverhältnisse müssen angemessene Folgebeschäftigungen erhalten.  
435 Die Chancen sind riesig bzgl. Qualität, Geschwindigkeit, Sicherheit, Kosten & Verfügbarkeit. Von  
436 politischer Seite muss zügig ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden, der das autonome Fahren  
437 europaweit einheitlich regelt und ermöglicht. Dabei gilt es technische Möglichkeiten, Haftungsfragen  
438 und Gefahren auszuloten:

439 • Wenn es auch häufig herangeführt wird, ist eine Aufhebung der Netzneutralität für den sicheren  
440 autonomen Verkehr in keiner Weise notwendig und bringt auch keine nennenswerten Vorteile.

441 • Obwohl es bei komplexen Systemen schwierig ist, ist völlig klar, dass Hersteller\*innen für ihre  
442 Produkte garantieren und haften müssen. Das heißt bei Unfällen müssen versagende  
443 Komponenten gefunden werden, zugehörige Hersteller\*innen zur Verantwortung gezogen  
444 werden und die identifizierten Komponenten optimiert werden. In der Regel wird es dabei um  
445 fahrlässige Handlungen gehen.

446 • Die Welt besteht nicht nur aus Trolley-Problemen. In der realen Praxis kommen sie praktisch  
447 nicht vor. Die Vorteile bei der sonstigen Unfallvermeidung überwiegen die Nichtentscheidbarkeit  
448 dieser Probleme derart, dass sie den Vormarsch der autonomen Mobilität nicht bremsen  
449 sollten.

450 • An autonomen Fahrzeugen hängen Leben. Es handelt sich also um eine besonders kritische  
451 digitale Infrastruktur. Es ist somit gesetzlich sicherzustellen, dass gewisse IT-  
452 Sicherheitsmindeststandards eingehalten werden: von eigenen Sensoren gemessene Daten  
453 haben eine höhere Relevanz als externe empfangene Daten, Multimedia-Systeme sind von  
454 fahrzeugrelevanten Systemen strikt zu trennen, Updates dürfen nur in „sicherer“ Umgebung  
455 nach umfangreicher Testung eingespielt werden.

456 Trotz der großen Vorteile der digitalen Mobilität beinhaltet gerade die kaum vermeidbare Erfassung von  
457 Geo- und Bewegungsdaten im Rahmen der Digitalisierung der Mobilität große Gefahren. Faktisch wird  
458 klar, wer – wann – wo – mit wem – wie lang unterwegs war. Trotz der gegebenen Schwierigkeiten  
459 müssen Konzepte entwickelt werden, die weiterhin die anonyme, freie und unabhängige Fortbewegung  
460 durch den öffentlichen Raum ermöglichen – nur die Codierung mit einem Pseudonym bringt hier keine  
461 Vorteile. Unterstützend wirken dabei Abo- oder Flatrate-Modelle, da so keine zeitscharfe Abrechnung  
462 von Mobilitätsleistungen notwendig wird. Wichtig ist nur, wo sich die jeweiligen Fahrzeuge befinden und  
463 ob sie gerade verliehen sind. Nicht relevant ist, wer sie benutzt hat – es erfolgt also keine  
464 Personenprüfungen, sondern eine Berechtigungsprüfung.

#### 465 **Fazit**

466 Unsere Mobilität wächst und sie steht vor Herausforderungen – allerdings sind diese lösbar! Die Zukunft  
467 der klimaneutralen Mobilität baut auf gemeinsam genutzten Verkehrsmitteln und gesellschaftlicher  
468 Teilhabe auf – gemeinsam klassisch in Bus und Bahn oder modern durch Sharing-Konzepte.

469 Folgende Ziele & Maßnahmen müssen zwingend Teil eines Konzepts für die Mobilität der Zukunft sein:

- 470 • Klimaneutrale Mobilität,
- 471 • Verursacher\*innengerechte Abgabe für Schadstoff Emittenten,
- 472 • Verhinderungen zusätzlicher Versiegelung durch Verkehr, Freigabe von Versiegelung durch den  
473 Rückbau von Straßen bzw. effizientere Nutzung von versiegelten Flächen von gemeinschaftlich  
474 genutzten Verkehrsträgern, insbesondere durch Schienenverkehr,
- 475 • Förderung & Ausbau europaweiter Mobilität, insbesondere im Schienenverkehr
- 476 • Wir setzen uns für ein kostenloses bundesweites, langfristig europaweites Semesterticket ein.
- 477 • Straßennutzungsgebühren für Fernbusse,
- 478 • Rückbau von direkten und indirekten klimaschädlichen Subventionen,
- 479 • Finanzielle Ausstattung und Förderung von multimodalen Verkehrskonzepten,
- 480 • die Verringerung des Verkehrsraums für den motorisierten Individualverkehrs zu Gunsten von  
481 anderen Verkehrsträgern und Sharing-Konzepten,
- 482 • Anbindung des ländlichen Raums, in Verbindung mit großflächigen & grenzüberschreitenden  
483 Verkehrsverbänden
- 484 • Sozialer Ausgleich und transparente Preissysteme für Personenverkehr,
- 485 • Förderung und Zulassung von innovativen Verkehrsträgern mit dem Potential,  
486 Umweltbelastungen zu verringern, unter Beachtung der Verkehrssicherheit,
- 487 • Schaffung eines gesellschaftlichen, technologischen & rechtlichen Rahmen für autonome  
488 Fahrzeuge und
- 489 • Sicherung der anonymen, freien und unabhängigen Fortbewegung in der digitalisierten Welt.

# W: Kritische Wissenschaft & Forschungspolitik

## Antrag W1\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **W1\_19/2 Wissenschaftsfreiheit verteidigen! Für** 4 **eine offene und demokratische Wissenschaft**

5 Aktuell sind weltweit Tendenzen zu beobachten, dass die Wissenschaftsfreiheit keine  
6 Selbstverständlichkeit mehr ist und in vielen autoritären Regimen massiv angegriffen wird. Unabhängige  
7 Wissenschaftler\*innen werden zunehmend politisch verfolgt und bedroht, sie erhalten Berufsverbote  
8 und Haftstrafen. Viele sehen sich gezwungen, ihren Hochschulstandort zu verlassen und Schutz in  
9 anderen Ländern zu suchen. Die Arbeit von Wissenschaftler\*innen wird international durch  
10 Kriminalisierung aus politischen, wirtschaftlichen, religiösen oder ideologischen Gründen verhindert. Die  
11 Darstellung von Fakten und wissenschaftlichen Methoden sowie die auf dieser Basis erzielten  
12 Ergebnisse werden vermehrt in Frage gestellt. Die Wissenschaft wird gerade auch akut von  
13 rechtsnationalistischer Seite bedroht. Verschwörungstheoretiker\*innen und Rechtsnationale leugnen  
14 den Klimawandel, verbreiten Fake News und greifen einzelne Fachrichtungen, allen voran Frauen- und  
15 Geschlechterforschung, offen an. Nicht nur Angriffe von Rechts machen der Wissenschaft zu schaffen,  
16 sondern die immer weiter schreitende Ökonomisierung und Finanzierungsschwierigkeiten der  
17 Hochschulen – diese sind seit Jahren unterfinanziert und somit von Drittmittelgeber\*innen abhängig.  
18 Als Juso-Hochschulgruppen ist es uns ein Anliegen, die zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit  
19 grundlegend zu analysieren und die Freiheit der Wissenschaft, als eines der wichtigsten Grundrechte,  
20 zu verteidigen und nicht zuletzt die Abhängigkeit der Wissenschaft von ökonomischen Zwängen zu  
21 kritisieren und gleichzeitig aber auch die politische Verantwortung der Hochschulen und somit auch der  
22 Wissenschaft zu betonen.

#### 23 **Was ist die Freiheit der Wissenschaft?**

24 Wissenschaft dient der Suche nach Erkenntnis und Wahrheit – sie hinterfragt bereits Bestehendes,  
25 gewinnt häufig neue Erkenntnisse und eröffnet neue Wege. Die Wissenschaftsfreiheit ist neben der  
26 Pressefreiheit und der Kunstfreiheit im Grundgesetz, in der Grundrechtecharta der Europäischen Union,  
27 der Europäischen Menschenrechtskonvention und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale  
28 und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen verankert. Wissenschaftsfreiheit stellt ein Abwehrrecht dar  
29 und soll davor schützen, dass wissenschaftliches Erkenntnisstreben durch politisches oder staatliches  
30 Handeln eingeschränkt wird. Gleichzeitig begründet sie auch eine Leistungspflicht des Staates. Nur  
31 durch eine gut ausgebaute und ausfinanzierte Hochschullandschaft kann wissenschaftliche Arbeit und  
32 Forschung gelingen. Sie genießt somit in Art. 5 Abs. 3 GG Verfassungsrang und ist sowohl als  
33 individuelles Grundrecht, als auch als institutionelles Freiheitsrecht zu schützen.

34 Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit können direkt oder indirekt Wirkung entfalten. Direkte Eingriffe  
35 sind beispielweise Forschungsverbote, indirekte sind Genehmigungsverfahren für Forschungsprojekte.  
36 Freiheit der Wissenschaft bedeutet, dass Menschen selbst entscheiden können, in welchen Bereichen  
37 und zu welchen Fragestellungen sie forschen. Dabei sind gesellschaftliche und ethische Leitlinien zu  
38 berücksichtigen. Wissenschaft existiert jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern nimmt die  
39 gesellschaftlichen Anforderungen an die Generierung von Wissen wahr und stellt die Erkenntnisse der

40 Öffentlichkeit zur Verfügung. Wissenschaft hat Verantwortung und eine freie Wissenschaft muss nicht  
41 zwingend neutral sein. Wissenschaft ist immer Dialog über Idee und Wahrheit und damit zwangsläufig  
42 politisch. Selbstverständlich darf sich eine kritische Wissenschaft aber nicht politischen Institutionen  
43 unterwerfen, sondern ist allein der Erforschung gesellschaftlicher Fragestellungen und dem Streben  
44 nach Wahrheit verpflichtet. Freie Wissenschaft ist ein Raum, in dem multiperspektivischer Dialog  
45 stattfinden kann und muss. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, Forschungseinrichtungen  
46 abzulehnen, wenn diese beispielsweise menschen- oder demokratiefeindlich sind.

#### 47 **Historische Bedeutung von Wissenschaftsfreiheit**

48 Bei der Ausgestaltung des Grundgesetzes Ende der 1940er Jahre waren mit dieser  
49 verfassungsrechtlichen Garantie Lehren aus der nationalsozialistischen Diktatur gezogen worden, in der  
50 die Wissenschaft zum Werkzeug einer menschenfeindlichen Politik missbraucht worden war. 1933  
51 folgte die Gleichschaltung der Universitäten, die von nun an die NSDAP-Ideologie umzusetzen hatten.  
52 Jüdische und politisch andersdenkende Wissenschaftler\*innen wurden entlassen oder aus ihrem Amt  
53 vertrieben; die Verbleibenden mussten die wissenschaftliche Unabhängigkeit aufgeben. Der  
54 Nationalsozialismus hat die Wissenschaft für sich genutzt: Einerseits geht der Begriff der sozialen  
55 Öffnung der Hochschulen auf nationalsozialistische Rhetorik zurück und steht für die Zurückeroberung  
56 elitärer Räume durch die angestammte Bevölkerung. Andererseits wurde die Wissenschaft in Folge der  
57 vielerorts freiwilligen Anpassung vollständig dem Dienst der Nazi-Ideologie unterworfen und gilt als  
58 wichtiger Baustein der Entdemokratisierung. Es folgte eine erhebliche Emigrationswelle; tausende  
59 Wissenschaftler\*innen verließen in den 1930er-Jahren Deutschland, um ihrer politischen Verfolgung  
60 und drohenden Ermordung zu entgehen. In den aufnehmenden Ländern, vielfach in den USA und  
61 Großbritannien, aber auch in der Türkei, fanden sie Schutz und Unterstützung und oftmals auch  
62 Arbeitsmöglichkeiten an Hochschulen. Vor diesem Hintergrund haben insbesondere Hochschulen in der  
63 Bundesrepublik aufgrund der historischen Verantwortung eine Verpflichtung, geflüchteten  
64 Wissenschaftler\*innen Sicherheit und Unterstützung zu bieten und sich einer umfassenden  
65 gesellschaftlichen Aufarbeitung auf allen Ebenen zu verpflichten.

#### 66 **Angriffe von Rechtsnationalist\*innen und Internationalisierung**

67 Wissenschaft ist und war nie eine nationale Angelegenheit und erfolgt aktuell immer mehr in  
68 internationalen Netzwerken. Über 100.000 Studierende aus Deutschland studieren pro Jahr im Ausland,  
69 der Anteil der in Deutschland arbeitenden Wissenschaftler\*innen mit Herkunft aus dem Ausland liegt  
70 inzwischen deutlich über 10 Prozent. In anderen Ländern, beispielsweise den USA liegt der Anteil bei  
71 fast 40 Prozent. Mehr als 60 Prozent der Forscher\*innen in Deutschland waren in den letzten Jahren  
72 international tätig und knapp die Hälfte aller Veröffentlichungen entsteht mittlerweile in internationaler  
73 Zusammenarbeit. Die Internationalisierung der Wissenschaft ist eine große Errungenschaft der letzten  
74 Jahre und muss auch auf internationaler Ebene verteidigt werden. In der Türkei, wo mehr als 7.000  
75 Hochschulangestellte entlassen wurden und verfolgt werden. Polens Regierung fördert nationalistische  
76 Wissenschaftsdisziplinen und in Ungarn wurde die Schließung der Central European University, einer der  
77 internationalsten Universitäten Europas, veranlasst. Die AfD präsentiert sich immer wieder als Partei  
78 eines Anti-Intellektualismus, der nicht zuletzt in Wissenschaftsfeindlichkeit mündet und ist beispielhaft  
79 für den verschwörerischen Anti-Intellektualismus der Neuen Rechten. Insbesondere die Infragestellung  
80 von wissenschaftlichen Erkenntnissen, durch pseudowissenschaftliche Theorien bedroht die Freiheit  
81 der Wissenschaft und ihre Glaubwürdigkeit massiv. Auch in den USA zeigt sich seit der Amtseinssetzung  
82 von Donald Trump ein wissenschaftsfeindlicher Populismus. Sowohl auf europäischer Ebene, als auch  
83 international setzen wir uns dafür ein, dass Studierendenschaften, Wissenschaft und Lehre kritisch  
84 bleiben und dem wachsenden Anti-Intellektualismus sowie den Angriffen von Rechtsnationalist\*innen  
85 der Kampf angesagt wird.

#### 86 **Ökonomisierung der Wissenschaftslandschaft**

87 Die Ökonomisierung der Wissenschaftslandschaft schreitet stetig voran. Dies steht im direkten  
88 Widerspruch zur eigentlichen Wissenschaftsfreiheit, da finanzielle Abhängigkeit eine freie Wissenschaft  
89 einschränkt. Die Autonomie der Hochschulen ist folglich nie eine Autonomie im Sinne einer  
90 Unabhängigkeit gewesen, sondern bedeutet vor allem den Kampf um Finanzierungsquellen, da die  
91 Grundfinanzierung der Hochschulen nicht ausreicht und somit freie Wissenschaft wirtschaftlichen  
92 Effizienzgedanken unterworfen werden. Drittmittel nehmen immer noch einen großen Teil der  
93 Finanzierung ein - Forschung und Lehre müssen kritisch und frei sein und das geht nur mit einer  
94 ausreichenden Hochschulfinanzierung, unabhängig von Drittmitteln. Als Juso-Hochschulgruppen  
95 stellen wir uns seit Jahren gegen den vorherrschenden Neoliberalismus innerhalb der Bildungspolitik  
96 und werden dies auch in Zukunft tun.

#### 97 **Unsere Forderungen und Schlussfolgerungen:**

- 98 • Wissenschaft bedeutet für uns die Suche nach Erkenntnis und Wahrheit und ist einer der  
99 Grundsteine einer demokratischen, aufgeklärten Gesellschaft.
- 100 • Wissenschaft ist eng verbunden mit Meinungsfreiheit und einer demokratischen  
101 Diskussionskultur und damit von zentraler Bedeutung für die Demokratie weltweit.
- 102 • Wissenschaft soll Menschen zu kritischen Individuen erziehen und Verantwortung in einer  
103 demokratischen Gesellschaft übernehmen
- 104 • Konkurrenzdruck, Ökonomisierung und Abhängigkeit von Finanzmitteln behindern innovative  
105 Forschung und Wissenschaft - Forschung muss frei von ökonomischer Abhängigkeit und Druck  
106 stattfinden
- 107 • Mobilität und freier Austausch sind Grundlage für eine freie Wissenschaft auf globaler Ebene.
- 108 • Die Wissenschaft in Deutschland muss sich verpflichten, auch Schutz und Perspektiven für  
109 gefährdete Wissenschaftler\*innen aus aller Welt zu bieten.
- 110 • Wir kämpfen für ein neues Wissenschaftsideal, das seine demokratiebildende Verantwortung  
111 anerkennt und sich als politisch versteht.
- 112 • Für eine freie und kritische Wissenschaft, die sich frei von Finanzierungszwängen im  
113 gesellschaftlichen Diskurs verorten kann.
- 114 • Wir stellen uns gegen wissenschaftsfeindliche und somit auch verschwörungstheoretische und  
115 antisemitische Tendenzen.
- 116 • Hochschulen haben eine historische Verantwortung und müssen sich einer konsequenten  
117 Aufarbeitung und der Demokratisierung aller Lebensbereiche verpflichten.
- 118 • Wissenschaft ist eng verbunden mit Meinungsfreiheit und einer demokratischen  
119 Diskussionskultur und damit von zentraler Bedeutung für die Demokratie weltweit.
- 120 • Die politische Entscheidungsfindung ist nur auf Grundlage wissenschaftsbasierter Aushandlungen  
121 möglich. Eine freie und kritische Wissenschaft frei von Anfeindungen ist daher essentielle  
122 Grundlage für eine demokratische Gesellschaft.
- 123 • Wir wollen weiterhin mit internationalen Partner\*innen zusammenarbeiten, um  
124 Wissenschaftsfeindlichkeit insbesondere auf internationaler Ebene zu bekämpfen.

- 125  
126  
127
- Wissenschaft bleibt international! Durch eine freie Zusammenarbeit sowie Mobilität der Forschenden können zwischenstaatliche Beziehungen auch in Zeiten von Krisen weiter aufrechterhalten und gestärkt werden.
- 128  
129
- Hochschulen müssen durch die öffentliche Hand ausfinanziert werden, in einem Niveau , dass wahrhaft frei und unabhängige Forschung erlaubt.
- 130  
131
- Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in allen geeigneten Gremien und Institutionen für die Wissenschaftsfreiheit einzusetzen.

# Antragsbereich W: Kritische Wissenschaft & Forschungspolitik

## Antrag W2\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **W2\_19/2 Wissenschaft durch die Gesellschaft, für** 4 **die Gesellschaft!**

5 Ein Großteil der Hochschulen werden in Deutschland vom Staat finanziert. Auch wenn die Finanzierung  
6 an vielen Stellen nicht ausreicht, soll so sichergestellt werden, dass die Hochschulen ihre Aufgabe frei  
7 und gut erfüllen können. Dabei rückte in den letzten Jahren der Begriff »Citizen Science« immer wieder  
8 ins Blickfeld der Hochschulen. Wie werden wissenschaftliche Ergebnisse kommuniziert und wie können  
9 Bürger\*innen in den wissenschaftlichen Prozess eingebunden werden? Wie können die  
10 zugrundeliegenden Forschungsdaten zur eigenständigen Analyse frei verfügbar gemacht werden?  
11 Gerade in einer Zeit von vermehrten Klimaleugner\*innen und aufsteigendem Rechtspopulismus ist es  
12 wichtig, die Mauer des akademischen Elfenbeinturms einzureißen und die Ergebnisse der Wissenschaft  
13 mehr in die Gesellschaft zu tragen.

14 Abgesehen von teilweise von Drittmittelgeber\*innen geförderten Projekten zur  
15 Wissenschaftskommunikation an verschiedenen Hochschulen stellt sich die Frage, wie beispielsweise  
16 Bürger\*innen auf die Ergebnisse der Forschung an Hochschulen zugreifen können. Wer sich einen  
17 aktuellen Artikel z.B. zu neuen Erkenntnissen über die Folgen des Klimawandels ansehen will, der\*die  
18 muss häufig 30 bis 40 Euro oder auch deutlich mehr zahlen. Für Monografien und Sammelbände werden  
19 teilweise sogar Preise von mehreren hundert Euro verlangt.

20 Und das alles, obwohl die Forschung an Hochschulen in Deutschland über die Gesellschaft als Ganzes  
21 finanziert wird. Das Problem liegt hier in der Publikationskultur. Zum einen geht es im  
22 Wissenschaftsbereich viel um die Reputation der Wissenschaftler\*innen. Selbst wenn  
23 Wissenschaftler\*innen nicht in den einschlägigen Verlagen publizieren möchten, haben sie in der  
24 Realität meist keine Wahl. Wer in seinem\*ihrem Fach(bereich) etwas werden will, der\*die muss  
25 meistens in einem der wenigen reputationsstarken Journals publizieren. Durch die prekären  
26 Beschäftigungsverhältnisse vor allem im akademischen Mittelbau und den zu 90 Prozent befristeten  
27 Arbeitsverträgen, die wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen und Doktorand\*innen haben, müssen sie sich  
28 dieser Konvention häufig beugen, um eine Chance zu haben, in ihrer Karriere weiter zu kommen. Und  
29 auch gestandene Professor\*innen können meistens nicht einfach so frei publizieren. zum anderen sind  
30 die verschiedenen Varianten des Open Access-Publizierens und die verbundene Reputation auch  
31 abhängig von der Art der Publikation und Fachrichtung. Während bspw. In der Informatik Open-Access-  
32 Konferenz-Proceedings als Erstveröffentlichung bereits zur Reputation beitragen, ist dies in klassischen  
33 Geisteswissenschaften weniger verbreitet. Auch die Möglichkeit der Open-Access Publikation als  
34 Zweitveröffentlichung ist weniger verbreitet. Zum anderen bieten Verlage auch Leistungen an, die für  
35 den wissenschaftlichen Betrieb wichtig sind. Das bedeutet also, wenn wir den Zugang zu  
36 wissenschaftlichen Ergebnissen, die von der Gesellschaft gestützt und ermöglicht worden sind und  
37 wenn wir der Aufgabe einer transparenten Wissenschaftskommunikation nachkommen wollen, müssen

38 wir Open Access Angebote schaffen und gleichzeitig die wissenschaftlichen Standards und Leistungen  
39 der Verlage erhalten.

#### 40 **Verlage ja! Monopole nein!**

41 Welche Leistungen müssen also Verlage erbringen, die wir erhalten wollen? Zum einen garantieren  
42 seriöse Verlage ein (Peer) Review-Verfahren. An diesen Verfahren lässt sich selbst zwar Kritik üben und  
43 es bleibt die Frage, welche genaue Art dieses Review-Verfahrens angewendet wird, doch zunächst ist  
44 ein Review-Verfahren für eingereichte Artikel ein wichtiges und gutes Werkzeug, um eine  
45 Qualitätskontrolle in der Wissenschaft zu etablieren. Zum anderen geht es um eine Kuration der  
46 verschiedenen Journals, um im Vorhinein Struktur in die Publikationsflut zu bringen. Verlage also  
47 einfach abzuschaffen, ist nicht der richtige Weg. Was wir schaffen müssen, ist, dass die Verlage, in  
48 denen publiziert wird, in gesellschaftlicher Hand sind und durch eben jene gestützt werden, sodass diese  
49 die Ergebnisse als Open Access anbieten können. Was wir daher fordern ist:

50 • Eine Verpflichtung zur Erstveröffentlichung von Forschungsergebnissen und –daten in Verlagen  
51 in öffentlicher Trägerschaft, wie Universitäts- oder Fachgesellschaftsverlagen, welche ihre  
52 Angebote der Öffentlichkeit unentgeltlich zur Verfügung stellen.

53 • Diese Verlage besser auszustatten und die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

#### 54 **Das Problem mit der Karriere.**

55 Für Nachwuchswissenschaftler\*innen ist es nicht unbedingt möglich, sich den Ort, an dem sie  
56 publizieren, frei auszusuchen. Eine Verpflichtung würde zwar Wissenschaftler\*innen in Deutschland  
57 diese Entscheidung abnehmen und dadurch den Druck auf sie verringern, aber durch eine solche  
58 Verpflichtung würden Wissenschaftler\*innen aus Deutschland in Internationalen Journals nicht  
59 repräsentiert sein. Diese Sorge entspringt dabei weniger aus Angst um die deutschen Hochschulen,  
60 sondern eher aus Solidarität mit den Nachwuchswissenschaftler\*innen. Um eine Chancengleichheit  
61 herzustellen fordern wir daher,

62 • dass die oben genannten Maßnahmen in eine Europäische Verordnung umgesetzt werden.

63 Eine europäische Lösung des beschriebenen Problems kann die Konkurrenz zwischen  
64 Wissenschaftler\*innen verringern. Hinzu kommt, dass so auch eine breitere Vernetzung von  
65 Wissenschaft innerhalb der EU möglich ist. Was jedoch passieren kann, ist eine verschärfte Konkurrenz  
66 zwischen den Hochschulen. Es gibt jetzt schon renommierte Hochschulen wie bspw. die Sorbonne in  
67 Paris gegenüber bspw. der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Dies könnte durch eine mögliche  
68 Exzellenzförderung von ein paar ausgewählten »Europäischen Hochschulen« noch verschärft werden.  
69 Die Maßnahmen müssen daher von

70 • einer breiten Förderung und einer besseren Vernetzung der europäischen Hochschulen flankiert  
71 werden.

#### 72 **Das Problem mit den Drittmitteln.**

73 Auch wenn Wissenschaft eigentlich nicht von Drittmitteln abhängig sein sollte, ist das momentan – und  
74 wird es wahrscheinlich auch in Zukunft – nicht der Fall sein, dass Hochschulen eine ausreichende  
75 Grundfinanzierung durch Bund und Länder erfahren. Das Argument, dass Projekte, die durch Drittmittel  
76 möglich gemacht worden sind und an staatlichen Hochschulen durchgeführt worden sind, von den oben  
77 genannten Maßnahmen ausgenommen werden, ist jedoch zu kurz gedacht. Selbst wenn  
78 wissenschaftliche Stellen und auch Gerätschaften durch Drittmittel bezahlt worden sind, steht ein  
79 Großteil der Infrastruktur durch staatliche Finanzierung zur Verfügung. Das reicht von den Gebäuden,

80 die meistens zu den Liegenschaften der Länder zählen, hin zur Verwaltung, die Forschung an  
81 Hochschulen erst ermöglicht.

## 82 **Eine internationalistische Perspektive.**

83 Eine weitere Perspektive, die in der Überlegung einer Open Access Publikationskultur eine Rolle spielt,  
84 ist die internationalistische. Ein Beispiel: Forschung an tropischen Krankheiten, findet häufig an  
85 Hochschulen, Universitäten und Instituten in den »Industrieländern« statt. Die Ergebnisse dieser  
86 Forschung werden ebenfalls in Journals veröffentlicht. Universitäten und andere Einrichtungen  
87 außerhalb dieser Industrieländer müssen also, um auf die für sie wichtigen Daten zuzugreifen, diese  
88 Journals abonnieren. Würden die Ergebnisse - wie sie es zum Teil schon werden- als Open Access  
89 veröffentlicht, und so kostenfrei zur Verfügung gestellt, dann wäre es für die betroffenen und meist  
90 ökonomisch schwachen Regionen einfacher, an die benötigten Daten zu kommen.

91 Auch weitere internationale und interdisziplinäre Forschung, wird durch einen einfachen Zugang zu  
92 wissenschaftlichen Publikationen erleichtert. Die unentgeltliche Publikation von wissenschaftlichen  
93 Ergebnissen, die durch die Gesellschaft ermöglicht werden, ist also eine Form internationaler Solidarität!

94 Open-Access Angebote tragen zu einer verbesserten Wissenschaftskommunikation bei, reduzieren den  
95 Konkurrenzkampf zwischen Nachwuchswissenschaftler\*innen und können internationale und  
96 interdisziplinäre Forschung erleichtern.

# Antragsbereich X: Sonstiges

## Antrag X1\_19/2

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Thüringen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

### 3 **X1\_19/2 All eyes on Ost: Vol. II - Drei** 4 **Landtagswahlen später**

5 Auf dem vergangenen BKT19/1 in Heidelberg haben die Juso Hochschulgruppen sich im Antrag "All  
6 eyes on Ost - Das Wahljahr 2019" mit den drei Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen  
7 befasst. Nun sind die Wahlkämpfe abgeschlossen und es zeichnet sich ein düsteres Bild. Lediglich in  
8 Brandenburg konnte die SPD mit großen Mühen einen Wahlsieg feiern, in Sachsen und Thüringen  
9 erreichte sie dagegen historisch schwache Ergebnisse. Die AfD ist in allen drei Landtagen mit deutlich  
10 über 20% die zweitstärkste Kraft, unser selbst formuliertes Ziel, dies zu verhindern, haben wir nicht  
11 erreicht. Für die hochschulpolitische Lage vor Ort ist das fatal. In Brandenburg und Sachsen wird es mit  
12 den sogenannten "Kenia" Koalitionen schwer werden, dringend nötige Gesetzesnovellen auf den Weg  
13 zu bringen, in Thüringen droht mit einer Mehrheit aus AfD, Union und FDP im Parlament sogar eine  
14 Abwicklung der progressiven Hochschulgesetz-Reform von 2018.

15 Immer lauter werden zudem Stimmen in der zweiten Reihe der Union, es müsse eine vermeintlich  
16 bürgerliche Koalition, zumindest eine Kooperation durch Tolerierung einer Minderheitsregierung,  
17 zusammen mit oder durch die AfD als Machtoption in Erwägung gezogen werden. Gerade in Thüringen  
18 ist diese Debatte, trotz massiven Gegenwindes aus Berlin, nach wie vor aktuell und lange noch nicht  
19 vom Tisch. Allein die Tatsache, dass die Möglichkeit einer Kooperation in der medialen Debatte  
20 vorkommt zeigt bereits eines ganz deutlich: Der Osten ist mit den Wahlen klar ein ganzes Stück weiter  
21 nach rechts gerückt.

22 **Brandenburg:**

#### 23 **Showdown Landtagswahl**

24 Der lange und zähe Vierkampf zwischen CDU, AfD, Grünen und SPD lief in den letzten Wochen vor den  
25 Wahlen auf ein Duell um Platz eins zwischen SPD und AfD hinaus. Vermutlich auf Grund dieser  
26 Polarisierung konnte die SPD sowohl Grüne als auch die CDU bei der Wahl deutlich hinter sich lassen,  
27 obwohl die Umfragewerte wenige Monate vor der Wahl noch wenig optimistisch stimmten. Dieses  
28 Ergebnis ist daher nicht einzig auf den mobilisierenden Wahlkampf der SPD Brandenburg  
29 zurückzuführen, sondern auf die pragmatische Stimmabgabe vieler Wähler\*innen, die eine AfD-Fraktion  
30 mit Kablitz an der Spitze als stärkste Kraft im nächsten Landtag vermeiden wollten. Bei der CDU wurden  
31 als Reaktion auf das historisch schlechte Wahlergebnis die verhältnismäßig liberalen Stimmen an der  
32 Parteispitze durch Personal ausgewechselt, das nun einen offenen Anbieterkurs an die AfD fährt.  
33 Nach dem von vielen als zu gemäßigt empfundenen Wahlkampf sind die Christdemokrat\*innen nun  
34 absichtlich deutlich nach rechts gerückt.

35 **Im Zweifel links? - Pustekuchen**

36 Trotz des Wahlsieges im September und der rechnerischen Mehrheit für eine rot-rot-grüne Koalition hat  
37 die SPD Brandenburg ihre Chance vertan und sich für eine Kenia-Koalition entschieden. Was für

38 Auswirkungen diese Entscheidung gegen progressive Politik und für ein Status-Quo-Bündnis hat, zeigte  
39 sich schon in der ersten Landtagssitzung, als ein AfDler zum Vizepräsidenten gewählt wurde. Auch der  
40 Koalitionsvertrag ist aus Hochschulgruppen-Sicht eher enttäuschend: Die hochschul- und  
41 wissenschaftspolitischen Themen und Positionen sind längst nicht hinreichend und werden unserem  
42 Anspruch an eine emanzipatorische und visionäre Hochschulpolitik nicht gerecht. Zwar kündigt der  
43 Vertrag den Ausbau von studentischem Wohnen an und verspricht Konzepte zur digitalen Hochschule -  
44 im Bereich Gleichstellung oder beim Hochschulgesetz werden die Koalitionspartner\*innen jedoch  
45 reichlich unkonkret. Umso mehr ist es unsere Aufgabe, die Prozesse und Anliegen in der  
46 Hochschulpolitik zu verfolgen und kritisch-solidarisch mit der SPD und den Jusos vor Ort unsere  
47 Forderungen einzubringen.

#### 48 **Di Di Land**

49 Nach diesem turbulenten Wahljahr und den anschließenden Koalitionsverhandlungen müssen sich die  
50 Juso-Hochschulgruppen und die Jusos als linker Stachel der SPD nun fragen, wie sie ihre Landespartei  
51 auf Kurs bekommen. Es wird Personalfragen geben, die von links beantwortet werden müssen. Sicher  
52 ist, dass es so, wie es ist, nicht bleiben kann. Veraltete Strukturen und Denkweisen machen veraltete  
53 Politik. Das zeigt nicht zuletzt die lautstarke Unterstützung des Landesvorsitzenden für Klara Geywitz  
54 und Olaf Scholz.

#### 55 **Kein Fußbreit**

56 Um den Faschisten in unserem Land(tag) Einhalt gebieten zu können, muss sich die SPD in Brandenburg  
57 neu aufstellen und rechte Strukturen konsequent zerschlagen. Statt bequemer Potsdamer Koalitionen  
58 brauchen wir mutige Politik für alle Brandenburger\*innen. Gerade die Lausitzer\*innen stehen vor einem  
59 riesigen Strukturwandel, den wir aus keiner Kohle-Brille, sondern einer der Zukunftschancen sehen  
60 müssen.

61 In Brandenburg bleibt viel zu tun: Stärkung der Zivilgesellschaft, Grunderneuerung unserer Partei und  
62 die Bewältigung von Brandenburger Problemen vom Speckgürtel bis zur Lausitz. Wir Juso-  
63 Hochschulgruppen werden weiter eine starke Rolle einnehmen und gemeinsam mit unseren  
64 Bündnispartner\*innen für linke Politik streiten.

#### 65 **Sachsen:**

#### 66 **Mehr demokratische Beteiligung gegen die Demokratie?**

67 Die letzten Landtagswahlen haben polarisiert und mobilisiert. Mit knapp  $\frac{2}{3}$  der Wähler\*innen, die ihre  
68 Stimme abgegeben haben, ist die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den Wahlen 2014 um fast 17%  
69 gestiegen. Fraglich ist nur, ob es die Warnungen vor einer möglichen schwarz-blauen Koalition und einer  
70 AfD als stärkster Partei waren, die diesen Aufschwung bewirkt haben. Angesichts der 27,5  
71 Prozentpunkte der Alternative für Deutschland wirkt es beinahe so, als hätte sich die  
72 Wähler\*innenmobilisierung eher zu ihren Gunsten ausgewirkt oder sei auf die Agitation der AfD  
73 zurückzuführen. Dass Wähler\*innenpotential, das sich das Bündnis #Umkrempeln aus Politiker\*innen  
74 der r2g-Parteien erhofft hat auszuschöpfen, scheint in Sachsen nicht existent zu sein. Während die  
75 Grünen mit gerade einmal 8,6% weit hinter den Erwartungen zurückblieben, bildet die SPD mit 7,7 % nun  
76 die kleinste Fraktion im kommenden Landtag. Am bittersten scheint jedoch der Verlust der Linken, in  
77 den Umfragen noch im mittleren 10er-Bereich, die sich in der Wahlnacht nur knapp über die 10% retten  
78 konnten. Die progressiven Parteien stellen somit in Sachsen in der zukünftigen Legislaturperiode  
79 weniger als ein Drittel der Abgeordneten - ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die sich in diesem  
80 Bundesland für emanzipatorische Politik einsetzen. Dem gegenüber steht der Block der CDU, die sich  
81 gerade noch so als stärkste Partei halten konnte und deren Männer (!) in der zweiten Reihe vollkommen  
82 unverhohlen auf ein Bündnis mit der AfD gehofft haben. So unangemessen jegliche Vergleiche zur

83 Endzeit der Weimarer Republik sind - ein gewisser Fatalismus scheint beim Blick auf diese Ergebnisse  
84 nachvollziehbar.

### 85 **Die Zweckehe Kenia**

86 Während die Kenia-Verhandlungen in Brandenburg schon zu ihrem offiziellen Ende gekommen sind,  
87 ringen die drei Parteien in Sachsen immer noch um Einigung. Mit der geschwächten CDU und SPD, die  
88 sich nun umso mehr um Eigenprofilierung bemühen wollen, und dem Regierungsneuling Grüne  
89 gestalten sich diese Gespräche mehr als mühsam. Das Vertrauen zur CDU ist von Seiten der SPD nach  
90 dem blockierenden und unkonstruktiven Verhalten der Konservativen in der letzten Legislaturperiode  
91 eigentlich aufgebraucht und die Grünen stehen jetzt vor der Frage, ob sie dem Drang nachgeben wollen,  
92 sich an die CDU anzubiedern und ihrem bürgerlichen Flügel nachzugeben oder gemeinsam mit der SPD  
93 für progressive Politik in Sachsen zu kämpfen. Diese Koalition ist weder eine Wunschverbindung noch  
94 scheint sie ein Hort für innovative und emanzipatorische Regierungspolitik in den nächsten 5 Jahren  
95 sein zu können. Sie ist mehr eine Zweckehe aus politischer Notwendigkeit, auch entstanden durch das  
96 Bedürfnis die CDU zu binden, damit diese nicht den vermeintlichen Weg des geringeren Widerstands  
97 geht und eine Koalition mit dem Juniorpartner AfD eingeht, die den sowieso schon bröckelnden  
98 bürgerlichen Konsens, nicht mit rechtsradikalen zu koalieren, zerschlagen würde. Trotzdem muss sich  
99 die SPD nun mit dieser Lage arrangieren und sich bemühen, gemeinsam mit dem Grünen Schlimmeres  
100 zu verhindern.

### 101 **Weiter für progressive Wissenschaftspolitik kämpfen!**

102 Für uns Hochschulgruppen ist hierbei besonders relevant, dass das Wissenschaftsministerium bei der  
103 SPD bleibt oder zumindest nicht in die Hände der CDU fällt. Schon lange liegt die Reformierung des  
104 Hochschulgesetzes auf der Wartebank und soll diese Legislaturperiode nun in Angriff genommen  
105 werden. Dies betreffend plädieren die Konservativen bestenfalls für eine Erhaltung des Status Quo, aber  
106 auch Aspekte wie Einführung weiterer Gebühren, noch stärkerer Fokus auf Exzellenz- und  
107 Spitzenförderung und Beschneidung der Hochschulautonomie werden immer wieder angebracht.  
108 Trotzdem müssen wir als Hochschulgruppen in der SPD und auch nach außen dafür kämpfen, dass das  
109 neue Hochschulgesetz nicht zur dazu dient, Schlimmeres zu verhindern, sondern uns gemeinsam mit  
110 unserem progressiven Koalitionspartner für die Wiederherstellung der Verfassten Studierendenschaft,  
111 gute Arbeit an Hochschulen und Frauen\*förderung einsetzen. Tun wir dies nicht, droht der frische  
112 Reformwind in der Hochschulgesetzgebung eher zu einem sanften Lüftchen zu verkommen.

### 113 **Und weiter? Nicht verzagen und Alerta!**

114 Auch wenn die Lage fatal erscheint: Aufgeben ist keine Option! Zunächst muss die SPD-Fraktion sich  
115 mit der Arbeit mit nur 8 Mitglieder arrangieren. Um diese nicht noch zusätzlich zu erschweren, fordern  
116 wir analog zu den Jusos Sachsen, dass alle zukünftigen SPD Minister\*innen ihr Landtagsmandat  
117 niederlegen, um die Arbeit der Abgeordneten so nicht auf noch weniger Schultern zu verteilen. Den  
118 Umstand, dass in dem jüngsten Landesverband der SPD kein\*e einzige\*r Juso in der Fraktion vertreten  
119 ist, kritisieren wir aufs Schärfste. Umso stärker müssen junge Leute in den kommenden Jahren in die  
120 Arbeit der SPD eingebunden und bei der Ämtervergabe berücksichtigt werden. Aber auch außerhalb der  
121 Partei und der Parlamente kämpfen wir weiter: als Hochschulgruppen Sachsen sind wir präsent an den  
122 Hochschulstandorten und auf Landesebene und setzen uns für die Belange der Studierenden ein. Dazu  
123 gehört besonders der Kampf gegen eine der größten Bedrohungen der freien Hochschullandschaft -  
124 nicht nur in Sachsen. Der Antifaschismus und der Kampf gegen rechts - ob an den Hochschulen, auf der  
125 Straße oder in den Parlamenten - gehört zu unseren Kernaufgaben und wir geben auch jetzt nicht auf!

### 126 **Thüringen:**

### 127 **Eine vertrackte Lage**

128 In Thüringen feiert die Linkspartei den ersten Wahlsieg ihrer Geschichte. Gleichzeitig verliert Rot-Rot-  
129 Grün aufgrund der Schwäche von SPD und Grünen ihre Mehrheit. Die CDU erleidet krachende Verluste,  
130 die AfD überholt rechts und steigt zur zweitstärksten Kraft im Parlament auf. Thüringen ist schon jetzt  
131 ein Novum in der bundesdeutschen Wahlgeschichte. CDU und SPD kommen gerade so auf knappe 30%  
132 Stimmanteil, nicht einmal eine Koalition aus Union, Sozialdemokratie, Grünen und FDP hätte im  
133 Parlament eine Mehrheit. Von einer "Kenia Koalition" wie in Brandenburg und Sachsen, oder gar der  
134 sogenannten "Simbabwe Koalition" ist Thüringen damit weit entfernt. Im Vergleich zu 2014 hat die Wahl  
135 vor allem Wähler\*innen im rechten Spektrum neu mobilisiert.

### 136 **Koalition? In weiter Ferne**

137 Von der politischen Lage in Thüringen profitiert eine Kraft ganz wesentlich: Die AfD. Gleichwohl alle  
138 Parteien, die CDU dabei aber höchstens halbherzig, eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen haben,  
139 wird sie zur Königmacherin im neuen Parlament. Die Lage: Die Union setzt die Linke mit der AfD gleich,  
140 und schließt eine Koalition aus. Die FDP verweigert jede Zusammenarbeit mit R2G. Damit bleibt lediglich  
141 die Option einer Minderheitsregierung, die auf wechselnde Mehrheiten angewiesen ist. Eine Rot-Rot-  
142 Grüne Minderheitsregierung hätte selbst in einem dritten Wahlgang keine relative Mehrheit gegen Union  
143 und AfD (42/43 Stimmen). Von der FDP ist keine Zustimmung zu erwarten. Dieser Umstand lässt die  
144 AfD zugewandten Kräfte in der Union Morgenluft wittern. Teils wurde die Forderung nach einer Koalition  
145 mit AfD und FDP laut. Nachdem diese von Berlin unterbunden wurde, versucht sich die Union an einem  
146 neuen Manöver. Unter der Rechtfertigung, eine Minderheitsregierung könne nur aus der Mitte heraus  
147 geführt werden, könnte sich der Spitzenkandidat der Union zur Wahl stellen und mit Unterstützung von  
148 SPD, Grünen und FDP im dritten Wahlgang gewählt werden. Dass SPD und Grüne diese Idee ablehnen,  
149 wird konsequent ignoriert. Tatsächlich stellt das Manöver auf die Stimmen der AfD ab, im dritten  
150 Wahlgang hätten Union und AfD die relative parlamentarische Mehrheit. Unter dem Deckmantel der  
151 vielbeschworenen "starken Mitte" könnte so die erste Zusammenarbeit von Union und AfD in einem  
152 deutschen Landesparlament begründet werden.

### 153 **Das Ende von fünf Jahren im Paradies**

154 Ein Schluss steht jedoch bereits jetzt fest. Die progressive Politik der letzten Koalition wird sich mit den  
155 neuen Verhältnissen in keinem Fall fortsetzen lassen. In den nächsten fünf Jahren wird es notwendig  
156 sein, die Errungenschaften der vergangenen Legislatur zu verteidigen und dabei harte Abwehrkämpfe  
157 gegen die Union, insbesondere aber gegen die AfD zu führen. Mit 22 Landtagsmandaten kann diese  
158 ihre politischen Strukturen im Land mehr als verdoppeln. Die SPD dagegen verliert von 4 Mandate und  
159 muss ihre Arbeit mit nunmehr 8 Parlamentarier\*innen bestreiten. Für die Hochschulgruppen vor Ort  
160 bedeutet Das zusätzlich erschwerte Arbeit. Mit den neuen Mehrheitsverhältnissen ist zudem nicht  
161 absehbar, dass progressive Wahlkampf Forderungen, wie etwa die Abschaffung der  
162 Langzeitstudiengebühren, in der kommenden Legislatur umgesetzt werden können. Stattdessen  
163 müssen wir uns darauf einstellen, dass die hochschulpolitischen Errungenschaften von R2G, wie etwa  
164 die Viertelparität, durch die unheilige Allianz aus Union und AfD aufgebrochen werden. Gegen diese  
165 erwartbaren reaktionären Bestrebungen wird es von zentraler Bedeutung sein, die Thüringer  
166 Studierendenschaft zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen. Unter R2G ist die Politisierung an den  
167 Hochschulen zurückgegangen oder auf geringem Niveau verblieben. Unter den neuen Voraussetzungen  
168 wird es aber mehr denn je den außerparlamentarischen Druck erfordern. Für uns ist klar: Wir werden das  
169 Erreichte nicht kampfflos preisgeben.

### 170 **Und weiter? Was wir auf Bundesebene tun können!**

171 Wir als Juso Hochschulgruppen müssen Antworten auf die neuen politischen Kräfteverhältnisse finden.  
172 Der Osten geht uns alle an. Die erstarkte nationalistisch-völkische AfD mit zunehmend faschistoiden  
173 Zügen mag zwar heute ein Problem vor allem der neuen Bundesländer sein, wird dies aber langfristig

174 kaum bleiben. Umso wichtiger ist die Solidarität untereinander. Bei den vergangenen Wahlkämpfen  
175 haben wir in Brandenburg, Sachsen und Thüringen breite Unterstützung aus den Landes- und  
176 Bundesverbänden von Jusos und Juso Hochschulgruppen erhalten. Diese gilt es in dankbarer  
177 Verbundenheit weiter fortzusetzen. Dazu fordern wir:

178 • **Hochschulgruppen vor Ort gezielt unterstützen und fördern!** Die Juso Hochschulgruppen sind  
179 in den neuen Bundesländern oft personell sowie finanziell nur schwach aufgestellt. Diese  
180 Strukturen gilt es für uns zu fördern. Durch Seminarwochenenden (wie zuletzt in Weimar), durch  
181 Unterstützung für die Landeskoordinationen und den direkten Kontakt zu den HSGn vor Ort.

182 • **Hintergründe Aufarbeiten!** Die besondere politische Lage in den neuen Bundesländern ist auch  
183 geschichtlich geprägt. Gemeinsam wollen wir uns, z.B. in Seminarwochenenden, mit der  
184 historischen Aufarbeitung der Wendezeit beschäftigen. Dabei achten wir insbesondere darauf,  
185 weder in eine DDR-Verherrlichung zu geraten, noch die Wende wie sie stattgefunden hat als  
186 unvermeidbar darzustellen.

187 **AfD bekämpfen!** Die AfD hat über die vergangenen Jahre eindeutig gezeigt, dass sie am demokratischen  
188 Diskurs kein Interesse hat. Sie missbraucht ihn vielmehr regelmäßig, um sich in eine Opferrolle zu  
189 bringen. Wir als Juso Hochschulgruppen wollen weder der AfD, noch ihren Ablegern am Campus eine  
190 Bühne bieten und stehen klar für Nulltoleranz. Für uns kommt weder eine politische Kooperation, noch  
191 die politische Debatte, wie auf Diskussionspodien, in Frage. Stattdessen bekämpfen wir die AfD und ihre  
192 Ableger auf allen Ebenen.